Nr. 38. 16. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 14. Februar 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Auch eine Flucht in die Oeffentlichkeit.

Für die Geheimrichter des Dresdener Zuchthauskurses sucht man die erregte öffentliche Meinung zu beschwichtigen, indem sie offiziös an die Oeffentlichkeit appellirt:

Wir erhalten folgendes Telegramm:

Dresden, 13. Februar.

Das sächsische Regierungsorgan „Dresdener Journal" veröffentlicht im nichtamtlichen Theil der heute Abend erschienenen Nummer das Urtheil und den angeblichen Thatbestand des Bauarbeiterkrawall-Prozesses.

Daran schließt sich ein Hetzartikel gegen die Sozialdemokratie und gegen die sozialistische Reichstagsfraktion.

(Wir veröffentlichen den uns telegraphisch übermittelten Wortlaut des Aktenstücks auf der vierten Seite des heutigen Hauptblattes.)

Das verbrecherische Gesetz.

Paris, 12. Februar.

Dupuy, der Vater der verbrecherischen Ausnahmegesetze von 1894, hat nun die bourgeoise Afterrepublik um ein neues verbrecherisches Gesetz bereichert — so wird mit Recht das Gesetz gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses genannt. 1894 rettete Dupuy die „Gesellschaft" vor anarchistischen Bomben. Jetzt rettet er das in einer militärischen Fälscherbande verkörperte „Vaterland" vor der verdienten Strafe, vor der gesetzlichen Sühne. Diese Gegenüberstellung zeigt, welches Stück Weges die Bourgeoisrepublik in den letzten Jahren ihrer Zersetzung entgegen zurückgelegt hat.

Einige Tage vor der verhängnißvollen Kammersitzung vom 10. Februar, in welcher das Staatsstreichs-Gesetz votirt wurde, schrieb Genosse Jaurès in der „Petite République": „Welche Schmach in dem Gedanken, daß es Banditen sind, die zur Stunde regieren! Quesnay (de Beaurepaire) ist nur ihr Agent; die Regierung, die Quesnay gehorcht, führt aus die Befehle einer wahren Bande von Verräthern und Fälschern. Oh, die Geschichte wird darob staunen: wir leben buchstäblich unter der Regierung des Verbrechens, und eine Rotte Menschen, die im Bagno sein sollten, diktiren die Gesetze Frankreichs!" . . . Man sieht, wie wenig man im Lager des Rechts auf den Widerstand der Kammer gerechnet hatte. Das Schmachvotum des 10. Februar ist die unvermeidliche Folge, der adäquate Ausdruck des thatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen Militär- und Zivilgewalt. Ein paar Monate nur dauerte im Gefolge der Entlarvung der Fälscher die Schwankung jenes normalen Kräfteverhältnisses in der militarisirten und chauvinistisch verseuchten Republik. Der Staatsstreich gegen die Revision stellt es wieder her.

So furchtbar ernst die Lage ist, so entbehrte doch der in elfter Stunde erlassene Aufruf der Führer sämmtlicher republikanischer Gruppen — von den Bourgeoisrepublikanern bis zu den Sozialisten — nicht eines komischen Beigeschmacks. Erstens kam er viel zu spät. Und dann enthielt er neben verzweifelten Warnungen vor der drohenden klerikal-cäsaristischen Gefahr dick aufgetragene Komplimente an — die „Armee": „Es hieße die Armee beleidigen, wollte man sie für fähig halten, eine Rebellion zu beginnen gegen die zivilen Einrichtungen, die der Größe und dem Gedeihen des Landes am unentbehrlichsten sind . . ." Als ob die klerikal-cäsaristische Gefahr nicht gerade auf den rebellischen Umtrieben der „Armee" beruhte, als ob die „Armee" nicht bereits seit einem Jahre und mehr in offener Rebellion gegen die Zivilgewalt stände! . . . Die bourgeoisen und bürgerlich-radikalen Unterzeichner des Aufrufes setzten ihrer Halbheit die Krone auf, indem sie in der Kammer, wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Aufrufes, mitten in der Schlacht Reißaus nahmen. Keiner von ihnen wagte ein Wort des Protestes. Sie beschränkten sich auf das stumme Votum gegen das Gesetz, das Risiko des Kampfes dem Sozialisten Millerand und dem Linksradikalen Camille Pelletan überlassend.

Es kam übrigens zu keinem eigentlichen Kampf. Regierung und Opposition waren in gleicher Weise von vornherein des Ausganges sicher. Diese Kammer ist für jedes von den Prätorianern geforderte Schandgesetz zu haben. In früheren Zeiten gehorchte sie dem Generalstabe mehr aus blödem Chauvinismus und — vor den Wahlen — aus Furcht vor den chauvinistischen Wählern. Jetzt gehorcht sie immer sichtlicher und zynischer aus der nackten Furcht vor einem militärischen Staatsstreich. Sie zieht es vor, auf „gesetzlichem" Wege die Grundlagen des Rechtsstaates zu untergraben, dem offenen gewaltsamen Staatsstreich en gros durch versteckte parlamentarische Staatsstreiche im Kleinen zuvorzukommen . . .

So bedurften denn Justizminister Lebret und Ministerpräsident Dupuy keiner, gar keiner Argumente, um eine Mehrheit von 326 gegen 206 Stimmen zu erzielen. Sie hatten auch keine Argumente. Die Kampagne der Generalstäbler gegen die Kriminalkammer des Kassationshofes war ja offiziell als verleumderisch erwiesen. Selbst die zwei Mitglieder der Kammerkommission, welche für den Gesetzentwurf gestimmt hatten, erklärten mit den neun Kommissionsgegnern des Entwurfs die Anschuldigungen gegen die Kriminalkammer für grundlos. Man darf sagen, daß noch niemals ein so folgenschwerer Rechtsbruch von einer Volksvertretung so ganz und gar unbegründet votirt wurde . . .

Das Ministerium Dupuy, ein Ministerium der „republikanischen Mehrheit", kann sich sogar rühmen, auch für das Staatsstreichgesetz eine, wenn auch sehr kleine „republikanische" Mehrheit gewonnen zu haben — mit Hilfe von 46 chauvinistischen „Radikalen". Und gar erst die Poincaré und Barthou, letzterer der Vorsitzende der Bourgeoisrepublikaner, wurden von ihren Truppen — bis auf ein einziges Fähnlein von 35 Mann — verlassen, wie übrigens sie selber, die Unterzeichner des erwähnten Aufrufes, dem Kampfe auf der Kammertribüne ausgewichen waren.

Hervorzuheben ist noch, daß Jourde, Mitglied der sozialistischen Fraktion und der guesdistischen Arbeiterpartei, mit der generalstäblerischen Mehrheit votirt hat . . . Hoffentlich wird der unsichere Kantonist, übrigens ein ehemaliger Boulangist, endlich einmal aus der Partei hinausgeworfen werden . . .

Nun ist die Reihe an dem Senat — das letzte bischen Recht auf dem Altar der Verbrecherbande zu opfern. Niemand zweifelt mehr an der Gefügigkeit des Senats. Sein Ja-Votum wird bereits ohne weiteres angenommen. —

Der Bündlertag.

Wie alljährlich, so tagte auch diesmal die große Berliner Kriegsversammlung des Bundes der Landwirthe zur Faschingszeit im Zirkus Busch.

Die heurige Versammlung indessen war offenbar nicht recht bei Stimmung. Die Lage der Landwirthschaft hat sich wesentlich gebessert; die Regierung — an ihrer Spitze die Herren Miquel und Hammerstein, der durch verstärktes Agrarierthum dem Verdacht zu begegnen sucht, gleich Null zu sein, sind ganz und gar bündlerisch gesonnen und thun für die Geliebten alles, was möglich ist; und endlich stehen keinerlei Wahlen vor der Thür, die zu agitatorischen Kraftaufwendungen nöthigen.

So ergab sich die Taktik, einerseits der Regierung gegenüber nicht allzu unhöflich zu sein, andererseits aber auch den Anhängern zu zeigen, daß die Taktik des Schreiens durchaus nicht verlassen, die oppositionellen Krallen nicht gänzlich eingezogen seien. Statt der Ausbrüche echter Erregung gab es diesmal nur den Schein der Empörung. Der „Erdgeruch" war höfisch parfümirt. Im Uebrigen wurde die Sache durch ein Bischen Todtenkultus feierlicher gestaltet. Drei Verstorbene walteten im Saale. Zwei vertraten das gute, einer das schlechte Prinzip. Die beiden Lichtgötter waren der größte und der zweitgrößte Deutsche: Bismarck und Vater Plötz. Der Dämon der Finsterniß erschien in der verruchten Erscheinung des Grafen Caprivi.

Der Saal war natürlich in allen Theilen dicht gefüllt.

Der erste Vorsitzende, Abg. Freiherr **v. Wangenheim,** eröffnete die Versammlung, indem er zunächst des im Sommer vorigen Jahres verstorbenen ersten Bundesvorsitzenden v. Plötz-Döllingen gedachte. „Im Kampfe für unsere heilige Sache hat er sein Leben geopfert, mit so manchem unserer tapfersten Vorkämpfer ruht er jetzt in deutscher Erde, die uns nur noch theurer geworden ist, seit sie so kostbares Gut birgt." Im Weiteren gedachte der Redner des Dahinscheidens des Fürsten Bismarck. In all seiner schier übermenschlichen Größe stand er doch uns besonders nahe, denn er war Einer der Unseren. Unser Volk fängt an, sich auf sich selbst zu besinnen und die Fesseln einseitiger großkapitalistischer Ausbeutungspolitik abzuschütteln. Wir können stolz darauf sein, daß es gelungen ist, die Berechtigung unserer Bestrebungen allgemein zum Bewußtsein zu bringen. (Stürmischer Beifall.) Zwei Ursachen sind es, welche verstimmend auf das Gemüth unseres Volkes wirken: Einmal die parteipolitische Zerrissenheit, das unproduktive Schaffen in unseren Parlamenten, zum Anderen das Fehlen eines klar und fest ausgesprochenen wirthschaftlichen Programms seitens der Reichsregierung. Das deutsche Volk ist gewohnt, von starker Hand zielbewußt gelenkt zu werden. Die Unsicherheit, wohin die Fahrt geht, lastet schwer auf unserem Volke. Wir fordern von der Regierung eine kraftvolle Vertretung unserer Interessen nach innen und nach außen. Wir haben aber auch in einem konstitutionellen Staate die Pflicht, der Regierung diejenige Macht zur Verfügung zu stellen, deren sie bedarf. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Der zweite Vorsitzende, Dr. **Rösicke,** hielt hierauf eine Gedächtnißrede für v. Plötz-Döllingen. Der Redner erwähnte gleichzeitig des Dahinscheidens des Fürsten Bismarck: Uns Landwirthen war Fürst Bismarck nicht nur allein der Held, der er Allen war, uns war er noch mehr: er stand uns als unser Berufsgenosse, als **deutscher Bauer** menschlich nahe und war uns in inniger Verkettung der Gesinnung der geistige Wegweiser unseres Wollens, Fühlens und Denkens.

Der Bundes-Direktor, **Hahn,** gab den Geschäftsbericht, der so abgefaßt war, daß er die schnöde Verleumdung widerlegen sollte, als wäre der Bund eine ostelbische Junkerschutztruppe. Der Bericht aber kann nicht leugnen, daß die Werbekraft des Bundes nicht allzu stark ist. Der gänzliche Mißerfolg bei den Wahlen hat das deutlich bewiesen. Es wird Mühe genug gekostet haben, einen Zuwachs von 1000 Mitgliedern herauszurechnen. Der Bund zählt zur Zeit 188 000 Mitglieder. Davon wohnen 97 000 westlich und 91 000 östlich der Elbe. So weit östlich der Elbe werden die 97 000 nicht wohnen, und außerdem giebt es ja auch im Westen ostelbische Kolonisationsgebiete. Aber nicht nur keine Ostelbier, sondern auch keine Junker wollen die Bündler sein: 158 600 Kleinbesitzer stehen 28 000 mittleren und 1400 Großgrundbesitzern gegenüber. Für Staffage ist also gesorgt.

Für die Reichtagswahlen wurden rund vier Millionen Flugblätter in 16 verschiedenen Fassungen in das Land versendet. Es wurden 2804 Versammlungen abgehalten. Die Eingänge zur Bundeskasse haben 541 700 M. betragen.

Dann hielt Dr. Hahn dem Grafen Caprivi den Nachruf, der an die Stelle der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik eine einseitige Begünstigung der Exportindustrie und des internationalen Güteraustausches setzte, der gerade zu der Zeit, wo die deutsche Landwirthschaft bei zunehmend schwieriger werdender Konkurrenzlage ganz besonders des Schutzes bedurfte, uns auf 12 Jahre, bis zum Jahre 1904, die Hände gebunden hat, der die Getreidezölle und die Viehzölle festlegte, so daß wir der Verfügung über unsere wirthschaftlichen Geschicke dem Auslande gegenüber bis zum Jahre 1904 beraubt sind.

Erst im verflossenen Jahre hat die Reichsregierung sich zu einer wirthschaftlichen Umkehr bekannt.

Ist Hahn mit der Regierung zufrieden, die er als eine Art Oberdirektion des Bundes auffaßt, so beklagt er die Sprödigkeit des Zentrums. Aber das Liebeswerben seitens des Bundes soll darum nicht aufgegeben werden.

Der Redner beleuchtete im Weiteren die Stellung des Bundes zur Reichsbank, zum Börsengesetz, zum „Fleischnothschwindel", zur Leutenoth u. s. w. und führte aus: Der Bund der Landwirthe sei der zuverlässigste und beste Freund des deutschen Mittelstandes. Dann verlas er folgende Resolution:

„Die sechste Generalversammlung des Bundes der Landwirthe spricht ihre Freude darüber aus, daß, nachdem auf der fünften Generalversammlung des Bundes im verflossenen Jahre die **Wiederaufnahme der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck** zum gleichmäßigen Schutze der gesammten vaterländischen Arbeit als das Hauptziel jeder Politik der Sammlung ausgesprochen worden war, nunmehr auch die Reichsregierung sich auf diesen Boden gestellt und die Nothwendigkeit der Umkehr zu der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik anerkannt hat. Die Generalversammlung erwartet aber, daß die Regierung nicht allein in der richtigen Ausgestaltung des Zolltarifs und den darauf neu zu begründenden wirthschaftlichen Beziehungen zum Auslande die Erfüllung einer nationalen Wirthschaftspolitik erblicken möge, sondern in gleicher Weise in dem Schutze der produktiven Arbeit gegenüber allen denjenigen wirthschaftlichen Mächten, welche im Inlande durch Vertheuerung des Geldes, durch spekulative Einwirkung auf die Preisbildung der meisten Produkte, sowie durch großkapitalistische Unternehmungen, welche den Handwerker- und Kaufmannsstand bedrohen, durch Einrichtung immer neuer Surrogatindustrien u. s. w. den redlichen Erwerb der schaffenden Stände des Vaterlandes beeinträchtigen.

Gegenüber dem sogenannten **Fleischnothschwindel** erwartet die heutige Generalversammlung von der Reichsregierung, daß auf dem Gebiete der Vieh- und Fleischeinfuhr das Ausland nicht vor dem Inlande bevorzugt werde." (Stürmischer Beifall.)

Der Mittelstand wende sich in seinem Kampfe gegen die Uebermacht des Großkapitals und des Großjudenthums nicht mehr um Hilfe an die politischen Parteien, sondern an die so sehr verschrienen Agrarier. Der Kampf gegen die Uebermacht des Großkapitals werde siegreich zu Ende geführt werden mit oder ohne die Regierung. (Stürmischer Beifall.) Als patriotisch gesinnte Männer müssen wir allerdings wünschen, daß die Regierung sich an die Spitze des Kampfes für Erhaltung des Mittelstandes stelle. Um so schneller und sicherer wird der Kampf siegreich beendet werden. (Stürmischer Beifall.)

Die von dem Redner beantragte Erklärung, „die an die Stufen des Thrones gelegt werden solle", gelangte danach einstimmig zur Annahme.

Reichstags- und württembergischer Landtags-Abgeordneter **Schrempf** (Stuttgart) sprach hierauf über die **handelspolitische Haltung des Auslandes gegen Deutschland.** Es sei nicht zu verkennen, daß der deutsche Export auf künstlicher Grundlage beruhe. Der Redner behandelte alsdann das handelspolitische Verhalten Amerikas und bemerkte, daß sich eine so große Nation wie die deutsche nicht an der Nase herum langen lassen dürfe. Aber auch der Nachbar im Osten sei der deutschen Nation nicht Freund; er habe Deutschland stets die Bärentatze gezeigt. (Beifall.) In dem kleinen Gänsekrieg habe die deutsche Regierung leider zurückweichen müssen, obwohl die Maßregeln, die im Gesundheitsinteresse unternommen wurden, sich ebenso gegen das inländische wie gegen das ausländische Geflügel richtet.

Major a. D. Freiherr **v. Loß** bemerkte: Wenn die Reichstagswahlen im Februar stattgefunden hätten, dann wären dieselben bedeutend günstiger ausgefallen als im Juni, zu einer Zeit, wo die Bauern auf dem Felde zu thun hatten. Mit Freuden sei es zu begrüßen, daß innerhalb der nationalliberalen Partei eine große Besserung stattgefunden habe. Die agrarische Bewegung finde in nationalliberalen Kreisen immer mehr Eingang. Dasselbe sei auch bezüglich des Zentrums festzustellen. (Beifall.) Wenn auch zwischen Katholischen und Evangelischen so manche Unterschiede bestehen, so gebe es doch keinen Unterschied zwischen katholischem und evangelischem Roggen. (Beifall und Heiterkeit.) Die Leitung des Bundes hatte den Befehl gegeben, bei einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und dem Freisinn für den Freisinn zu stimmen. Die Landwirthe in der Provinz wünschen sehnlichst, daß eine solche Parole nicht mehr gegeben werde, denn der Freisinn ist ebenso gefährlich, wie die Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Ein **Mann von der Tribüne:** Niemand hat den deutschen Namen so geschändet, niemand an dem deutschen Volke so gesündigt als der Freisinn. (Stürmischer Beifall.)

Frhr. **v. Loß** (fortfahrend): Ich freue mich, daß man in Berlin derselben Ansicht ist wie auf dem Lande. Dem Freisinn fehlt das vaterländische Gefühl und die monarchische Gesinnung. (Stürmischer Beifall.)

Chefredakteur Dr. **Oertel** (Berlin): Man habe die Regierung gegen die Agrarier um Hilfe angerufen. Die Regierung habe aber diese Hilfe nicht bringen können, da sie alsdann den Ast abgesägt hätte, auf dem sie selbst sitze. Der Bürgerstand wende sich immer mehr den Agrariern zu. Der größte Feind der Agrarier sei die noch immer vorhandene Uneinigkeit.

Böhmer (Schlesien) befürwortete die Nothwendigkeit eines Gesetzes, wonach Arbeiter und Arbeiterinnen unter **18 Jahren** in Bergwerken und Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen. —

Dr. Hahn verlas alsdann mehrere Begrüßungstelegramme, darunter eins von dem Reichsraths-Abgeordneten Schönerer (Wien). Danach wurde die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Landwirthschaft geschlossen.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag

war heute von etwa 40 Mitgliedern besucht, als Graf Posadowsky das Wort ergriff, um die Invalidenversicherungs-Vorlage zu begründen. Die Zahl der Anwesenden vermehrte sich allmälig, war aber auch dann noch gering, als interessantere Redner zu Wort kamen. Graf Posadowsky ware ehrlich genug, zu sagen, daß die sogenannte Sozialreform blos dem (lauteren oder unlauteren) Wettbewerb mit der Sozialdemokratie ihren Ursprung verdanke, daß es im Interesse der Regierung sei, die Arbeiter glauben zu machen, der Staat habe ein „warmes Herz" für sie (und ein kaltes „Zuchthausgesetz"); und daß die Mehrbelastung der Städte, für welche die Vorlage eintritt, ein „Correlat" der Freizügigkeit sei. Der Herr Graf wollte wohl sagen: eine Korrektur — ähnlich wie die Beseitigung der geheimen Stimmabgabe eine „Korrektur" des Wahlrechts ist. Es redete ein Freisinniger (Schmidt), ein Konservativer (Richthofen) und ein Zentrumsmann (Hitze), die Alle sagten, was von ihnen erwartet wurde. Herr Hitze

wünschte, daß auch eine Wittwen- und Waisen-Versicherung eingeführt werde, erklärte aber, daß er nur in seinem eigenen Namen das sage. Von unserer Seite sprach Molkenbuhr, dessen vorzügliche Rede Graf Posadowsky und Fürst von Hohenlohe mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörten. Mögen sie etwas gelernt haben! Die inhaltreiche Rede unseres Genossen findet der Leser im Reichstagsbericht.

Morgen Fortsetzung. Unsererseits wird noch Wurm reden. Uebermorgen Schwerinstag und Interpellation Johannsen. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus wandte sich heute der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern zu. Zu dem Titel „Ministergehalt" lag ein Antrag des Abg. Dr. Wiemer (frs. Vp.) vor, das Haus wolle erklären, daß der bekannte Recke'sche Schießerlaß ebenso sachlich ungerechtfertigt wie die Ueberlieferungen der preußischen Gesetzgebung über den Waffengebrauch der Militär- und Zivilpersonen widersprechend sei.

In jedem anderen Parlament der Welt würde sich an einen solchen Antrag eine hochpolitische Debatte knüpfen. Anders im Dreiklassen-Parlament, dessen Mitglieder in ihrer überwiegenden Mehrheit nur Sinn für ihre eigenen Interessen haben, die aber dem, was die Masse des Volkes bewegt, kühl bis ans Herz gegenüberstehen. War schon die Begründung des Antrags durch den Abg. Dr. Wiemer äußerst zahm, so brachten es andere Redner sogar fertig, den Minister des Innern ob seines thatkräftigen Vorgehens warmes Lob zu spenden. Allen voran der Abg. Dr. von Heydebrand (k.), der in dem Schießerlaß das Anzeichen einer zielbewußten und thatkräftigen Regierung erblickte. In ähnlicher Weise äußerte sich v. Kardorff (fk.) und selbst der Nationalliberale Dr. Krause, der vor zwei Jahren bei Berathung der lex Recke dem Minister so bittere Wahrheiten gesagt hatte, bewies heute, daß er dem Schießerlaß zum mindesten nicht ablehnend gegenübersteht.

Die Anwort des Ministers war so, wie wir sie erwartet hatten. Herr v. d. Recke kümmert sich nicht um die Stimmung des Volkes. Hoch erhaben steht er über allen Angriffen der Person und erklärt kühn und heiter, daß diejenigen, die seinen Erlaß verurtheilen, ihn einfach nicht verstanden haben und daß er sein Werk auch nicht in einem Punkte ändern werde.

Noch selbstbewußter benahm sich Frhr. v. d. Recke dem Abg. Dr. Langerhans (frs. Vp.) gegenüber, der die Frage der Bestätigung des Oberbürgermeisters Kirschner anschnitt und die Nachtheile schilderte, die der Stadt Berlin aus der Ungewißheit erwüchsen. Er verweigerte überhaupt die Auskunft, indem er meinte, er trage die Verantwortung für das Unglück, das daraus entstehe, daß die Entscheidung sich um einige Wochen verzögere.

Welchen sonderbaren Begriff von der Verantwortlichkeit eines Ministers in einem konstitutionellen Staate die konservative Partei hat, zeigte die Rede des Herrn von Heydebrand, der unter dem Beifall seiner Freunde die Theorie entwickelte, ein Minister sei nur vor sich oder seinem königlichen Herrn verantwortlich. Die Herren scheinen in der That zu glauben, daß wir bereits wieder in dem absoluten Staate leben, den sie so sehr herbeiwünschen.

Im Uebrigen ist aus der heutigen Debatte nur noch die scharfe Rede des Ministers Dr. v. Miquel gegen die Polen zu erwähnen. Morgen wird die Berathung fortgesetzt. —

* * *

Deutsches Reich.

Berlin, den 13. Februar.

Das entsetzliche Bauunglück in Halensee

hat in mehrfacher Hinsicht auch eine politische Bedeutung. Dem Reichstag liegen nämlich Petitionen der Zünftler des Baugewerks vor, unter diesen auch die bekannte Petition des geschäftsführenden Ausschusses des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, Felisch u. Ko., welche verlangt, der Reichstag solle dafür eintreten, daß bei den in den §§ 222 und 230 des Strafgesetzbuchs für das Vergehen der fahrlässigen Tödtung oder Körperverletzung angedrohten Gefängnißstrafen auf Festungshaft erkannt werde. Die Stummlinge vom Baugewerk wollen selbstverständlich nicht ihre Arbeiter ihres Gewerks, die sich im Affekt zu thätlichen Angriffen auf Mitarbeiter hinreißen ließen, milder beurtheilt sehen — nein, sie sorgen für ihre Klassengenossen. Sie wollen die Bauherren vor dem Gefängniß schützen, die sich obiger Vergehen schuldig machten und dabei, wie die Petenten sagen, dem Thäter „eine ehrlose Gesinnung vollständig fern lag und überwiegend nur ein unglückliches Zusammentreffen verschiedener zufälliger, aber nicht voraussehbarer Ereignisse die Unfallursache abgab, welche zu dem beklagenswerthen Ausgange führte."

Die blutigen und zerschmetterten Arbeiterleiber bei dem Bau-Unglück von Halensee sind eine Warnung, daß die Gesetzgebung den von den Baugewaltigen vorgeschlagenen Weg nicht betrete. Die Milderung der Strafbestimmungen würde nur zur Folge haben, daß zahlreiche Bauherren mit noch größerem Leichtmuth als bisher Schutzbestimmungen außer Acht lassen.

Aber das Bild paßt in unsere Zeit! Für streikende Bauarbeiter, die gegen die Strafgesetze verfehlen, dünkt denen um Stumm keine Zuchthausstrafe scharf genug, für die Bau-Unternehmer ist ihnen die jetzt angedrohte und meist in übergroßer Milde bemessene Gefängnißstrafe noch zu scharf!

Dem Ministerialdirektor Kügler,

der am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause die Interessen der Schule den Junkern gegenüber zu vertreten wagte, liest, wie zu erwarten, die „Kreuz-Zeitung" gehörig den Text. Mit dem Landwirthschaftsminister, der gleich Null ist, ist sie höchlichst zufrieden. Freilich, Herr v. Hammerstein wußte, was er den Agrariern schuldig sei. Er hatte bedauert, daß die Lehrer heutzutage dem landwirthschaftlichen Leben viel zu fern ständen, wodurch auch die Kinder den Begriff dafür verlören, weshalb der liebe Gott sie auf das Land gesetzt habe; anstatt etwas Praktisches für ihren Beruf zu lernen, lernten sie in der Schule sticken und wer weiß sonst was. Wenn für die Seßhaftmachung der ländlichen Arbeiter etwas Ersprießliches erreicht werden soll, so müsse auch an diese Wunde die Hand gelegt werden. Er hoffe aber, daß der Kultusminister in dieser Beziehung das Seinige thun werde, ohne daß dadurch das Bildungsniveau herabgedrückt werde.

„Leider war" nun, schreibt die „Kreuz-Zeitung", der Kultusminister Dr. Bosse durch Erkrankung gehindert, sich persönlich über diese Frage zu äußern; das übernahm Tags darauf der Ministerialdirektor Dr. Kügler. Wieweit dieser sich hierbei aber in Uebereinstimmung mit Dr. Bosse befand oder auf eigene Faust Politik trieb, müssen wir dahingestellt sein lassen; ganz ungewöhnlich ist es jedenfalls bei uns in Preußen, daß ein Ministerialdirektor dem Chef eines anderen Ressorts so entgegentritt, wie Herr Dr. Kügler dem Frhrn. v. Hammerstein gegenüber es gethan hat. Denn darauf liefen die Auslassungen Dr. Kügler's hinaus."

Das Blatt hofft von der Kügler'schen Improvisation eine „ganz andere Wirkung" als etwa die Demission Hammerstein's. Das heißt: der waghalsige Ministerialdirektor soll gedelbrückt werden.

Nicht in das Junkerlob der Dummheit und Unwissenheit einstimmen — das ist freilich heute das größte Verbrechen, das ein Vertreter der Regierung begehen kann. —

Arbeiterschutz in den Getreidemühlen. Die jahrelangen Erhebungen über die Arbeitszeit der Müllereiarbeiter sind nunmehr abgeschlossen, und der Bericht der Kommission für Arbeiterstatistik liegt jetzt im Wortlaut vor. Danach ist von der überwiegenden Mehrheit der Kommission die Frage, ob die Getreidemühlen zu den Betrieben gehören, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, so daß ein Einschreiten des Bundesraths gemäß § 120e der Gewerbeordnung erforderlich sei, bejaht worden. Sie hat besonders die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die in einem großen Theil der Mühlen festgestellten Arbeitszeiten dasjenige Maß von körperlichen Anstrengungen übersteigen, das der menschliche Körper ohne Schädigung der Gesundheit auf die Dauer zu ertragen vermag. Gleichwohl hat die Kommission davon abgesehen, für Windmühlen die gesetzliche Regelung einer festbegrenzten Arbeitszeit zu empfehlen, weil hier die Möglichkeit der Durchführung bezweifelt wurde, außerdem die Zeiten des ununterbrochenen Tag- und Nachtbetriebes sehr kurz seien und der schon so schwere Existenzkampf der kleinen Mühlen mit den großen durch eine derartige Vorschrift wesentlich erschwert werde. Diese Ausnahmestellung soll aber nur denjenigen Windmühlen eingeräumt werden, die ausschließlich auf den Wind als Triebkraft angewiesen sind und Hilfsmotoren nicht verwenden. Für die übrigen Mühlen sind folgende Vorschriften vorgeschlagen. Jedem Arbeiter ist innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von 8 Stunden zu gewähren, doch sollen die Mühlen an Sonntagen, an denen ihnen der Betrieb gestattet ist, von der Einhaltung dieser Vorschrift insoweit befreit sein, als dies zur Bewirkung des Schichtwechsels erforderlich ist. Junge Leute unter 16 Jahren sollen in den Getreidemühlen nur in der Zeit von 5½ Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends beschäftigt werden.

Der Existenzkampf der Windmüller soll also auf Kosten der Gesundheit der Gesellen geführt werden; hoffentlich redet hier auch der Reichstag noch ein Wörtchen mit. —

Die Vernichtung der „Ramschbazare" macht den Mittelstands-Politikern schwere Sorgen. Von einem großen Verbande wurde neulich vorgeschlagen, man solle diejenigen Geschäfte mit einer Umsatzsteuer belasten, die mehr als 3 Branchen betreiben. Demgegenüber wurde jedoch darauf hingewiesen, daß auch „solide" größere oder kleinere Geschäfte häufig unter diese Bestimmung der 3 Branchen fallen würden. Diese Schwierigkeit ist jedoch nun in einer der „Deutschen Tagesztg." von „sehr geschätzter Seite" zugehenden Zuschrift ebenfalls gelöst. Es heißt da:

„Der Gemeingefährlichkeit der Ramschbazare entgegenzuwirken, würde sich ebenfalls eine Form finden lassen. Für Geschäfte dieser Tendenz einen bestimmten Begriff zu finden, der sie von reellen Häusern unterscheidet, dürfte schwer fallen; doch würde die Veranlagungs-Kommission zur Gewerbesteuer diesen Unterschied sehr wohl feststellen können. Es ist dies eine Sache des Gefühls, ähnlich den Urtheilen der **Geschworenen-Gerichte,** wo Männer, welche nicht ein Rechtsstudium zurückgelegt haben, nach ihrer unbefangenen Anschauung Recht sprechen. Sie dürften das Richtige treffen, wenn sie sich von Gesichtspunkten, etwa wie den folgenden, leiten ließen:

1. Wie ist die historische Entwickelung des Geschäfts, ist dasselbe aus kleinen Anfängen langsam durch Solidität emporgewachsen, oder ist es plötzlich in großem Maßstabe entstanden und erweist es sich dadurch als großkapitalistische Gründung? 2. Bedient sich die Firma unreeller oder nicht anständiger Lockmittel zur Heranziehung der Kundschaft, Verkauf bekannter Marken zu Schleuderpreisen, Schwindelannoncen, Verkauf zu verschiedenen Preisen an verschiedenen Tagen und zu verschiedenen Tageszeiten? 3. Hat die Firma alle nur denkbaren, in keinem organischen Zusammenhange stehenden Artikel wie Stoffe, Bekleidungsartikel, Kolonial- und Konditorwaaren, Möbel, Druck- und Musikschriften, Gold- und Silberwaaren, Herstellung von Photographien, Licht- und Seifenwaaren, Weine, Spirituosen, Cigarren, Konserven, Fleischwaaren u. s. w. angehäuft? Wenn die Einschätzungskommission diese Punkte in Erwägung zieht, wird sie sehr wohl beurtheilen können, welche Geschäfte als schädlich zu betrachten und zu einer Sondersteuer heranzuziehen sind, die ihnen in Form einer Verschärfung der sonst ortsüblichen Gewerbesteuer auferlegt werden könnte. Durch eine derartige Maßregel würden gerade diejenigen Waarenhäuser getroffen werden, welche durch ihre rücksichtslose Geschäftsführung den Anlaß zu den Mißständen und der heutigen Bewegung gegeben haben."

Die nach dem Gefühl urtheilenden Steuer-Einschätzungs-Geschworenen, die historische Studien über die Frage treiben, ob ein Geschäft durch Solidität emporgewachsen oder ob es ein „Ramschbazar" ist, sind ausgezeichnet. Die „Deutsche Tages-Zeitung" findet diese Vorschläge sehr beachtenswerth. —

Würzburg, 9. Februar. Die von 1300 Handels- und Gewerbetreibenden an das Gemeindekollegium eingereichte Petition um kommunale Besteuerung der Ramschbazare und Waarenhäuser, die einstimmig an den Magistrat zur Berücksichtigung hinübergegeben wurde, ist von diesem abgelehnt worden. Der Magistrat erklärte sich in dieser Angelegenheit nicht kompetent, weil § 7 Ziffer 6 der Gewerbe-Ordnung eine gesetzliche Grundlage zur Erhebung einer solchen kommunalen Steuer nicht biete. —

Der Entwurf eines Telegraphenwegegesetzes, der dem Bundesrath zugegangen ist, ermächtigt die Telegraphenverwaltung, die öffentlichen Wege, Plätze, Brücken und Gewässer, nebst deren dem öffentlichen Gebrauche dienenden Ufer, mit Einschluß des Luftraums und des Erdkörpers für ihre Telegraphenlinien zu benutzen, soweit nicht dadurch der Gemeingebrauch der Verkehrswege dauernd beschränkt wird. Unter Telegraphenlinien sind die Fernsprechlinien mitbegriffen. Die Telegraphenlinien sind nach Möglichkeit so auszuführen, daß sie die vorhandenen besonderen Anlagen (Kanalisations-, Wasser-, Gasleitungen, Schienenbahnen, electrische Anlagen und dergleichen) nicht störend beeinflussen. Die Telegraphen-Verwaltung ist befugt, Linien durch den Luftraum über Grundstücken, die nicht Verkehrswege im Sinne des Gesetzes sind, zu führen, soweit nicht der Eigenthümer dadurch nach den zur Zeit der Herstellung der Anlage bestehenden Verhältnissen in der Benutzung seines Grundstücks beschränkt wird. Die auf die Vorschriften dieses Gesetzes bestehenden Ersatzansprüche verjähren in einem Jahre. Das Gesetz soll am 1. Januar 1900 in Kraft treten.

Herbert Bismarck soll sich jetzt mit dem neuen Kurs wirklich versöhnt haben. Durch den Friedensschluß dürfte wohl die Veröffentlichung des dritten Bandes der Memoiren seines Vaters arg verzögert werden. —

Nichts gelernt und nichts vergessen haben in den Debatten über die Arbeiternoth die immer frecher sich gebärdenden Agrarier. Die „Deutsche Tagesztg." schreibt in ihrem Schlußresumee jener Verhandlungen:

„Alles in Allem ist als Ergebniß der Berathungen festzustellen, daß ohne eine **Beschneidung der Auswüchse der Freizügigkeit,** wie sie von uns mehrfach im Einzelnen dargelegt worden ist, eine wesentliche Besserung der Verhältnisse nicht eintreten wird. . . . Im übrigen ist auch trotz der üblen Lage der Landwirthschaft das Nahrungs- und Lohnverhältniß der ländlichen Arbeiter im Wesentlichen zufriedenstellend, und Herr v. Wangenheim hatte vollständig recht, wenn er erklärte, daß der Abgeordnete Hirsch, hätte er vor einer Versammlung von Landarbeitern seine abgedroschene Hetzrede gehalten, er nicht mit einem Lorbeerkranz, wohl aber mit einer kalten Kompresse um seinen in Fieberphantasien erglühten Kopf geehrt worden wäre."

Merkwürdig ist nur, daß trotz der befriedigenden Lage der Landarbeiter und ihrer Geneigtheit, den Hetzrednern aus der Stadt kalte Umschläge zu verabreichen, eben dieselben Landarbeiter, ihren großgrundbesitzenden Wohlthätern in solchen Massen davonlaufen, daß die Großgrundbesitzer in der Beschränkung der Freizügigkeit den einzigen Rettungsweg erblicken. Etwas kraus muß es in den agrarischen Schädeln wirklich aussehen. —

Auflösung von Kriegervereinen. Aus Goslar wird gemeldet: Die Kriegervereine zu Haverlah und Ostlutter sind durch Verfügung des kgl. Landraths hier aufgelöst worden, d. h. die ihnen früher ertheilte obrigkeitliche Bestätigung ist den Vereinen wieder entzogen worden, weil bei der vorjährigen Reichstags-Stichwahl die Mitglieder des Vereins mit überwiegender Mehrheit ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben haben. —

Der Monarch von Spielhölle Gnaden, der Fürst von Monaco, weilt gegenwärtig in Berlin, vermuthlich um eine Anzahl Mitglieder des gesprengten „Klubs der Harmlosen" als Croupiers für seine Spielbank anzuwerben.

Preß-Verbrecher-Enquete. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" meldet, daß die sächsischen Behörden angewiesen seien, über die in den letzten Jahren vorgekommenen Strafverfolgungen der Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen Bericht an die betreffenden Kreishauptmannschaften zu erstatten.

Nach den „Voss. Ztg." handelt es sich um eine allgemeine deutsche Erhebung.

Will man nachweisen, daß zu viel oder daß zu wenig sozialdemokratische Redakteure sich von Hülsenfrüchten nähren? —

München, 12. Februar. Dem bayerischen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welchen die Steuerumlagen- und Zollfreiheit der Standesherren vom 1. Januar 1900 ab gegen einmalige Kapitalsabfindung aufgehoben wird. Die Abfindungssumme ist auf das 18fache des Jahreswerthes der aufgehobenen Privilegien festgesetzt.

Polizeiwillkür in Elsaß-Lothringen. Am Donnerstag Abend wurde in Straßburg ein Parteigenosse, der auf dem Wege nach dem Vorort Neudorf eine Anzahl Agitationsexemplare unseres neugegründeten reichsländischen Partei-Organs an die dort zahlreich passirenden Arbeiter austheilte, durch einen Schutzmann verhaftet und nach dem Polizeirevier geführt. In Elsaß-Lothringen befindet sich, wie bekannt, seit dem 1. September v. J. ein neues Preßgesetz in Kraft, durch welches die früheren Beschränkungen der Kolportagefreiheit für Zeitungen aufgehoben und durch die einschlägigen Bestimmungen des Reichs-Preßgesetzes ersetzt worden sind. Trotz alledem konnte der erwähnte Schutzmann bei der Verhaftung unseres Parteigenossen sich auf eine amtliche Instruktion berufen, die ihm angeblich erst am vorhergegangenen Tage zu theil geworden und derzufolge die Verbreitung von Zeitungen ohne polizeiliche Erlaubniß verboten sei. — Auch das bischen Versammlungsfreiheit, welches das Puttkamer'sche Diktaturregiment der Arbeiterschaft Elsaß-Lothringens eingeräumt hat, wird von den Polizeibehörden fortwährend in der ärgsten Weise beschnitten. Bei einer Unterredung der Vertreter unseres reichsländischen Parteiorgans mit dem Direktor einer Straßburger Großbrauerei theilte der letztere mit, es bestehe seinerseits ein generelles Verbot an alle Zapfwirthe, ihre Lokale zu politischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen, weil sonst seitens der Polizei Maßregelungen eintreten würden. In Metz drang die Polizei kürzlich in eine stark besuchte Versammlung der Bäckergesellen ein, in der zur Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Bäckerverbandes geschritten werden sollte. Obwohl durch den Charakter der Zusammenkunft als einer privaten Vereinigung im Sinne unserer versammlungsrechtlichen Bestimmungen jede polizeiliche Einmischung ausgeschlossen war, erschien während der Berathungen ein Polizeikommissar im Lokale, erklärte kurzer Hand die Versammlung für eine öffentliche, stellte den Namen des Einberufers fest und forderte die Anwesenden auf, sofort auseinanderzugehen. So respektirt man im Lande der „wiedergewonnenen Brüder" die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiterklasse! —

Dresdener Zuchthauskurs.

In bürgerlichen Kreisen, soweit sie nicht ganz verrottet sind, herrscht über das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts ein weit größeres Unbehagen, als es nach den Meinungsäußerungen der bürgerlichen Presse scheinen möchte. Dafür legen die Briefe Zeugniß ab, die an sozialdemokratische Redaktionen gerichtet sind. Wir theilen — als Probe dieser Stimmung — folgende Stellen aus einem uns zugegangenen Schreiben mit, dessen Stil und Handschrift auf einen einfachen Mann aus dem Bürgerthum schließen lassen:

„Aus Menschlichkeitsgefühlen sende ich Ihnen inliegend 500 M. zur Unterstützung der zum Opfer gefallenen hinterlassenen Familien.

Ich halte es für nöthig, eine kurze Erklärung folgen zu lassen, weshalb ich mich zu diese Gabe veranlaßt fühlte.

Wenn mehrere angetrunkene Arbeiter andere Arbeiter ihrer Branche durch Worte zu veranlassen suchen, keine Ueberstunden zu arbeiten, oder wenn Bürger, Geschäftsleute, Studenten, Militärs ꝛc. ähnliche oder noch schlimmere Vergehen in trunkenem Zustande ausführen, was ja in allen Kreisen auch oftmals vorkommt, und es würden auf dieselben Schüsse abgefeuert, wie es hier der Fall gewesen ist (wenn auch nur blinde), so kann dies Niemand befremden, wenn Betreffende sich bedroht fühlen und handgreiflich werden und daraus eine große Schlägerei entsteht. Daß derartige Leute entsprechend bestraft werden müssen, liegt auf der Hand und dürfte hier eine Gefängnißstrafe von ¼, ½ und selbst bis zu einem ganzen Jahre am Platze sein. Daß man aber solche Leute gleich Mördern mit 10, 7, 5 Jahren Zuchthaus bestraft und dadurch die armen Familien ihres Ernährers so lange beraubt, muß Jedermann, der ein menschlich fühlendes Herz im Leibe hat, gewiß sehr empören.

Kein Gleichgesinnter Ihrer Partei, aber ein Menschenfreund.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Die Annahme der Regierungsvorlage durch die Deputirtenkammer läßt den ungestörten Fortgang der Revisions-Angelegenheit wieder für längere Zeit als ausgeschlossen erscheinen. Im Senat bringt der Justizminister Lebret den Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Revisionsverfahrens ein. Der Gesetzentwurf wird den Bureaus überwiesen, welche eine besondere Kommission zur Berathung desselben ernennen werden. Allgemein wird angenommen, daß der Senat dem Entwurf zustimmen werde. Dem „Soir" zufolge ist ein ernster Konflikt zwischen dem Präsidenten Mazeau und dem Vorsitzenden der Kriminalkammer Loew ausgebrochen, da Letzterer sich weigere, die Akten der von ihm geführten Untersuchung Mazeau auszuhändigen, obwohl doch die Untersuchung gestern abgeschlossen worden sei. Der „Soir" hält trotz gewisser Dementis die Nachricht von der Demission des Generalprokurators Manau und seiner Ersetzung durch Desjardin aufrecht. Anderen Blättermeldungen zufolge wollen die Richter der Kriminalkammer sich ihre Entscheidung vorbehalten, bis der Senat gesprochen hat, dann aber eventuell ihre Demission einreichen. —

Zu den französisch-englischen Streitfragen meldet die offiziöse „Agence Havas". Dem Vernehmen nach werden die Verhandlungen zwischen Frankreich und England in nächster Zeit zu einer befriedigenden Lösung führen. England giebt zu, daß die Forderung Frankreichs, einen Zugang zum Nil zu erhalten, berechtigt sei. Man hofft, daß die Festsetzung der beiderseitigen Besitzungen und Einflußsphären in den Gegenden am Bahr-el-Ghazal und Ubangi ziemlich leicht von statten gehen werde. Uebrigens werde das Uebereinkommen auf diplomatischem Wege bestätigt werden, ohne daß man die Einzelheiten der Festsetzung abwarte. —

Rußland.

St. Petersburg, 10. Februar. (Eig. Ber.) Trotz der Initiative zur allgemeinen Abrüstung wird in Rußland Heer und Flotte für den kommenden Weltkrieg immer weiter ausgestaltet. Dabei ist es erheiternd zu sehen, wie die russische Presse sich in beweglichen Klagen über die nicht enden wollenden Rüstungen anderer Völker ergeht. Die „Novosti" veröffentlichen eine melancholische Betrachtung, die sich besonders gegen die Rüstungen der kleinen Staaten richten, denen z. B. die Integrität von Europa garantirt ist. Die „Novosti" finden es nicht verständlich, weshalb Schweden und Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Holland und andere Kleinstaaten es den großen gleich thun wollen und die Kräfte des Landes für militärische An-

strengungen weit über das zulässige Maß belasten. Die „Novosti“ gehen von der Anschauung aus, daß gerade die Kleinstaaten Europa's in der bevorstehenden Konferenz für die allgemeine Abrüstung eine höchst wirksame Propaganda entfalten könnten; die Blätter vergessen, daß die wirksamste Propaganda von Rußland selbst entfaltet werden könnte, sobald es jede weitere Heeres- und Flottenvermehrung einstellen würde. —

Afrika.

Kämpfe im Kongostaat. Aus Brüssel wird berichtet: Nach einer Spezialmeldung des „Petit bleu“ fanden zwischen den Truppen des Kommandanten Lothaire und den Budjas ein Zusammenstoß statt, bei welchem die letzteren vollständig aufgerieben wurden. Eine große Menge Waffen, darunter auch solche, welche den kongolesischen Truppen vor einiger Zeit abgenommen worden waren, wurden erbeutet. Die beiden Führer der Budjas wurden gefangen genommen. —

Amerika.

Zum Konflikt zwischen Chile und Bolivia. Die Regierung sandte ein halbes Regiment Infanterie und ein halbes Regiment Kavallerie nach der Grenze von Bolivia zur Bekämpfung der Indianer, welche, wie berichtet, chilenische Besitzungen verheerten. —

Parlamentarisches.

Im Seniorenkonvent des Reichstages wurde gestern die Geschäftslage besprochen. Der Präsident gab dem Wunsche Ausdruck, daß vor Eintritt der Osterferien, die am 22. März beginnen sollen, der Etat und die ersten Berathungen der Gesetzesvorlagen erledigt werden, damit die letzteren in Kommissionen verwiesen und dort weiter bearbeitet werden können. Die Vertreter der Fraktionen äußerten sich im Allgemeinen zustimmend, vermochten jedoch bestimmte Erklärungen über die vom Präsidenten befürwortete Einschränkung der Redelust nicht zu geben. Ein Vorschlag, die Schwerinstage vor Ostern auszusetzen, wurde von dem Abg. Singer bekämpft und in dieser Form fallen gelassen, dagegen dem Präsidenten anheimgegeben, aus besonders dringendem Anlaß ausnahmsweise einen Schwerinstag ausfallen zu lassen. Nach Beendigung der Etatsberathung sollen die Berichte der Wahlprüfungs-Kommission und, soweit möglich, die dem Reichstage vorliegenden juristischen Gesetzentwürfe, sowie das Postgesetz und das Hypothekengesetz vor den Osterferien in Angriff genommen werden.

Das Gesetz, betreffend die Patentanwälte hat die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden und wird demnächst dem Bundesrath zugehen.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen wird im Staatsministerium vorbereitet, um dem Landtag unterbreitet zu werden.

Zur Neuwahl im 2. Wahlkreise

geht uns von einem Genossen aus dem Kreise folgendes zu:

Gestatten Sie mir, zu den Ausführungen des Mitgliedes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Nr. 36 Einiges zu bemerken. In den meisten Punkten bin ich mit ihm einig, besonders darin, daß es eine ganz grundlose Angst ist, in Berlin, wo jede Kontrolle seitens des Arbeitgebers unmöglich ist, wo auch für die Beamten bei der Gleichheit der Stimmzettel in Papier und Format gar keine Gefahr in der Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels liegt, gegnerische Stimmzettel zu benutzen, indem man über den durchstrichenen Namen des Gegners den Namen des sozialdemokratischen Kandidaten schreibt. Aber es sind doch auch Fälle denkbar — besonders im Westen, wo der Portier den Auftrag hat, alle Briefe, Drucksachen ꝛc. in Empfang zu nehmen und sie selber den Miethern abzugeben, oder wo er direkt angewiesen ist, Flugblätter- und Stimmzettelvertheiler nicht einzulassen, und solcher Häuser haben wir eine ganze Anzahl — daß ein Wähler gar keinen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hände bekommt und daher auf diese Weise sich helfen muß! Daher komme ich zu einem anderen Schluß: Könnte man nicht von den freisinnigen Berliner Wahlvorstehern verlangen, daß auch sie das Gesetz kennen und wissen sollten, daß solche durchstrichene und mit einem anderen Namen beschriebene Stimmzettel giltig sind. Und wenn trotzdem bei jeder Wahl freisinnige Wahlvorsteher — und sehr oft sind es immer die gleichen Personen — solche Stimmzettel für ungiltig erklären, dann kann man auch begreifen, daß manche Genossen, wenn auch zu Unrecht, auf den Gedanken kommen, da und dort könnte solch' ein freisinniger Wahlvorsteher mit vollem Bewußtsein der Ungesetzlichkeit solche Stimmzettel nur deshalb für ungiltig erklären, weil er die Hoffnung hegt, durch solche Manipulationen, besonders wenn das Stimmenverhältniß so nahe zusammenrückt wie bei der letzten Wahl, dem freisinnigen Kandidaten zum Siege zu verhelfen; wenn dann später die Wahl auch kassirt würde, schadet das nicht; vorläufig sei seine Partei Siegerin! Und wenn man daneben in zahlreichen Fällen (wie bei den letzten Wahlen) sieht, daß freisinnige Wahlvorsteher mit allen Mitteln die Kontrolle der Wahlhandlung durch die Wähler zu verunmöglichen suchen, indem der freisinnige Magistrat auffallend kleine Nebenzimmer als Wahllokale aussucht, oder die freisinnigen Wahlvorsteher unseren Genossen den Zutritt verweigern, andere wieder von jedem Arbeiterwähler Legitimationspapiere verlangen oder die Wähler einschüchtern durch das Verlangen, die Stimmzettel nur einmal umschlagen, statt doppelt gefalzt abzugeben, — ist da ein Mißtrauen unserer Genossen nicht begreiflich? Zumal wenn man sieht, wie seit Jahren die freisinnige Coterie ängstlich bemüht ist, womöglich ausschließlich oder doch vorzugsweise ihre Leute in die Wahlbureaus zu bringen! Ich frage blos: was würden die Bourgeois aller Schattirungen für ein Geschrei über sozialdemokratischen Terrorismus erheben, wenn solche Wahlpraktiken unter sozialdemokratischen Wahlvorstehern auch nur einmal, geschweige denn immer und wieder vorkämen! Nicht wir sind also für das Mißtrauen verantwortlich, sondern die Freisinnigen, und sie haben es in der Hand, durch Anweisung an ihre Parteigenossen in den Wahlbureaus dem Mißtrauen ein Ende zu machen! So lange sie aber solche Zustände ohne Protest sich gefallen lassen, müssen sie auch die Verantwortung für deren Folgen tragen!

Dagegen stimme ich ganz den Ausführungen bei, die sich gegen den albernen Unfug wenden, durch läppische Witzeleien auf den Stimmzetteln den Werth der Stimmabgabe zu gefährden. Da kann nicht ernst genug gewarnt werden, zumal es auch der Sache durchaus unwürdig ist. Aber noch ein anderer Umstand muß hier den Genossen vor Augen geführt werden:

Eine Anzahl Stimmzettel, die hingereicht hätten, den Sieg Fischer's zu entscheiden, mußten deshalb für ungiltig erklärt werden, weil auf den Stimmzetteln für Fischer auch noch der Name des Wählers stand. Die Wähler müssen sich also merken, daß außer dem Namen des Kandidaten gar nichts auf dem Stimmzettel stehen darf.

Bezüglich der Frage, ob Kreitling schon vor Entscheidung der Wahlprüfungskommission das Mandat hätte niederlegen sollen, meint der Einsender, bisher sei eine solche Entsagung im Reichstag nicht üblich gewesen. Im Allgemeinen stimme ich auch dem bei. So lange, bis die Wahlprüfungskommission untersucht und entschieden hat, bleibt jeder Wahlprotest eine einseitige Parteibehauptung: und wenn streitige Fragen auftauchen, über welche sogar die Wahlprüfungskommission getheilter Meinung ist, oder wenn eine Partei sich durch einen Majoritätsbeschluß vergewaltigt fühlt, wird niemand etwas dagegen einwenden können, wenn der Abgeordnete sogar, im Interesse seiner Partei und seiner Wähler, die Entscheidung des Plenums abwartet. Aber anders lag die Sache doch im zweiten Wahlkreise. Schon vor Monaten hat Herr Kreitling selber privatim und öffentlich vor mehr als tausend Wählern erklärt, **er sei zu Unrecht gewählt,** und sein Mandat müsse kassirt werden. Da frage ich nun: Wenn ein Abgeordneter selber seine Ueberzeugung dahin ausspricht, daß er sein Mandat nur **zu Unrecht** ausübe, heißt es da, vom politischen Anstand des Gegners zu viel verlangen, wenn der oder jener die Mandatsniederlegung nicht erst in dem Augenblick erwartete, als die Wahlprüfungs-Kommission die Ausübung moralisch unmöglich machte, sondern schon von dem Tage an, da Herr Kreitling von der Unrechtmäßigkeit seiner Wahl überzeugt war? So und nicht anders steht die Frage.

Im Uebrigen handelt es sich heute, wie der Genosse aus der Fraktion mit Recht hervorhebt, um All' das gar nicht mehr; jetzt gilt es, **alle Kräfte einzusetzen, den Kreis wieder zu erobern;** ich hielt meine Einsendung nur um deswillen für angebracht, weil sie meines Erachtens auch eine Seite hervorhebt, die nicht unerwähnt bleiben dürfte, sollten die Ausführungen des Genossen aus der Fraktion nicht einer Mißdeutung unterliegen.

Partei-Nachrichten.

Aus der Redaktion des „Vorwärts“ scheidet mit dem heutigen Tage unser Kollege August Enders aus. Geborener Sachse, war Enders während der siebziger und achtziger Jahre zu Leipzig in der Buchdruckerbewegung und unter dem Sozialistengesetz auch in der politischen Bewegung thätig. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde er geschäftlicher Leiter des „Wähler“ — Vorläufers der „Leipziger Volkszeitung“ — ging dann als Redakteur der „Thüringer Tribüne“ nach Erfurt, von wo er im Sommer 1892 in die Redaktion des „Vorwärts“ eintrat. Der Redaktion des „Vorwärts“ gehörte er also nahezu acht Jahre an; er behandelte hauptsächlich die Parteinachrichten und Soziales — eine mühsame Arbeit, die, weil die ganze Parteipresse verfolgt werden muß, viel Fleiß und Gewissenhaftigkeit erheischt — Eigenschaften, die Enders in hervorragendem Maße besitzt. Eine Zeit lang zeichnete er den „Vorwärts“ als verantwortlicher Redakteur; die in Deutschland unvermeidliche Folge war eine Anzahl Prozesse, die eine Gefängnißstrafe von zusammen 11 Monaten einbrachten.

Alle Redaktionskollegen bedauern lebhaft den Fortgang Enders', der jetzt nach Chemnitz geht, um die Redaktion des dortigen Partei-Organs zu übernehmen. Die Redaktion des „Vorwärts“ in ihrer Gesammtheit wünscht ihm für seine neue Laufbahn den Erfolg, welchen sein Charakter und seine Fähigkeiten verdienen.

An Enders' Stelle tritt Ende des Monats Genosse Wetzker, bisher in der Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ thätig, in die Redaktion des „Vorwärts“. —

Genosse Stadthagen ist unverhofft am Montag Nachmittag 1/2 5 Uhr aus der Strafhaft in Plötzensee entlassen worden. Bei dem am 18. Oktober erfolgten Antritt seiner fünfmonatlichen Strafe, die am 18. März abgelaufen wäre, ist übersehen worden, daß zu der sechswöchentlichen Strafe, die er im Jahre 1898 verbüßt hat, das Verfahren betreffs Zusammenziehung der Strafen noch nicht erledigt war. Die Gesammtstrafe kann zwischen 5 Monate und 1 Tag und 5 Monaten und 41 Tagen liegen. Dazu tritt dann 1 Monat aus der Hanauer Affäre, der noch nicht verbüßt ist und auch eine Zusammenziehung erfordert. Wird bei der Zusammenziehung auf die geringste Strafe erkannt, so wären die Gesammtstrafen am 6. Februar verbüßt. Außerdem tritt hinzu, daß das Hanauer Verfahren durch den Reichstag eingestellt ist. Auf Antrag Stadthagens hat daraufhin der Staatsanwalt die Entlassung verfügt. Die interessanteste Frage in diesem Falle ist die mitsprechende Verfassungsfrage, ob Art. 31, wie der Staatsanwalt anzunehmen scheint, überhaupt nicht mehr nach Entscheidung durch das Reichsgericht anwendbar ist oder ob, wie die allgemeine Ansicht ist, zweifellos auch dies das Zusammenziehen betreffende Strafverfahren durch den Art. 31 des Strafgesetzes getroffen wird und endlich ob nicht auch die Strafhaft durch Beschluß des Reichstags aufzuheben ist. Die Sache liegt zunächst so, daß infolge des § 160 Gerichtsverfassungs-Gesetzes möglicherweise diese Frage endlich durch das Reichsgericht als letzte Instanz entschieden werden wird.

Wir freuen uns mittheilen zu dürfen, daß Genosse Stadthagen trotz der fast 4 Monate langen Haft, sich bei verhältnißmäßig guter Gesundheit befindet.

Zum Kommunal-Wahlsystem. Der Erfurter Sozialdemokratische Verein hat an den Magistrat der Stadt das Ersuchen gerichtet, bei den zukünftigen Stadtverordnetenwahlen, so auch schon bei einer event. Stadtverordneten-Ersatzwahl eine Aenderung des Wahlverfahrens in dem Sinne eintreten zu lassen, daß 1. die Wahl an einem Tage stattfindet; 2. daß die wahlberechtigten Bürger der 3. Wählerklasse in den einzelnen Stadtbezirken, in denen sie wahlberechtigt sind, ihr Wahlrecht auszuüben haben.

Begründet wird das Gesuch mit dem berechtigten Hinweis auf die Unzulänglichkeit eines einzigen Wahllokals für die große Masse der Wähler. Namentlich seien es die Wähler aus den Kreisen der Arbeiter, die meist zur selben Zeit — in der Mittagsstunde — ihr Wahlrecht auszuüben gezwungen sind, und die dann, bei großem Andrange, vielfach unverrichteter Dinge wieder fortgehen müßten, wie es frühere Wahlen gelehrt haben.

Der Kongreß der ungarischen sozialdemokratischen Partei, der zu vergangenen Weihnachten geplant war, findet nun am 2. und 3. April (Ostern) statt. An diesen schließt sich in den darauffolgenden Tagen an ein Kongreß der ungarischen Feldarbeiter und Kleinbauern, die in Ungarn zum größten Theil der sozialistischen Partei angehören. Der Kongreßort ist, wahrscheinlich um unliebsame Störungen zu vermeiden, nicht bekannt gegeben.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Eine eigenartige Begründung wählt der Herr Amtsvorsteher v. Sandwurst. Der Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Magdeburg, hatte in einem nahen Vorort von Magdeburg eine Versammlung einberufen. Der Amtsvorsteher verbot die Versammlung, da ihm im Orte ein Zweigverein unbekannt geblieben ist. Früher hätte ein solcher bestanden, er habe sich aber aufgelöst, seine Mitglieder sich der Verwaltung in Magdeburg angeschlossen. Nun können die früheren Mitglieder (so meint Herr Amtsvorsteher v. Sandwurst) in die Versammlungen nach Magdeburg gehen. Die Begründung ist entschieden originell, wenn auch keine rechtliche Grundlage dafür zu finden ist.

Eine Landeskonferenz der organisirten sächsischen Textilarbeiter tagte am Sonntag in Chemnitz. Zunächst wurde die Absendung einer Sympathiekundgebung an die Krefelder Weber beschlossen. Aus dem Bericht der Agitationskommission ging hervor, daß die Einnahmen und Ausgaben für vergangenes Jahr mit 700 M. balanziren. Ende Januar waren in Sachsen von 85 874 weiblichen und 72 093 männlichen Textilarbeitern zirka 8000 organisirt, darunter nur 1275 weibliche. Beschlossen wird, daß fortan jedes Verbandsmitglied pro Halbjahr 5 Pfennig für das Agitationskomitee entrichten soll, bisher war der Satz 5 Pf. pro Quartal, wurde aber sehr unregelmäßig entrichtet. Aus den Berichten der Delegirten ist zu entnehmen, daß die Organisation in manchen Orten im Verhältniß zur Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine sehr minimale ist; in Pulsnitz und Umgegend z. B. sind von 1000 nur 50 Personen organisirt. Allgemein wird über das Sinken der Löhne geklagt.

Redakteur Wagner hält nun einen längeren Vortrag über das sächsische Vereinsgesetz und bringt eine Resolution ein, welche sich wegen der Unsicherheit der vereinsgesetzlichen Zustände und der verschiedenartigen Auslegung des Vereinsgesetzes gegen die Gründung von Filialen und für Aufrechterhaltung der jetzigen Organisationsform erklärt. Diese Resolution wird mit dem in der Debatte gestellten Zusatzantrag, „wenn nicht die lokalen Verhältnisse und die Ausbreitung der Organisation die Gründung einer Filiale für praktischer erscheinen lassen als das Bevollmächtigten-System“, angenommen. Das bisherige Agitationskomitee wird wieder gewählt. Weiter soll lebhaft für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung agitirt werden. Zum Gewerkschaftskongreß sollen drei Delegirte gewählt werden. Hübsch, Vorsitzender des Verbandes, befürwortet die Agitation für Erhöhung der Beiträge; dem wird zugestimmt.

Soziales.

Konsumvereine und Sozialpolitik. Bei der Sucht, in Arbeiterkreisen Konsumvereine zu gründen, muß nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß es alsdann auch eine einfache Anstandspflicht ist, dem Bedienungspersonal diejenige Stellung einzuräumen in Bezug auf Bezahlung, Arbeitszeit, Sonntagsruhe ꝛc., die seit Jahren die Arbeiterklasse gegenüber den Unternehmern verlangt. Gegen diese Forderungen verstößt aber noch immer ein Theil der von Arbeitern geleiteten Konsumvereine auf das Schroffste. Die Sucht nach Dividende darf die einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit nicht in den Hintergrund drängen, sonst kann man es den Gegnern nicht verdenken, wenn sie aus solchen Widersprüchen zwischen Theorie und Praxis ihre Vorwürfe herleiten.

Einer der größten Konsumvereine ist der Schedewitzer, der in den letzten Jahren 15 und 16 pCt. Dividende vertheilte, der aber, wenn die Anklagen der Wahrheit entsprechen, die das „Handlungsgehilfen-Blatt“ in seiner Nr. 39 gegen den Verein erhebt, sich eine schwere Ausbeutung seines Personals zu Schulden kommen läßt. Auch die Behandlung des Personals scheint nach jenem Bericht viel zu wünschen übrig zu lassen; kurz der Verein wirthschaftet nach jenem Bericht auf Kosten seiner Angestellten, daß ein kapitalistischer Ausbeuter es kaum schlimmer machen könnte. So viel wir wissen, stehen bekannte Sozialdemokraten an der Spitze des Schedewitzer Vereins, und da entsteht die Frage, wie diese die Zustände im dortigen Konsumverein mit ihrer Parteistellung vereinigen können.

Der Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise hat dieser Tage hier in Berlin eine Sitzung abgehalten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war, wie schon auf dem Münchener Verbandstage, wiederum: „Maßnahmen des Verbandes bezüglich der Versorgung der Landwirthschaft mit Arbeitern“. Es wurde beschlossen, an sämmtliche Arbeitsnachweise des Verbandes ein Zirkular zu senden, in welchem diese ersucht werden, den lokalen Verhältnissen entsprechend die Vermittlung von Arbeitskräften für die Landwirthschaft möglichst zu befördern und die im Laufe des Jahres sich ergebenden Erfahrungen der Zentralstelle mitzutheilen. Auf der nächsten Verbandsversammlung soll sodann, an der Hand dieses Materials, der Gegenstand nochmals verhandelt werden. In Bezug auf den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Einführung einer einheitlichen Arbeitsnachweisstatistik“, war man sich, wie es heißt, von vornherein klar, daß eine streng einheitliche Arbeitsnachweisstatistik nicht durchführbar sei — auch nicht als eine reine Geschäftsstatistik. Im Hinblick auf die grundverschiedenen Einrichtungen der einzelnen Arbeitsnachweise wurde beschlossen, die Verbands-Arbeitsnachweise zu ersuchen, die folgenden Punkte in ihrer Geschäftsführung zu berücksichtigen: 1 vor allem den Grundsatz anzugeben, wonach sie ihre Statistik aufstellen, 2. männliche und weibliche Arbeitnehmer getrennt in den Listen zu führen, 3. Passanten, selbst wenn sie nicht in die Listen eingetragen werden, wenigstens summarisch anzugeben, 4. ihren Geschäftsbericht an die Verbandsschrift Arbeitsmarkt möglichst eingehend abzufassen und die Gründe für etwaige auffällige plötzliche Aenderungen anzugeben, 5. ihrer Geschäftsführung das in einigen Punkten abgeänderte und vereinfachte Formular der Rhein-Mainischen Arbeitsvermittelungsstellen zu Grunde zu legen. Endlich wurde übereinstimmend betont, daß es für die gedeihliche Entwickelung der Arbeitsnachweise, namentlich im Interesse der Landwirthschaft, unerläßlich sei, daß Post und Telephon mehr in ihren Dienst gestellt würden, entweder dadurch, daß den unparteiischen Arbeitsnachweisen Gebührenfreiheit gewährt oder, nach dem Vorgang süddeutscher Staaten, auch vom preußischen Staate ein entsprechendes Pauschquantum an die einzelnen Arbeitsnachweise gezahlt würde.

Die Sonntagsarbeit in Barbier- und Friseurgeschäften war in Leipzig während der Meßzeit durch Verordnung bis um 6 Uhr Abends gestattet. Diese Vergünstigung der Unternehmer hat der Rath der Stadt Leipzig jetzt vernünftigerweise wieder zurückgezogen.

Gerichts-Zeitung.

Das Vereinsgesetz gegen die Maifeier. Die Maifeier der Arbeiterschaft von Halle und Umgegend fand im vorigen Jahre auf einer großen Wiese bei Ammendorf statt, die von einem Drahtzaun umgeben war. Es wurde ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben, wofür jeder Theilnehmer ein Abzeichen erhielt. Gegen 2000 Personen kamen zusammen. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte erklärten das Fest für eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel, für die die polizeiliche Erlaubniß hätte eingeholt werden müssen. Das Landgericht verurtheilte den sozialdemokratischen Vertrauensmann Schade, den Arbeiter Marx und den Verleger des „Volksblattes für Halle“, der zugleich dessen Inseratentheil verantwortlich zeichnet, wegen Vergehens gegen den § 17 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen. Schade und Marx wurden als Einberufer, Leiter und Ordner der nicht genehmigten angeblichen „öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel“ bestraft, und Groß, der Verleger der Zeitung, sollte sich strafbar gemacht haben durch die Aufnahme eines Inserats, wodurch alle Proletarier und Genossen zur Theilnahme an der Maifeier eingeladen wurden. Die Verurtheilten legten Revision ein und machten geltend, daß es sich hier nicht um eine Versammlung, sondern um ein Volksfest handele. Die eigentliche politische Bedeutung der Maifeier wäre schon an den Tagen vorher in wirklichen Versammlungen gewürdigt worden. Auch habe der Vorderrichter die Begriffe „öffentlich“ und „unter freiem Himmel“ verkannt. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch gestern die Revision mit folgender Begründung: Die Maifeier sei in diesem Falle mit Recht als eine öffentliche Versammlung angesehen worden. Die Einladung im „Volksblatt“ habe sich an eine unbestimmte Menschenmenge gerichtet und es sei auch jedermann, sofern er nur 10 Pf. zahlte, zugelassen worden. Auf den Zweck der Zusammenkunft komme es garnicht an. Die Versammlung habe aber auch unter freiem Himmel stattgefunden, da der fragliche Raum nicht nach oben abgeschlossen gewesen sei. Groß sei dadurch für die Versammlung eingetreten, daß er das ihm bekannte Inserat in die Zeitung aufgenommen habe.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung war der Tabakarbeiter Meedow vom Landgericht verurtheilt worden. Er sollte nach der gerichtlichen Feststellung gelegentlich eines bei einem Bernauer Zigarrenfabrikanten ausgebrochenen Streiks zu dem Arbeitswilligen D. gesagt haben: „Er würde ihm ja nichts thun, aber Andere würden nicht davon absehen.“ Im fraglichen Falle handelte es sich um eine Arbeitsniederlegung zu Gunsten eines gemaßregelten Kollegen. Die Streikenden verlangten die Wiedereinstellung des Mannes. Auf die vom R.-A. Freudenthal eingelegte Revision hob gestern der Strafsenat des Kammergerichts die landgerichtliche Entscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Der Vorsitzende führte begründend aus: Der § 152, auf den sich § 153 beziehe, spreche nur von solcher Verabredung, die eine Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, d. h. eine Verbesserung der bisherigen bezweckten. Der Vorderrichter habe nun aber nicht genau festgestellt, ob diese Absicht hier vorgelegen habe. Die §§ 152 und 153 wären nicht anzuwenden, wenn der Streik und die über die Fabrik verhängte Sperre nur Racheakte

wären. Auch könnte sie nicht angewendet werden, wenn mit dem Streik und der Sperre nur die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen bezweckt worden wäre. Der Angeklagte müßte dagegen verurtheilt werden, wenn es sich auch nur darum gehandelt hätte, lediglich für den Entlassenen neben der Weiterbeschäftigung bessere Arbeitsbedingungen zu erwirken. Denn nach dem Wortlaut der §§ 152 und 153 sei die Anwendbarkeit des § 153 nicht ausgeschlossen, wenn die Koalition der Arbeiter nur die Hebung der wirthschaftlichen Lage eines Einzelnen verfolge. — Diesen zuletzt wiedergegebenen Grundsatz hat das Kammergericht gestern zum ersten Male ausgesprochen.

Das Koalitionsrecht im Zuchthauskurs. Einesselbst der heutigen Rechtsprechung zu weit gehende Ausdehnung wollte der Staatsanwalt dem § 153 der Gewerbe-Ordnung geben, der gestern wieder einmal die Grundlage einer vor dem Schöffengericht verhandelten Anklage gegen die Zimmerleute Schulz und Bausmann bildete. Auf einem Neubau hatten sämmtliche Bauhandwerker die Arbeit niedergelegt, weil vier verheirathete Zimmerleute, die sich geweigert hatten, nach Feierabend noch eine Arbeit zu verrichten, gemaßregelt waren. Die übrigen Bauarbeiter erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und verließen die Arbeitsstätte. Der Zimmermann Bremer, der auf dem Bau Arbeit aufnahm, behauptet, daß er dieserhalb von den beiden Angeklagten belästigt worden sei und daß diese ihm Vorwürfe über seine unkollegialische Handlungsweise gemacht und ihm gesagt hätten: „er solle sich nur in acht nehmen, daß ihm nicht die Hosen stramm gezogen würden." In diesem Vorgange erblickte der Staatsanwalt einen Verstoß gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und beantragte gegen die bisher unbestraften Angeklagten je eine Woche Gefängniß. Der Gerichtshof war dagegen mit der Vertheidigung der Ansicht, daß nicht abzusehen sei, daß eine Arbeitseinstellung, deren Grund die Entlassung von vier Arbeitern gewesen, „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen" unternommen worden sei. Da somit die Voraussetzungen des § 153 überhaupt nicht zutreffen, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung der Angeklagten.

Der Rechtfertigungsversuch der Dresdener Justiz.

Die bereits angekündigte Absicht ist heute Abend zur Ausführung gelangt. Für das Dresdener Gericht hat man offenbar unter Benutzung der Anklageschrift und der Urtheilsbegründung einen offiziösen Vertheidigungsartikel veröffentlichen lassen. Zu Gunsten des Gerichts, das die Oeffentlichkeit in der entscheidenden Verhandlung ängstlich ausgesperrt hat, sieht man sich nun unter dem Druck der öffentlichen Meinung veranlaßt, nachträglich die weiteste Oeffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Freilich, diese verspätete, mangelhafte Oeffentlichkeit ist kein Ersatz für die der Oeffentlichkeit entzogenen Verhandlungen.

Wir lassen nachstehend die uns telgraphisch übermittelte Auslassung des amtlichen „Dresdener Journals" folgen:

Die Hauptverhandlung, der sechs Vertheidiger — darunter ein bekannter sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter und forensischer Redner aus Berlin — beiwohnten, nahm drei Tage in Anspruch; sie ergab ein grauenhaftes Bild der Vergewaltigung der „Organisirten" gegen die „Nichtorganisirten".

Der Thatbestand ist im Wesentlichen folgender: Am 6. Juli 1898 hatte auf dem Grahl-Hempel'schen Baue in Löbtau von früh 9 Uhr ab und nach Schluß der Arbeit um 6 Uhr für die dort beschäftigten Mauer, Zimmerleute und Bauarbeiter, ungefähr 35—40 Mann, Hebeschmauß stattgefunden. Dabei waren fünf Faß Münchener und Lagerbier, zirka 150 Liter im Ganzen aufgelegt worden. Gegen 8 Uhr Abends rief jemand in die Baubude „Die Zimmerleute alle rauskommen, bei Klemm arbeiten sie noch!" Sofort verließen Gedlich, Geißler, Hecht, Zwahr, Pfeifer, Leiber und an ihrer Spitze Moritz den Bauplatz und eilten in schnellem Schritte trotz Warnung ihres Arbeitgebers: „Macht keine Dummheiten!" nach dem Ecke Süd- und Herbertstraße gelegenen Neubau des Bauunternehmers Klemm, um die dort arbeitenden Zimmerleute von der Arbeit abzuhalten. In der Nähe des Neubaues lief Moritz voraus, betrat als erster den Platz, dessen Zugang äußerlich offen, aber durch das Plakat: „Unbefugten ist der Eintritt verboten!" gesperrt war, und fragte, wie er selbst zugiebt, lediglich, um einen Vorwand zu haben und den Platz befugt betreten zu können, den Polier Pollack nach Arbeit.

Als Pollack ablehnend antwortete, wandte sich Moritz sofort an die dort noch arbeitenden 6 Zimmerleute mit den Worten: „Arbeitet Ihr noch; pfui schämt Ihr Euch denn nicht?" Gleichzeitig betraten die Anderen, die bisher vor dem Thore außerhalb des Platzes gestanden hatten, den Bauplatz und machten den Arbeitern unter Schimpfworten Vorwürfe.

Nun kam der Baugewerke Klemm jun., der mit seinem Vater vor dem Neubaue auf der Südseite im Gespräch gestanden hatte, auf den Platz und forderte die sämmtlichen fremden Arbeiter, denen sich außer Schmieder, Schär, die vom Grahl'schen Neubaue gekommen waren, und Wobst, der aus seiner in der Nähe gelegenen Wohnung herbeigeeilt war, noch eine große Anzahl Arbeiter zugesellt hatte, auf, den Platz zu verlassen.

Sofort fielen nun die Verurtheilten über Klemm jun. her (1. Angriff), drängten ihn hinter dem ersten Ziegelhaufen herum nach der Laterne, in deren Nähe Klemm zu Falle kam und schlugen fortgesetzt mit Fäusten auf ihn ein. Da eilten Pollack, dessen Bruder Emil, die auf dem Klemm'schen Neubau beschäftigten Zimmerleute Wende und Petrich und Klemm sen. zu Hilfe. Klemm jun. kam in die Höhe und lief sofort hinter das Haus in die dort befindliche Baubude. Dabei wurde er noch von einem Ziegelstück ins linke Auge getroffen. Während dessen wendeten sich die fremden Arbeiter gegen Klemm's Leute, die ihm zu Hilfe gekommen waren. Klemm jun. kam inzwischen wieder hinter dem Hause vor bis in die Nähe des Sandhaufens und forderte von dort aus die fremden Arbeiter nochmals auf, den Platz zu verlassen. Da diese nicht sofort Folge leisteten, gab Klemm jun. aus einem mit der Mündung dem Boden zugekehrten Revolver und gestrecktem rechten Arme zwei Schreckschüsse ab. Sofort stürzten nun die Nächststehenden auf Klemm jun. los. Von der Straße her ertönte hierbei aus der stark angewachsenen Menge, **die jedenfalls durch Zwahr's Ausruf: „Ich bin geschossen!", aufgestachelt** worden war, der Ruf: „Schlagt den Hund todt", und der Haufen auf dem Platze schrie: „Wart Luder, Du mußt sterben!" und insbesondere Wobst brüllte: „Schlagt den Hund todt!" Sie schlugen auf ihn ein (zweiter Angriff) und warfen ihn in der Nähe des ersten Ziegelhaufens zu Boden. Dort packten Moritz und Zwahr den Klemm jun. am Halse und würgten ihn mit den Worten: „Hund, ich erwürge Dich!"

Klemm jun. wurde nun mit Fäusten geschlagen, mit Füßen getreten und mit Ziegel- und Balkenstücken beworfen. Inzwischen arbeitete sich Pollack von der Laterne her zu Klemm jun. durch, erhielt dabei mehrere Faustschläge auf den Kopf und ins Genick, hob aber Klemm jun. doch endlich auf und führte ihn, der infolge der Mißhandlungen nur schwer gehen und kaum noch sprechen konnte, nach der hinter dem Hause gelegenen Bude und legte ihn dort auf eine Bank. Auf dem Wege hinter das Haus flogen Ziegelsteine und Balkenstücke hinter Klemm jun. her. Bei dieser Gelegenheit hat Pfeifer geständigermaßen ¼ Stück Ziegelstein (!) nach Klemm jun. geworfen. Pollack verschloß die Baubude und begab sich nach der Straße zu, um die Bretterplanke, die umgefallen war, wieder aufzurichten, er wurde aber durch Reichelt mit den Worten daran gehindert: „Das ist keine Sache, das darf nicht gelitten werden, daß hier länger gearbeitet wird; es wird eben nicht zugemacht!"

Da hörte er Klemm jun. um Hilfe rufen. Es waren nämlich Zwahr mit den Worten, „er wolle nachgehen und den Hund todtschlagen" und andere hinter Klemm jun. her nach der Bude gegangen. Zwahr hatte die verschlossene Thüre erbrochen. Er betrat als Erster die Bude, erfaßte eine leere Selterwasserflasche am Halse und schlug mehrere Male mit ihr so stark auf Klemm's Hinterkopf, daß die Flasche in Stücke zersprang, obwohl Klemm vor Schmerzen wimmernd gebeten hatte: „Schlagt mich doch nicht todt, ich habe doch auch Frau und Kinder." Während des Schlagens rief Zwahr aus: „Jetzt haben wir Dich Hund, jetzt schlagen wir Dich todt, Du hast es nicht anders verdient."

Hierauf ergriff Schmieder ein Balkenstück und schlug mit diesem wiederholt auf Klemm's Hinterkopf. Bei diesen scheußlichen Mißhandlungen hatte Klemm jun. um Hilfe gerufen und war mit Aufbietung seiner letzten Kräfte noch bis an die hintere Hausecke gelaufen, dicht gefolgt von Zwahr; dort aber brach er zusammen. Pollack nahm sich nun seiner an und führte ihn stützend nach dem Eingange zu. An der Bretterplanke riß aber Zwahr die Beiden nieder und schlug mit Fäusten auf sie los. Dabei unterstützten ihn die fremden Arbeiter wieder, ermuntert durch den Zuruf aus der Menge und durch Wobst's Mund: „Schlagt den Hund todt!" (3. Angriff.) Als nun Klemm hilflos am Boden lag, kniete Zwahr auf ihm (4. Angriff), Moritz versetzte ihm einen Fußtritt ins Gesäß, dessen er sich später auch noch gerühmt hat, endlich stieß ihn auch Wobst mit den Füßen und rief dabei: „Jetzt habe ich Dir den Gnadenstoß gegeben!"

Während dessen hatte sich Pollack befreit und lief nach der Wilsdrufferstraße zu, um Polizei zu holen, ihm begegnete der Steinmetz Schrader, den er bat, dies für ihn zu thun, dann arbeitete er sich wieder zu Klemm jun. durch, wobei er wieder mehrere Faustschläge auf den Kopf erhielt. Er brachte Klemm jun. in die Höhe und schleifte ihn, da dieser nicht mehr gehen konnte, die Südstraße entlang nach der Wilsdrufferstraße zu. Noch ehe er diese erreichte, hatte ihn eine Anzahl fremder Arbeiter, darunter Zwahr, Schmieder und Gedlich eingeholt. Sie rissen Klemm jun. von Neuem nieder (5. Angriff), würgten ihn am Halse mit dem Rufe: „Nun mußt Du sterben!"

In diesem Augenblicke kam Schrader herbei. Als dieser Klemm jun. aufheben wollte, versetzte Schmieder dem Klemm mit dem Stiefel einen Tritt ins Gesicht, daß Klemm den Kopf wie leblos fallen ließ. Von da schafften dann Pollack und Schrader den Schwerverletzten nach der Wache.

Die versammelte Menschenmenge wurde auf 3—400 Leute geschätzt. Klemm jun. hat infolge dieser Mißhandlungen starke Schwellungen und Blutergüsse um und in das Auge, ausgedehnte Haut- und Muskelverletzungen über den ganzen Körper und einen Bruch der Schädeldecke davongetragen. Die Kleider hingen in Fetzen von ihm, er hat mehrere Tage Blut gespuckt und war einige Monate schwer krank. Noch gegenwärtig behauptet er, Schwindel und Kopfdruck zu empfinden. Sein Auftreten in der Verhandlung war das eines Menschen, der geistig wie körperlich sich von den erlittenen Mißhandlungen noch durchaus nicht völlig erholt hat.

Es läßt sich nun nicht verkennen, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen die **sozialdemokratische** Hetze wesentlich erleichtert hat. Die **sozialdemokratische Fraktion** des Reichstages hat im **„Vorwärts"** sogar erklärt, daß der Gerichtshof „nach ihrer Meinung" unter falscher und unzulässiger Anwendung der einschlagenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes über den Ausschluß der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, den Prozeß hinter verschlossenen Thüren geführt habe.

Selbstverständlich kann von einer unzulässigen Anwendung dieser Bestimmungen gar nicht die Rede sein. Abgesehen davon, daß der Gerichtsbeschluß lautet: „Die Beamten der gerichtlichen und Verwaltungsbehörden, nicht ausgelooste Geschworene, Rechtsanwälte und Referendare bei Rechtsanwälten haben ungehindert Zutritt", kann höchstens die Frage aufgeworfen werden, ob diese Maßregel auch nothwendig war. Diese Frage ist aber unbedingt zu bejahen, denn leider macht sich heute der Terrorismus der Sozialdemokratie bis in den Gerichtssaal und vor die Augen des Richters bemerkbar. Die Genossen der Angeklagten und der Zeugen wissen sich diesen bemerkbar zu machen und ihre Angaben zu beeinflussen, so daß es dem Richter unmöglich ist, in der Hauptverhandlung ein klares Bild von den Vorgängen zu bekommen, wenn auch nach den Ergebnissen der Voruntersuchung bereits jeder Zweifel beseitigt erschien. Durch die Oeffentlichkeit wird in einem solchen Prozesse, wie dem vorliegenden, wo politische Momente die Triebfeder des Handelns bildeten, der Ausgang vollkommen in Zweifel gestellt. Dabei muß in Erwägung gezogen werden, daß auch Ausschreitungen im Zuschauerraume zu befürchten sind, welche die Würde des Gerichts beeinträchtigen und nur zu neuen, die Allgemeinheit beunruhigenden Strafverhandlungen führen werden. Mit Rücksicht darauf, sowie auf die jetzige Zeit der Klassenkämpfe, wo planmäßig Haß und Zwietracht zwischen Unternehmern und Arbeitern gesät wird, ist in der Oeffentlichkeit der Verhandlungen in der That eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu erblicken.

Was schließlich die Höhe des Strafmaßes anlangt, so ist das Höchstmaß für den Todtschlagsversuch 14 Jahre 11 Monate Zuchthaus, für schweren Landfriedensbruch 10 Jahre Zuchthaus und für einfachen Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung je 5 Jahre Gefängniß. Es ist daher in keinem Falle auf das Höchstmaß der Strafe, sondern vielmehr, abgesehen von den Fällen des einfachen Landfriedensbruches, **nur um etwas über die Hälfte der zulässigen Höhe hinausgegangen** worden.

Wenn man nun bei Abmessung der Strafen auch zu Gunsten der Verurtheilten berücksichtigt, daß sie sich — bis auf Wobst — in einer durch den Genuß geistiger Getränke, durch aufreizende Zurufe und später durch das Schießen des Baugewerken Klemm jun. verursachten erregten Stimmung befanden, so muß dagegen zu ihren Ungunsten in Betracht kommen, daß es sich um eine sehr schwere Auflehnung und Störung des öffentlichen Friedens handelt, daß sich außer den Verurtheilten mit deren Wissen noch eine große Anzahl Personen daran betheiligte, daß eine Mehrzahl von Personen in roher Weise gemißhandelt und der Baugewerke Klemm jun. **geradezu gemartert*)** wurde, daß die Angeklagten friedliche Arbeiter überfielen und daß sie — bis auf Wobst — vorher durch ihren Arbeitgeber, den Bauunternehmer Hempel, vor Ausschreitungen gewarnt worden waren. Zudem mußte erschwerend ins Gewicht fallen, daß Zwahr wegen Körperverletzung, Pfeifer wegen groben Unfugs, Leiber wegen schweren Diebstahls, Bettelns, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und schweren Hausfriedensbruches vorbestraft sind, daß Zwahr, Schmieder, Moritz, Gedlich und Wobst sich bei den mit großer Gefühllosigkeit gegen den hilflosen Klemm jun. verübten Mißhandlungen besonders hervorgethan haben, Zwahr mit einer starken Glasflasche, Schmieder mit einem schweren Holzklotz gegen den Kopf Klemm's jun. geschlagen, Wobst ihn mit den Füßen gestoßen, daß Schmieder, Moritz, Wobst sich ihrer unmenschlichen Handlungsweise auch noch gerühmt haben, endlich daß Zwahr und Moritz die Zusammenrottung zu Wege gebracht, die Menschenmenge angeleitet und angefeuert haben.

Sämmtliche Verurtheilte haben sich alsbald nach der Hauptverhandlung vorführen lassen und freiwillig die Erklärung abgegeben, daß sie sich dem Urtheile unterwerfen.

Dieser Artikel des „Dresdener Journals" entwickelt mehr Eifer als Glück in seiner Tendenz, alles zu entschuldigen, was das Gericht gethan hat, und der Sozialdemokratie möglichst viel Schuld aufzupacken.

Zunächst enthält der sogenannte Thatbestand an Thatsachen nichts Neues, nichts Wesentliches, das wir nicht auch gemeldet hätten, aber die **Einseitigkeit** seiner Darstellung liegt in dem, was er **verschweigt.**

Er läßt nicht erkennen, daß Klemm jun., wie die Angeklagten behaupteten und wie Zeugen bestätigten, **„Spitzbuben" und „Einbrecher" geschimpft** hat, eine Thatsache, die so offenbar die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, daß sie durch Klemm's Leugnen nicht beseitigt werden kann. Der Bericht verschweigt, daß Klemm selbst sich der ersten Rempelung, ehe er den Revolver holte, nicht mehr erinnerte, ein Beweis, wie unbedeutend sie gewesen sein muß. Der Bericht erwähnt nichts davon, daß Klemm bereits einige Zeit vorher eine ebenso unnütze Schießerei vorgenommen hatte. So wird es völlig verwischt, daß **erst die Schüsse Klemm's** einen Theil der Angeklagten und die zuschauende Menge in die maßlose Wuth brachten, in der die folgenden Ausschreitungen begangen wurden.

Je dürftiger der thatsächliche Inhalt dieser Enthüllungen ausgefallen ist, um so ungenirter wird die durch nichts bewiesene Behauptung aufgestellt, daß **politische Momente** die Triebfeder des Handelns der Angeklagten gebildet hätten. Geradezu kindlich ist, daß, um dies zu beweisen, selbst die Person des einen Vertheidigers herangezogen wird, der erst wenige Tage vor der Verhandlung zum Ersatze für einen sächsischen Vertheidiger, der verhindert war, zugezogen werden mußte. Wir beziehen uns einfach auf das, was Rechtsanwalt Wolfgang Heine kürzlich selbst im „Vorwärts" über diesen Punkt geschrieben hat: die Ausschreitungen entsprangen keinerlei politischen Motiven, sie waren **lediglich Ausflüsse der Gereiztheit durch Klemm's Auftreten.**

Die Weitschweifigkeit, mit der versucht wird, den Ausschluß der Oeffentlichkeit zu rechtfertigen, zeigt, wie wenig angenehm den Vertheidigern des Urtheils bei diesem Punkte ist. Wir brauchen wohl kaum besonders darauf hinzuweisen, daß die dreiste Behauptung vom „Terrorismus" der Sozialdemokratie im Gerichtssaale und von der Beeinflussung von Zeugen auch nicht mit einer einzigen Thatsache belegt wird. Sie ist und bleibt eine **grobe Unwahrheit.** Aber weiß denn der freiwillige Vertheidiger dieses Verfahrens nicht, daß das Gesetz für den Ausschluß der Oeffentlichkeit die Befürchtung, daß Zeugen falsch aussagen möchten, **nicht als Grund anerkennt?**

Das Dresdener Gericht hat denn auch nicht daran gedacht, dies zur Begründung seines Beschlusses anzuführen, sondern es hat den Ausschluß der Oeffentlichkeit lediglich damit motivirt, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei. Will der schlaue Offiziosus des „Dresdener Journals" die Richter bezichtigen, daß sie einen falschen Grund angegeben hätten? — Wahrlich, der Schwurgerichtshof kann sagen: „Gott behüte uns vor unseren Freunden".

Wir brauchen nicht zu betonen, daß unseres Erachtens auch nicht die geringste Gefahr einer Ordnungsstörung im Gerichtssaal vorlag. Ein Publikum, das sich bezwang, die Verkündigung dieser fürchterlich hohen Strafmaße ohne einen Laut des Mißfallens mit anzuhören, hätte auch die Ruhe in der Verhandlung nicht gestört.

Alles in Allem die Veröffentlichung dieses Artikels ist als Versuch der Rechtfertigung des Urtheils im höchsten Grade mißglückt, aber **sie rechtfertigt gänzlich, was wir stets über den Fall gesagt hatten.** Was in Löbtau geschehen, ist **nicht mehr und nicht weniger** als eine trunkene Prügelei, wie sie **täglich vorkommen,** nicht zum zehnten Theile so roh und widerwärtig wie einige im Stadthagen'schen Prozeß enthüllten **Prügeleien durch Schutzleute,** wie der **Eislebener Krawall** und der **Ueberfall von Spenge.** Der Schluß des Artikels scheint andeuten zu wollen, daß die Angeklagten selber durch den Verzicht auf das Rechtsmittel dies Urtheil für gerechtfertigt anerkannt hätten. Das ist **grundfalsch.** Lediglich die im Gesetze begründete Unmöglichkeit, in der Revisionsinstanz eine Strafmilderung zu erreichen, war dabei für sie ausschlaggebend.

Wir begrüßen die offiziösen Ausführungen des Dresdener Regierungsblattes. Sie sind uns willkommen als endgiltige Bestätigung der Richtigkeit unserer Auffassung über dieses furchtbare Justizdrama, als Bekräftigung der allgemeinen Verurtheilung des Urtheils durch die öffentliche Meinung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Karlsbad, 13. Februar. (W. H.) Der Hotelneubau, welcher gegenwärtig vis-à-vis vom Zentralbahnhof errichtet wird, ist in der vergangenen Nacht eingestürzt. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Einsturz ist auf mangelhafte Bau-Ausführung zurückzuführen.

Wien, 13. Februar. (W. B.) Der „Ostdeutschen Rundschau" zufolge wurde eine Anzahl Polizei-Agenten beordert, in den Wiener Kaffeehäusern die ausländischen, namentlich die reichsdeutschen Zeitungen zu überwachen und anstößige Artikel zur Kenntniß zu bringen, damit die Beschlagnahme erfolgen könne.

Prag, 13. Februar. (W. H.) Die Bezirkshauptmannschaften haben den czechischen Gemeindevertretungen mitgetheilt, daß der von ihnen gefaßte Beschluß, die Annahme von deutschen Zuschriften der Militär- und Staatsbehörden zu verweigern, gesetzwidrig sei, da die Dienstsprache des Militärs und der Gendarmerie deutsch sei. Wenn die Gemeindevertreter deutsche Zuschriften nicht verständen, so seien sie verpflichtet, sich dieselben bei den Bezirkshauptmannschaften übersetzen zu lassen.

Zürich, 13. Februar. Die Bergrutschungen bei Airolo dauern fort und werden immer bedrohlicher. Auch am Eingang des Gotthard-Tunnels fanden Rutschungen statt.

Paris, 13. Februar. (W. T. B.) Präsident Loew hat heute Nachmittag dem Generalprokurator Manau die Untersuchungsakten übergeben; Manau ist nunmehr offiziell mit dem Revisionsverfahren betraut.

Paris, 13. Februar. (W. T. B.) Die drei Personen, welche im September vergangenen Jahres den Leiter des Blattes „La grande bataille", Roger, angefallen hatten, sind vom Schwurgerichte freigesprochen worden. Das Urtheil wurde von den Zuhörern mit den Rufen „Hoch die Geschworenen", „Hoch die Armee" begrüßt. Ernsthafte Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

---

*) Fast genau derselbe Ausdruck kam in dem neulich von uns erwähnten Stettiner Prozeß vor, in dem der Staatsanwalt selbst die Mißhandlungen des Hausdieners Mühlbruch im Polizeigefängniß als **eine Tortur** bezeichnet hatte. Von den beiden Gefängnißaufsehern, welche diese **Tortur** an einem Wehrlosen verübt hatten, erhielt der eine **zwei Monate Gefängniß,** der andere **hundert Mark Geldstrafe.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

31. Sitzung, Montag, 13. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Posadowsky.

Zunächst wird die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und Peru betreffend die Stellung der deutschen Konsuln in Peru und der peruanischen Konsuln in Deutschland in erster und zweiter Lesung debattelos genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Invalidenversicherungs-Gesetzes.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Die Vorlage ist wichtig für diejenigen, welche die Kosten der sozialen Gesetzgebung zu tragen haben, und für die, denen ihre Vortheile zufallen. Die Debatte über die einzelnen Punkte gehört eigentlich in die Kommission, deshalb will ich nur auf einige besonders wichtige Punkte hier eingehen.

Auf dem gesammten sozialpolitischen Gebiet hat sich bisher die Diskussion mehr mit dem Formalen als dem materiellem Inhalt desselben beschäftigt, wie ich glaube aus der Erkenntniß heraus, daß man zunächst die gesammte sozialpolitische Gesetzgebung durchsichtiger und einfacher organisiren muß, ehe man in der Lage ist, dieser systematischer ausgebauten Organisation neue Aufgaben zu übertragen. Der radikalste Vorschlag, der gemacht worden ist, war der, die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung in einer Organisation miteinander zu verbinden. Ich erkenne an, daß diese Forderung theoretisch ganz berechtigt ist, in der Praxis würde diese Zentralisation zu einem Schematismus führen, der gerade die liebevolle Behandlung des einzelnen Falles vollkommen ausschließen würde. Die Vorbedingung für eine günstige Entwickelung dieser Zweige der sozialpolitischen Gesetzgebung ist die Dezentralisation. Die Vorlage kommt diesem Bedürfniß entgegen durch die Schaffung der örtlichen Rentenstellen, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichmäßig vertreten sind, die das Gesuch des Arbeiters mündlich entgegennehmen, ihn vielleicht an Ort und Stelle vom Arzte untersuchen lassen und danach ihr Gutachten an die Versicherungsanstalt abgeben, ob die Rente zu zahlen sei oder nicht. Man hat nun gemeint, wenn man die Festsetzung der Rente den örtlichen Rentenstellen überträgt, so sind die Versicherungsanstalten nur noch Zahlstellen. Das ist nicht richtig. Den Versicherungsanstalten bleiben noch sehr wichtige Befugnisse. Außerdem muß man sich bei jeder großen Organisation fragen: wie wird der Zweck am besten erreicht. Die Behörden sind da, um dem großen Zweck zu dienen, der Zweck darf sich aber nicht nach der Organisation der Behörden richten. (Sehr gut! links.) Ferner hat man gesagt, die oberste Instanz habe dann gar nicht mehr zu entscheiden, da schon eine gebundene Marschroute durch das Gutachten der Rentenstelle vorliege. Das gebe ich zu, bin aber der Ansicht, daß die Rentenstelle die Sachlage am allerbesten beurtheilen können wird. Dann hat man gegenüber der Besetzung der Rentenstellen gemeint, daß die Arbeitgeber sich leicht scheuen würden, ihre von der des Arbeitnehmers abweichende Meinung über den Fall auszusprechen unter dem Drucke der Meinung der Arbeiterbevölkerung. Das wäre fürwahr ein sehr trauriges Zeichen für den Stand, den der Kampf zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Klassen bereits erreicht hat. Uebrigens hätte man diesen Einwand auch gegen die Zusammensetzung der jetzt bestehenden Schiedsgerichte erheben können, das ist indeß nicht geschehen. Während jetzt der Renten-Antragsteller nur die Rolle des Klägers beim Schiedsgericht übernehmen kann, wird in Zukunft der Versicherungsanstalt diese Rolle zufallen. Und das bietet nach beiden Richtungen erhebliche Vortheile. Man kann bei der Invalidenversicherung viel Haarspalterei treiben; die grundlegende Frage aber: ist der Mann invalide oder nicht? kann immer die Rentenstelle am besten beurtheilen. Die Bureaubeamten der Rentenstellen werden in die Materie derartig eingearbeitet sein, daß die Arbeiter sich da stets und am besten Raths erholen können. Auch die Kartenkontrolle wird da ganz anders und viel wirksamer durchgeführt werden können. Was die Kosten anlangt, so hat man sie wohl etwas übertrieben dargestellt. Ein erheblicher Theil des Personals der Versicherungsanstalten wird frei werden, und diese werden in die Rentenstellen eingestellt werden. Und dadurch werden diese Kosten vermindert.

Je mehr wir die Meinung befestigen, daß die Arbeiter bei den Behörden für ihre Lage und für ihre Schmerzen Verständniß finden, um so mehr arbeiten wir den destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie entgegen. Durch eine allseitige sozialpolitische Fürsorge beseitigen wir auch mehr als bisher die Ursache von Streiks. Wir können die sozialpolitischen Maßnahmen nicht mit einer lässigen Handbewegung bei Seite schieben und den berechtigten Anforderungen der Arbeiter können wir kein: „Noli turbare circulos meos!"*) entgegenrufen. Denn sonst werden wir das Terrain verlieren, Andere werden es gewinnen. Und der Staat braucht diesen Einfluß auf die Arbeiter. Zu diesem Zweck sind örtliche Verwaltungsstellen für die sozialpolitische Gesetzgebung nothwendig. Die große Masse der Arbeiter ist jetzt nicht in der Lage, mit den Staatsbehörden unmittelbar zu verkehren. Durch eine solche Organisation wird den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht Vorschub geleistet, sondern es wird die Autorität und der Einfluß der staatlichen Beamten gestärkt.

Ich komme jetzt zur Frage des Vermögens-Ausgleichs. In dieser Beziehung sind wir bisher stets einer geradezu privatrechtlichen Auffassung des Wesens der Versicherungs-Anstalten begegnet. Daher will ich betonen: Wenn wir den Vermögens-Ausgleich nicht herbeiführen, so ist die Konsequenz die, daß einige Anstalten ihre Beiträge verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, andere sie herabsetzen werden. Das würde aber dem Sinn des Reichsgesetzes strikte widersprechen. Man hatte ursprünglich die Absicht, eine einzige große Reichsanstalt zu schaffen; sie mußte fallen gelassen werden, weil sie einen zu großen Apparat erfordert hätte. Wir haben daher die Verwaltung dezentralisirt. Bei dieser Konstruktion der Sache hat man aber selbstverständlich daran festgehalten, daß die Beiträge das Vermögen des Staates, nicht etwa das der einzelnen Versicherungsanstalten sind. Es handelt sich um Summen, die auf Grund eines Reichsgesetzes für einen Reichszweck angesammelt sind, der in Deutschland einheitlich erfüllt werden soll. Es liegt ein innerer Widerspruch darin, daß wir die Freizügigkeit aufrecht erhalten und diejenigen Landestheile, die unter der Freizügigkeit leiden, dafür noch strafen sollen, indem wir den Versicherten dort höhere Beiträge auferlegen. Dadurch jagt man die Leute ja nur aus diesen Gegenden fort, vergrößert die Leutenoth daselbst, und dadurch werden die unglücklichen Verhältnisse dort nur verschärft.

Die Frage des Vermögensausgleichs muß jetzt gelöst werden. Ein Kompromiß, etwa dergestalt, daß unter gewissen Umständen mit Genehmigung des Bundesrathes die Ueberschüsse der reicheren Anstalten für die anderen verwandt werden dürfen, würde einen ganz unzureichenden Nothbehelf darstellen. Was das Markensystem anlangt, so habe ich bis jetzt noch keinen praktischen Vorschlag gehört, der es überflüssig machte. Ein System der Listen ist bei Wanderarbeitern gänzlich unmöglich.

Bei der Ausarbeitung der Novelle sind wir den Weg gegangen, den Fürst Bismarck einst für die sozialpolitische Gesetzgebung vorgezeichnet hat, d. h. es soll dem Arbeiter seine Existenz gesichert werden, so daß er die Wohlthaten und die christliche Hilfsbereitschaft des Staates für sich und seine Interessen fühlt, und das in dem Sinne, daß dabei die Macht des Staatsgedankens wächst. (Beifall.)

*) „Störe mir nicht meine Kreise!" Das bekannte Wort des griechischen Mathematikers Archimedes, das er, mit einer geometrischen Konstruktion beschäftigt, den feindlichen Soldaten zurief, die ihn niederstechen wollten.

Abg. Schmidt-Elberfeld (frs. Vp.):

Jede Versicherungsthätigkeit, auch die staatliche, muß durch ihre Einnahmen ihre Ausgaben decken können. Der von der Regierung vorgeschlagene Vermögensausgleich giebt daher zu den schwersten Bedenken Anlaß. Der sozialpolitischen Seite der Sache ist man ja ohnehin bereits nachgekommen, z. B. durch den Reichszuschuß. Die verschiedene Alters-Gruppirung kommt später weniger in Betracht. Eigentlich ist es doch nur Ostpreußen, das die Mittel für seine Versicherung nicht selber aufbringen kann. Ich bin dagegen, daß wir jetzt schon ein Definitivum schaffen. Eine solch fundamentale Aenderung, die die Selbstverwaltung in Frage stellt, darf nicht vorgenommen werden, bevor ein ganz dringender Beweis für ihre Nothwendigkeit erbracht ist. Das Zahlenmaterial genügt trotz seiner Massenhaftigkeit nicht; denn die Erfahrungen erstrecken sich über eine viel zu kurze Zeit. Die Grundlagen sind ungewiß und werden es noch mehrere Dezennien bleiben. Die Verschiedenheit in den Vermögensständen der einzelnen Anstalten rührt wahrscheinlich her von den verschiedenen Verwaltungssätzen, und dann auf der Lohnklassengruppirung und den hieraus resultirenden Zahlungen, die für die höheren Klassen zu hoch, für die erste wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind. Gerade für Ostpreußen ist das unzweifelhaft erwiesen. Das geht schon daraus hervor, daß in drei anliegenden Provinzen: Westpreußen, Posen und Pommern, wo die Verhältnisse doch ganz ähnlich liegen, sich jenes Mißverhältniß nicht zeigt.

Eine anderweitige Vertheilung des Reichszuschusses würde vielleicht zur Beseitigung dieses Mißverhältnisses beitragen. Ich hoffe, daß die Kommission Wege finden wird, um die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen. — Mit der Einrichtung der Rentenstellen kann man nur einverstanden sein, soweit sie Gewähr bieten für eine mehr sach- als aktenmäßige Erledigung der Gesuche. Die Frage wäre nur, ob nicht bei dieser Organisation die Schiedsgerichte überflüssig würden. — Was die Vereinigung der Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung in eine Organisation anlangt, so halte ich diese ebenfalls für unmöglich. Eine gewisse Vereinigung der Unfall- und der Invaliditätsversicherung in eine Organisation wäre indeß sehr erwünscht, da sich diese Gebiete oft sehr nahe berühren. Ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Hitze (Z.):

Dies ist das einzige der sozialpolitischen Gesetze, gegen das sich die große Majorität des Zentrums seiner Zeit ausgesprochen hat. Wir wollten es zunächst beschränkt wissen auf die industriellen Arbeiter. Der landwirthschaftliche Arbeiter, besonders im Westen, besitzt meist ein kleines Eigenthum, und wenn er invalide wird, sorgen die Kinder für ihn. Ebenso waren wir gegen die Einbeziehung der Handwerker, Kaufleute und Dienstboten, da diese sehr oft später selbständig werden. Auch heute stehen wir auf dem Standpunkte, daß es seiner Zeit besser gewesen wäre, die Grenzen der Versicherungspflicht enger zu ziehen, und werden eventuell in der Kommission einen Antrag auf Ausscheidung der betreffenden Personen stellen. Ich komme damit auf die verschiedene Belastung der Versicherungsanstalten in industriellen und landwirthschaftlichen Gebieten. Das ist ein Uebergangsstadium, das man vorausgesehen hat und zu dessen Abhilfe der Staatszuschuß festgesetzt wurde. Jedenfalls muß der Grundsatz festgehalten werden, daß wer mehr Beiträge bezahlt, auch mehr Renten bezahlen muß. Ein Ausgleich in der Belastung muß herbeigeführt werden, aber nicht auf dem Wege der Vorlage. Das Vermögen, welches die Versicherungsanstalten erworben haben, besitzen sie auf Grund des bestehenden Gesetzes und es kann ihnen nicht so ohne Weiteres genommen werden. (Sehr richtig!) Andererseits bringt die Vorlage einige Verbesserungen, die wir wohl anerkennen. So z. B. die organische Verbindung der Krankenversicherung mit der Invaliditätsversicherung. Ebenso begrüßen wir die Erhöhung der Invalidenrente in den ersten Jahren sowie die Einrichtung der örtlichen Rentenstellen. Diese letzteren sind der einzige Weg, um endlich eine persönliche Fühlung zwischen den Arbeitern und den betreffenden Behörden herbeizuführen. Die Einrichtung dieser Rentenstellen ist um so nothwendiger, als sich die Fälle der Invalidität bedeutend vermehren werden, da jetzt schon nach 26 Wochen die Versicherungsanstalt sich um den Invaliden kümmern muß. Schließlich will ich nur noch ein warmes Wort einlegen für die möglichst baldige Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung, die auch die Sympathien der großen Masse für die Vorlage bedeutend vermehren würde. Diese ist bedeutend wichtiger als etwa die Herabsetzung der Altersgrenze. (Sehr richtig! links.)

Frhr. v. Richthofen (k.):

Auch wir würden uns sehr über die Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung freuen, wenn die Mittel dazu vorhanden wären. Das ist aber nicht der Fall; wir müssen uns auf das Erreichbare beschränken und alle Phantasmagorien bei Seite lassen. Die Vorlage muß unbedingt Gesetz werden, und deshalb bedauern wir sehr, daß sie mit einigen zu weitgehenden Forderungen belastet ist. Vor Allem rechnen wir dazu die Einrichtung der örtlichen Rentenstellen. Dringend nothwendig war ein Ausgleich zwischen den armen, mehr und mehr dem Ruin entgegengehenden Anstalten und denjenigen, die Ueberfluß an Kapital haben und Kapitalien über Kapitalien ansammeln, zumal es unzweifelhaft ist, daß die Kalamität der armen Anstalten nicht durch eine falsche Verwaltungspraxis verschuldet ist, sondern durch das Ueberwiegen der Zahl der Altersrentner gegenüber den anderen Provinzen. Wir wollen aber das Versicherungsprinzip selber nicht aufgeben, es vielmehr zur Grundlage der Kommissionsberathung machen. Ein Theil von uns will die Versicherungspflicht einschränken. Doch die Landarbeiter gänzlich auszuschließen, das halte ich in sozialer Hinsicht für unmöglich. Gewiß sind gerade bei den ländlichen Arbeitern besondere Schwierigkeiten vorhanden, wegen ihrer Unständigkeit. In der Vorlage ist eine Reihe guter Maßnahmen enthalten, die ich im Einzelnen nicht berühren will. Sie giebt eine vortreffliche Grundlage für die Kommissionsberathung. (Beifall rechts.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Die Versicherungs-Gesetzgebung soll nach der offen bekannten Absicht der Regierung zwei Zwecke verfolgen, einmal die wirklichen Versicherungszwecke und dann die Aussöhnung zwischen Unternehmern und Arbeitern. Es ist nur immer ein mißliches Ding, mit einer Sache zwei Zwecken dienen zu wollen. Man kommt da leicht in die Lage des Mannes, der sich zwischen zwei Stühle setzt und dann sehr verwundert über seine unbequeme Stellung ist. (Heiterkeit links.) Diesen Mißstand, zwei Zwecken dienstbar sein zu wollen, zeigt auch die Vorlage. Vielleicht hat man es aufgegeben, die Industrie-Arbeiter mit den Unternehmern versöhnen zu wollen, dafür sucht man hier die Agrarier mit der Regierung zu versöhnen. Die Herren aus dem Osten können sich über die Gefälligkeiten nicht beklagen, die der Entwurf ihnen bringt. Die Begründung der Vorlage stellt es als große Kalamität hin, daß einzelne Versicherungsanstalten so kolossale Summen aufspeichern. Ja, an einer Stelle wird gesagt, vielleicht sei diese Ansammlung eine größere Kalamität noch, als die Nothlage der anderen Anstalten. An sich sehe ich in dem Vorhandensein mächtiger Geldsummen keinen so großen Uebelstand. Man könnte mit den vorhandenen Geldern sehr viel Gutes erreichen und manchen Fehler des alten Gesetzes damit beseitigen; nur müßte dann ein anderer Weg eingeschlagen werden, als ihn die Vorlage nimmt.

Gern erkenne ich an, daß das neue Gesetz einige Verbesserungen bringt. Als eine Verbesserung sehe ich in erster Linie die Verkürzung der Karenzzeit an. Eine Verbesserung liegt ferner in dem neuen § 4. Das alte Gesetz sagt hier: Die Versicherungspflicht tritt für diejenigen Personen nicht ein, welche infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes dauernd nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für ihren Beschäftigungsort nach § 8 des Kranken-Versicherungsgesetzes festgesetzten Tagelohns gewöhnlicher Tage-Arbeiter zu verdienen. Der neue Paragraph will dieses Drittel nicht nach dem festgesetzten Durchschnittstagelohn bemessen, der immer hinter dem zurückbleibt, was die Arbeiter wirklich verdienen, sondern nach dem wirklichen Verdienst, den körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art durch Arbeit zu erwerben pflegen.

Eine weitere Verbesserung liegt im § 10, wonach zur Erlangung der Invalidenrente nicht mehr die dauernde Erwerbsunfähigkeit während eines Jahres, sondern nur während 26 Wochen gefordert wird. Noch besser wäre es freilich, den Zeitraum in Anschluß an das Krankenkassengesetz auf 13 Wochen herabzusetzen oder richtiger noch das Krankenkassengesetz entsprechend auszubauen. Eine Verbesserung ist es weiter, daß der Ersatz für die gezahlten Beiträge an Hinterbliebene verstorbener Frauen ausgezahlt werden soll. Hier hätte man nur noch etwas weiter gehen und auch denjenigen Leuten ihre Beiträge zurückerstatten sollen, die invalide werden, bevor sie in den Genuß der Rente gelangen. Heute kann es vorkommen, daß ein Arbeiter 4 oder 4½ Jahre Beiträge zahlt und dann aus der Arbeit ausscheidet: er wird invalide, bevor er die Karenzzeit vollendet hat. Er kann dann seine Beiträge nicht zurückbekommen, empfängt keine Invalidenrente und hat seinen Rechtsanspruch verloren. Wenn er nachher auch hin und wieder beschäftigt wird, er kommt nicht in den Genuß der Invalidenrente.

Vielleicht ist es auch eine Verbesserung, daß man eine Erhöhung der Grundbeträge der Rente vorgeschlagen hat, weil dadurch eine vorläufige Erhöhung der Rente stattfindet, mit alleiniger Ausnahme der Altersrente für die erste Klasse. Für die erste Klasse, die ja gegenwärtig neben dem Grundbetrag der Rente von 60 M., Reichszuschuß von 50 M. und einen Steigerungssatz von 4 Pf. hat, wird in Zukunft der Steigerungssatz wegfallen. Das Mitglied 1. Klasse, welches gegenwärtig nach 1410 Wochenbeiträgen in den Genuß der Altersrente kommt, würde nach dem bestehenden Gesetze 165,40 M. haben, während es nach der Vorlage nur noch 110 M. Altersrente erhalten würde. Also hier ist ein direkter Rentenabzug vorgeschlagen.

Dasselbe tritt aber ein bei den vorgeschlagenen Steigerungssätzen der Invalidenrente. Es ist bereits vom Abg. Schmidt darauf hingewiesen worden, daß z. B. der Satz von 450 M., der gegenwärtig erreicht werden kann, nicht mehr erreicht werden wird, denn die vierte Klasse, die zwar dieselben Beiträge zahlen soll, die sie gegenwärtig zu zahlen hat, würde, wenn sie nach 2350 Beitragswochen Invalidenrente erhalten würde, nach der Novelle nur noch 350 M. bekommen. Die Höhe von 450 M. werden nur diejenigen Leute erreichen können, die in der fünften Klasse Beitrag zahlen und zwar dann, wenn sie 3080 Wochen Beitrag entrichtet haben, also in der glücklichen Lage waren, 77 Beitragsjahre Beitrag zu zahlen. (Hört! hört! links.) Das ist also eine rein platonische Einrichtung. Empfindet man die hohen Summen, die angesammelt werden, als Kalamität, dann sollte man doch nicht mit derartigen Abzügen vorgehen, sondern die Steigerungssätze mindestens verdoppeln. Dann würden sie die Höhe haben, die gegenwärtig die Steigerungssätze der Altersrente erreichen, also nicht so hoch sein, wie sie gegenwärtig im Invalidengesetz vorgeschlagen sind. Dann würde doch diejenige Rentenhöhe zu erreichen sein, die sonst erreicht worden ist.

Nun meint man, die Mathematiker haben es ausgerechnet, daß, wenn man am Anfang die Rente erhöht, sie dann in den späteren Jahren entsprechend erniedrigt werden muß, wenn man mit den Beiträgen auskommen will. Doch auf diese Berechnungen der Mathematiker gebe ich nicht viel, weil sie hier auf einem ihnen ganz unbekannten Gebiet arbeiten. Bei allen Wahrscheinlichkeits-Rechnungen auf diesem Gebiete hat man bisher erheblich am Ziel vorbeigeschossen.

Nun sollen die Beiträge neu regulirt werden und zwar beginnt da gleich die Liebesgabe, welche man der Landwirthschaft zuwenden will. Es mag vielleicht recht sein, wenn man einen bestimmten Einheitssatz nimmt; aber die Herabsetzung des Beitrages für die erste und zweite Klasse wird die Nothlage gerade derjenigen Versicherungsanstalten, die sich gegenwärtig bereits in der Nothlage befinden, noch mehr verschärfen. (Sehr richtig! links.) Es würde zur Zeit für die ostpreußische Versicherungsanstalt einen Ausfall von 10 pCt. ihrer Einnahmen bedeuten und für die niederbayerische sogar einen solchen von 15,17 pCt. (Hört! hört! links.)

Ferner ist der Vorschlag der Rentenstellen im Gesetz gemacht, der von dem Herrn Staatssekretär mit großer Begeisterung vertreten worden ist. Richtig ist, daß es von großem Nutzen ist, wenn die Versicherten selbst nach der betreffenden Anstalt gehen können, wo der Rentenantrag vorbereitet wird. Die Konkurrenz dieser Rentenstellen gegen die sogenannten Arbeitersekretariate fürchten wir durchaus nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegentheil wünschen wir, daß die Regierung sich soviel wie möglich Kenntniß über die thatsächliche Lage der arbeitenden Klasse verschafft, weil sie auch innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft manche Verbesserungen treffen könnte, wenn sie die Natur der Uebelstände kennen würde. Heute sind die Regierungen viel zu wenig unterrichtet, und daher kommt es auch wohl, daß sie gleich mit Zuchthaus und ähnlichen Mitteln die sozialen Uebel bekämpfen wollen. (Sehr richtig!) Leider bleibt auch bei den Rentenstellen wieder der ganze **bureaukratische Charakter** gewahrt. Der Vorsitzende ist ein Staatsbeamter, die Beisitzer sollen gewählt werden, aber nach einem Wahlverfahren, das bei den Arbeitern sehr unbeliebt ist, da man den Vorständen der Krankenkassen allein das Wahlrecht überläßt. Bei diesem Wahlrecht hat die kleinste Betriebs-Innungskasse genau dasselbe Recht wie die größte Ortskrankenkasse. Weshalb greift man nicht zu dem Wahlrecht, das bei den Gewerbegerichten gilt? Da könnten die Arbeiter sich die passenden Beisitzer aus ihren Reihen aussuchen, da würde nicht durch die Gründung verschiedener Betriebs-Krankenkassen das Wahlrecht der Arbeiter schließlich illusorisch gemacht werden können.

Nun wird zwar hervorgehoben, daß die Unkosten nicht so große sind, aber ganz unbedeutend sind sie auch nicht. Wenn ca. 1000 Rentenstellen im Deutschen Reich errichtet werden und wir für jede Rentenstelle nur 5000 M. rechnen, dann werden 5 Millionen erforderlich sein. Diese können aber aus den gegenwärtigen Verwaltungsausgaben nicht erspart werden, da z. B. die Verwaltungskosten der 31 Versicherungs-Anstalten aus den Kapiteln 5 bis 9 insgesammt nur 6½ Millionen sind. Davon können doch nicht ⅘ in Wegfall gebracht werden. Sparen werden allerdings die unteren Verwaltungsbehörden dabei, die großen Gemeinden, die besondere Bureaus eingerichtet haben und es werden Ausgaben, die bisher von Staat und Gemeinde gemacht wurden, den Versicherungsanstalten zugewälzt, also aus den Beiträgen der Arbeiter gezahlt werden. Das ist ein Mangel, nichtsdestoweniger aber sind wir für die Errichtung der Rentenstellen. Sehr charakteristisch ist, daß in den Motiven zugegeben wird, daß ein Theil der Ausgaben für die Rentenstellen dadurch eingebracht wurde, daß die Beiträge besser eingehen würden. Es wird also zugegeben, daß in recht weitem Maße **gemogelt** wird und ich glaube, diese Mogelei wird besonders auf dem platten Lande zu finden sein und da werden gewiß die Rentenstellen sehr wirksam sein. Wenn der Gutsbesitzer selbst Obrigkeit ist, ist es sehr fraglich, ob die nachgeordnete Behörde mit der nöthigen Energie revidiren wird, ob der Herr Gutsbesitzer regelmäßig die Beiträge entrichtet. Ganz gut ist es auch, daß man **das Heilverfahren** etwas energischer in Angriff nehmen will. Aber hier sind gleich eine Masse Bestimmungen eingeschaltet, die sehr wenig Wohlwollen für die Arbeiterklasse beweisen. Da wird durch § 83 z. B. der Invalidenrenten-Empfänger einfach zum Leibeigenen der Anstalt gemacht. Sobald die Anstalt verlangt, er soll ein Heilverfahren über

sich ergehen lassen, muß er sich fügen. Kranke sind mißtrauisch, mit Allem unzufrieden. Wenn sie so gezwungen werden, werden viele ihre Rente verlieren, weil sie sich nicht fügen. Geht man so rigoros gegen den aus dem Dienst geschiedenen General etwa vor, daß man ihm sagt: Du verlierst Deine Pension, gehst Du nicht in diese Heilanstalt. Das wagt man nur dem Arbeiter zu bieten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun ist unstreitig ein Fehler bereits im Gesetz, daß nämlich den Versicherungsanstalten die **Konfiskation des Krankengeldes** zusteht und die Familie die Hälfte des Krankengeldes nur bekommt, wenn der Mann in eine Heilanstalt gebracht wird. In welche Lage wird da die Familie gebracht! Kann sie mit 6 M. wöchentlich auskommen? Sie geräth in Schulden. Und wenn der Mann nach einem Vierteljahr entlassen wird, sagt man ihm wohlmeinend: Sie müssen sich noch eine Weile pflegen und schonen. Er aber muß entbehren und sich überanstrengen, um seine Familie aus den Schulden herauszubringen! Das muß beseitigt werden.

Nun die Hauptsache: **Das Theilen!** Uns macht man immer den Vorwurf, wir wollten theilen, jetzt kommt die Regierung auf den Einfall, die von den Arbeitern aufgebrachten Vermögensansammlungen sollen getheilt werden. Es wäre ja vielleicht gut, ein Gesetz zu erlassen, daß von allen angesammelten Vermögen im Deutschen Reiche 60 pCt. in einen gemeinsamen Fonds gethan werden. (Heiterkeit.) Dann könnte man es auch auf die Invalidenversicherung anwenden. (Heiterkeit.) Das hätte dann eine gewisse Begründung; aber zu einem solchen Gesetz wird sich die Regierung schwerlich entschließen. Hier aber, wo es sich um Arbeitervermögen handelt, da ist man nicht so penibel. Da heißt es: Gebt einmal 60 pCt. Eures Geldes her, damit wir diese zum Ausgleich brauchen, wo ein Nothstand vorhanden ist. Es wäre wohl zu rechtfertigen, rundweg zu erklären: da die Altersgruppirungen in verschiedenen Gemeinden verschieden sind, soll dadurch ein Ausgleich herbeigeführt werden, daß zur Bezahlung der Altersrenten alle Anstalten im Verhältniß zu ihren Einnahmen beitragen müssen.

Die Agrarier sind ja freilich ausgemachte Feinde des Klebegesetzes; und daher will man ihnen so weit wie möglich entgegenkommen, so auch durch Einengung der Versicherungspflicht. Man will jetzt alle die ausschließen, die nicht mehr als 12 Wochen regelmäßige Lohnarbeit verrichten. Dadurch würden die Insten auf den adligen Gütern zum großen Theil ausscheiden. Ferner sollen auch alle Ausländer aus der Versicherung ausscheiden, welche nur zu einer bestimmten Jahreszeit zugelassen werden.

Dadurch wird freilich den Herren im Osten das Kleben ganz erheblich erleichtert. Aber zu einer besonderen Liebesgabe an die östlichen Gutsbesitzer haben wir keine Veranlassung. Dadurch, daß man die Versicherungspflicht unter den ausländischen Arbeitern beseitigt, schafft man eine Ungleichheit, die geeignet ist, schwere Unzuträglichkeiten zu schaffen. Dadurch benachtheiligt man den heimischen Arbeiter, der natürlich den Gutsbesitzern dann weniger willkommen sein wird, als der ausländische, für den er nicht zu kleben braucht. Ich halte das um so mehr für ein Unrecht, als der heimische Arbeiter, wenn er ins Ausland geht, ja auch seiner Rente verlustig geht.

Nun werden freilich alle diese Maßregeln lediglich zu dem Zwecke empfohlen, um der nothleidenden Landwirthschaft zu helfen. Der Herr Staatssekretär hat ja heute ausdrücklich erklärt, man dürfe nichts thun, was die Flucht vom Lande befördern könnte. Man hat doch eigenthümliche Begriffe davon, weshalb die Leute vom Lande fortgehen, wenn man die allgemeine Redensart ausspricht: die Leute reizt es, in die Stadt zu gehen, weil sie dort geringere Beiträge zu leisten haben. Ueberhaupt: worin suchen die Agrarier nicht die Ursachen der Leutenoth? Einmal soll die Vergnügungssucht schuld daran sein. Ich glaube, die Erdarbeiter draußen sind gar nicht so vergnügungssüchtig. Was haben sie auch, wenn sie in die Stadt gehen? Die Genüsse, die der Student, der Offizier, der nothleidende Agrarier bei großen Zirkus-Vorstellungen (Großer Lärm rechts) sich verschaffen, sie existiren für den Arbeiter nicht. Die Arbeiter führen in der Stadt ein ebenso trisses Leben wie in dem entlegensten Dorfe Ostpreußens.

Was hier in Frage kommt, ist vielmehr, daß man den Landarbeiter gesetzlich nicht gleich stellt dem industriellen Arbeiter. Aus der Krankenversicherung ist er ausgeschlossen. Diese Ungleichheit wird von dem Landarbeiter sehr schwer empfunden. Wenn ein Arbeiter auf dem Lande krank wird, so hat er keine andere Hilfe, als die Armenkasse; er geräth dann in eine Noth hinein, aus der er sich nicht wieder herausreißen kann. Was Wunder, daß er zum verzweifelten Mittel des Fortziehens greift? Die Krankenversicherung müßte auf die Landarbeiter ausgedehnt werden. Dazu macht die Vorlage allerdings einen Versuch, aber einen recht eigenartigen. Man will die Krankenkosten für die Landarbeiter auf die Invalidenkassen abwälzen. Das würde für diese eine Ausgabe von etwa 30—35 Mill. Mark bedeuten, wenn lediglich die Kosten für Arzt, Apotheker und Anstaltsverpflegung gerechnet sind. Eine solche **Einschmuggelung der Krankenversicherung** der Landarbeiter auf Kosten der industriellen könnte Ihnen (nach rechts) so passen, weil Sie da eine Krankenversicherung haben, ohne Krankenkassengelder zahlen zu müssen. Die Ungleichheit zwischen Land- und industriellen Arbeitern ist unstreitig eine Ursache der Flucht vom Lande. Es wirken da viele Dinge mit. Die Grundbesitzer können eben meistens noch nicht begreifen, daß die Leibeigenschaft bereits aufgehoben ist. (Ha! ha! große Unruhe rechts.) Sie rufen Ha! ha! Ist nicht noch vor einigen Tagen im preußischen Landtage davon die Rede gewesen, man solle den Kontraktbruch der Arbeiter mit Prügel bestrafen? (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.) Das war Herr von Korn, der nach dem Bericht der „Kreuz-Zeitung" Folgendes sagte: „Gegen den Kontraktbruch ist schwer anzukämpfen; Humanitätsdusel hat aber keinen Zweck. Die Strafen müssen wirksam sein, und bei Minderjährigen wirkt am besten, wenn sie zur rechten Zeit angewendet wird, die Prügelstrafe" (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts, während der Verlesung. Viele Zurufe: Bei den Minderjährigen!) Ja, bei den Minderjährigen! Der 20jährige Mann, ist das nicht ein Mensch? (Anhaltende Erregung.) Ich hätte einmal Herr von Korn hören wollen, wenn er, sobald er als Student seine Schulden nicht bezahlt hätte, hätte Prügel bekommen sollen. (Erneuter Lärm rechts.) Aber das bedeutet dasselbe, wenn Herr von Wangenheim kommt und sagt, daß ungebrannte Buchenasche am besten wirkt. (Die Zwischenrufe rechts mehren sich.) Das sind Aussprüche, welche Ihre ganze Denkweise kennzeichnen. Die Prügelstrafe wird viel mehr vollzogen, als an Tageslicht kommt. Wie wäre es sonst zu erklären, daß Sie es fertig gebracht haben, die Arbeiter massenhaft aus dem Berufe wegzuekeln, der eigentlich für sie sonst der schönste ist? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts. Redner unbeirrt:) Unstreitig ist doch die Landarbeit eine der besten Arbeiten, die ein Mensch sich denken kann, und auch eine der gesundesten. Die Arbeiter würden die Arbeit in der dumpfen Fabrik nicht der in freier Luft vorziehen, wenn nicht andere Ursachen vorliegen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun fragt es sich, kann die Landwirthschaft die Krankenversicherung tragen? Ich meine recht gut, ebenso gut, wie die Industrie, welche für die Krankenversicherung 20 Millionen, für die Unfallversicherung 18 Millionen, für die Invaliditätsversicherung 15 Millionen aufwenden muß. Das sind im Ganzen 53 Millionen, die gar nicht so schwer aufzubringen sind, wenn man bedenkt, daß die Landwirthschaft 47 Millionen als Branntweinprämie, 27 Millionen als Zuckerprämie als Liebesgabe erhält. Wir sind auch für ein vernünftiges Heilverfahren, das rechtzeitig eingreifen muß. Wenn nun die ländlichen Arbeiter ebenso wie die industriellen unter das Krankenkassen-Gesetz gestellt werden, so wird auch auf dem Lande eine vernünftige Krankenbehandlung Platz greifen können und die Invaliditätsziffer wird dann zweifellos herabgemindert werden. Deshalb ist es nöthig, daß mit dieser Novelle eine Novelle zum Krankenkassen-Gesetz verbunden wird, welche die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die ländlichen Arbeiter vorsieht, und außerdem die Periode, in der Krankengeld bezahlt wird, verlängert.

Ob das Gesetz die agrarischen Wünsche alle befriedigen wird, ist mir zweifelhaft. Sicher ist, daß es in industriellen Kreisen große Erbitterung hervorrufen wird. Für eine Reform der Versicherung sind auch wir. Wenn aber dieser Novelle **die agrarischen Krallen** nicht abgeschnitten werden, so werden wir gegen das Gesetz stimmen. Verbesserungen sind nicht schwer anzubringen. Die Novelle ist so voller Mängel, daß fast jede Aenderung an ihr eine Verbesserung darstellen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 13. Februar. 11 Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt.

Etat des **Ministeriums des Innern.**

Es liegt hierzu vor ein Antrag des Abg. Wiemer, den Erlaß des Ministers vom 22. Juni 1898, wonach, falls zur Herstellung der öffentlichen Ordnung zum Gebrauch der **Waffen** geschritten werden muß, unter allen Umständen **nur scharf** eingehauen und **scharf** geschossen werden darf, ebenso sachlich ungerechtfertigt, wie den Ueberlieferungen der preußischen Gesetzgebung widersprechend zu erklären.

Abg. Dr. v. **Jazdzewski** (Pole)

beklagt sich über die systematische Beschränkung der den Polen feierlich verbürgten politischen Rechte, wie sie jetzt durch die Regierung betrieben werde. Namentlich sei auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes ein völlig gesetzwidriger Zustand eingerissen. Man scheine die Ministerial-Verordnung vom April 1890, welche allerdings geeignet war, die Gegensätze auszugleichen, völlig vergessen zu haben. Gerade in den Vereinen haben Polen und Deutsche friedlich nebeneinander gewirkt. Gegen die Staatstreue der Polen könne man nichts vorbringen.

Abg. **v. Staudy** (k.):

Das Traurigste, was den Polen passiren könnte, wäre eine Politik, wie Sie (zu den Polen) sie wünschen. Graf Caprivi hielt die Polen für polnisch sprechende Preußen; manches, was er gethan, können wir heute nicht mehr öffentlich erörtern. Daß aber weiß auch der Vorredner, daß das Deutschthum in den polnischen Städten zurückgeht; das macht einen strengeren Schutz der Deutschen doppelt nöthig. Es hat mit aller Kraft gekämpft werden müssen gegen den überwiegenden Einfluß des Polenthums in den Kriegervereinen. Aus polnischen landwirthschaftlichen Vereinen müssen die Deutschen austreten, weil sie den polnischen Vorträgen nicht folgen konnten.

Minister **v. Miquel**

weist auf den Inhalt der Ministerialverfügung hin, wonach die wirthschaftlichen und religiösen Interessen der polnischen Bevölkerung nach Kräften gefördert werden sollen. Wird gegen die Anordnungen verstoßen, so können Beschwerden hiergegen erhoben werden, das würde mehr nützen, als lange Reden hier im Hause. Deutsche und Polen werden vollständig gleich behandelt. Wenn trotzdem in Polen Unzufriedenheit herrscht, so wird sie erzeugt durch die von den Polen gehegte Hoffnung, daß es einmal anders werden könnte. Jeder Beamte, der in Polen war, bestätigt, daß die Polen aggressiv vorgehen. Was sollen nun diese Klagen bedeuten? Die Sokol-Vereine, die polnische Presse beobachten eine Haltung, die dem öffentlichen Recht zuwiderläuft. Was hilft es, wenn der Vorredner diese Haltung nicht anerkennt? Die Presse erklärt offen, daß man einem Polen keinen größeren Schimpf anthun kann, als wenn man ihn einen Preußen nennt! (Hört, hört!) Alle diese Feindseligkeiten würden aufhören, wenn die Polen sich entschließen könnten, mit ihrer historischen Vergangenheit zu brechen und sich als Preußen zu fühlen. Ihre polnische Sprache genirt uns gar nicht. Es hängt also alles von den Polen selber ab. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vg.)

kritisirt den **Erlaß über den Waffengebrauch.** Es ist aus demselben nicht zu entnehmen, daß auch der Gebrauch milderer Mittel zulässig sein soll, vielmehr soll danach sofort mit aller Strenge vorgegangen werden, während bisher als Grundsatz galt, daß zunächst alle milderen Mittel fruchtlos angewendet sein müssen. Selbst für das Einschreiten militärischer Kräfte gelte die Vorschrift, daß nicht gleich mit aller Schärfe vorgegangen werden soll. In weiten Kreisen hat man die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der neuen Verordnung nicht einsehen können. Ob sie zu Recht besteht ist zweifelhaft, jedenfalls widerspricht sie der Toleranz, die bisher verfolgt wurde. All zu scharf macht schartig und es könnte leicht geschehen, daß dieser Erlaß provokatorisch wirken kann. Gerade in großen Städten können leicht Aufläufe entstehen und man ist doch bisher mit den milderen Mitteln ausgekommen. In England kennt man diese Waffen-Anwendung überhaupt nicht und für die Schneidigkeit besteht im Volke wenig Verständniß. Höchste Strenge ist nicht immer die höchste Humanität, wie man wohl gesagt hat. Nach dem Erlaß muß der Beamte sofort so schroff und schneidig wie möglich auftreten und das würde die Kluft zwischen Polizei und Publikum unnöthig erweitern. Der Erlaß war politisch unklug, denn er hat von Neuem Unzufriedenheit in die Massen getragen und der Sozialdemokratie neue Stimmen zugeführt. Der Erlaß dürfte dem Herrn v. d. Recke seine historische Bedeutung geben und zwar eine ähnliche, wie die des Ministers Puttkamer, den wir nicht für das Ideal eines modernen Staatsmannes halten. (Beifall links.)

Minister des Innern Freiherr **von der Recke:**

Die Ausführungen des Abg. Dr. Wiemer geben wir keinerlei Anlaß, diesen so scharf getadelten Erlaß auch nur in einem Punkte abzuändern. (Lebhafter Beifall, rechts). An diesem Erlaß wird auch **nicht ein Titelchen geändert** werden. (Hört! hört! links. Sehr richtig! rechts). Ich habe es sehr bedauert, daß in der Budgetkommission keine Gelegenheit genommen ist, auf diese Sache zurückzukommen. Die Herren hätten dort ihre Beschwerden vorbringen können, denn es ist nicht einfach, über eine derartige Frage juristisch zu diskutiren. Ich kann dem Abg. Dr. Wiemer bezeugen, daß er den Erlaß auch jetzt noch nicht verstanden hat (Sehr gut! rechts. Lachen links), daß deswegen seine ganzen Ausführungen, die er an den Erlaß geknüpft hat, ebenso hinfällig sind, wie die Ausführungen einer verständnißlosen Presse. Der Abg. Dr. Wiemer behauptet noch immer, diese meine Verfügung enthalte eine Aenderung derjenigen Bestimmungen, die über den Waffengebrauch in der Gendarmerie-Instruktion enthalten sind.

Ich habe schon bei der ersten Berathung hervorgehoben, daß dem nicht so ist. In dem Erlaß steht im Gegentheil, daß diese Bestimmungen für die Gendarmerie bezüglich des Waffengebrauchs auch für die Polizeibeamten maßgebend sein sollen. Ich werde doch schließlich am besten wissen, wie der Erlaß aufzufassen ist. (Große Heiterkeit. Beifall rechts.) Ich bestreite ebenfalls, daß der bezüglich des Waffengebrauchs der Polizeibeamten gegebene Erlaß in Widerspruch steht mit den Bestimmungen, die bezüglich des Waffengebrauches des Militärs gegeben sind. Einen besseren Interpreten als den Herrn Kriegsminister über diese Bestimmungen werden auch Sie sich wohl kaum vorstellen können. (Rufe: Na, na! links.)

Er hat im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß die schon bestehenden Bestimmungen über den Waffengebrauch der Polizeibeamten und Gendarmerie genau übereinstimmen mit denjenigen Bestimmungen, die über den Waffengebrauch des Militärs gegeben worden sind. (Sehr richtig!) Mit anderen Worten, es ist absolut nichts geändert worden an den Bestimmungen über die Entschließungen der Machtbefehlshaber, ob, wann und gegen wen eingeschritten werden soll. Es ist vor allem nichts geändert worden an der Bestimmung, daß stets **mächtvoll** eingeschritten werden soll. Es ist nun den Gendarmen sowohl wie den Polizeibeamten wieder eingeschärft worden, daß, wenn sie überhaupt dazu übergehen, die Waffen zu gebrauchen, dann dieser Gebrauch nicht nur ein spielender, sondern ein ernster sein soll, daß dann, aber auch nur dann, **nicht flach gehauen, nicht blind geschossen werden soll.** (Unruhe links.) Ich bestreite also, daß der Erlaß irgend eine neue Bestimmung enthält. (Widerspruch links.) Ich habe auch nicht die geringste Veranlassung, an diesem Erlaß irgend etwas abzuändern. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

Abg. Dr. **Langerhans** (freis. Vp.): Die Antwort des Ministers bezüglich der **Nichtbestätigung** des **Berliner Oberbürgermeisters** hat uns nicht genügt. Die Bestätigung ist auch bis heute noch nicht erfolgt. Wir haben keinen Einfluß auf den König in Bezug auf die etwas schnellere Entschließung. Aber in einen konstitutionellen Staate sollte doch der konstitutionelle Minister darauf dringen, daß die Gesetzgebung so gehandhabt wird, wie ihr Sinn es deutlich ausspricht. Der Sinn der Städte-Ordnung, die bezüglich der Wahl des Oberbürgermeisters die Bestätigung dem Könige vorbehält, ist der, daß jedenfalls ein Beamter zur rechten Zeit in sein Amt eingeführt werden kann. Der Minister hat also entweder den Einfluß auf den König, daß er für gut heißt, was geschehen ist, oder er hat ihn nicht. Hat er ihn nicht — ja, dann ist eine Regierung mit einem derartigen Minister des Innern nicht möglich. (Sehr richtig! links; Lachen rechts.) Wenn ein Minister des Innern einsieht, daß er keine Einwirkung in Bezug auf die wichtigsten Angelegenheiten des Staates hat, dann soll er doch zurücktreten. Der Oberbürgermeister von Berlin hat eine Verwaltung unter sich, die viel größer ist als diejenige mancher Königreiche. Uebermäßige Rechte sind der Selbstverwaltung ohnehin nicht verliehen. Wenn man diese Rechte noch mißversteht oder beschneidet, dann stört man unsere Selbstverwaltung im höchsten Grade. (Sehr richtig! links.) Wenn ich Minister wäre und nach meiner heiligsten Ueberzeugung alles thäte, was ich für Recht hielte und dennoch eine solche Maßregel nicht durchsetzen könnte, würde ich nicht einen Augenblick länger in meinem Amte bleiben. (Sehr richtig! links; Heiterkeit rechts.) Man kann ja nur sagen, daß wir nicht in dieser Weise vorgehen sollten und nicht den König irgendwie reizen oder Se. Majestät den König kränken ... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Krause:**

Ich muß den Herrn Abgeordneten daran erinnern, daß es doch nicht üblich ist, die Person Sr. Majestät des Kaisers in die Debatte zu ziehen. (Beifall rechts. Unruhe links.)

Abg. Dr. **Langerhans** (fortfahrend):

Ja, ich werde es beachten. Ich will bemerken, daß wir in Bezug auf die Beschleunigung unserer Geschäfte in dieser Beziehung nichts ausrichten können, wenn wir den Beistand des Herrn Ministers des Innern entbehren. Wir mußten nach dem, was der Minister damals auf die Rede des Abg. Richter gesagt hat, glauben: es könnte jeden Augenblick die Bestätigung oder Nichtbestätigung von Sr. Majestät dem Könige kommen, und darum haben wir keine bleibende Einrichtung geschaffen.

Es ist zweifellos, daß in dieser Zeit, wo wir eine Veränderung in der ganzen Beamtenstellung vornehmen, dadurch, daß wir keinen zweiten Bürgermeister haben, eine Vorlage vor dem 1. April nicht an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen kann, und daß hunderte von unseren Beamten eine Verbesserung ihres Gehaltes auf ein Jahr entbehren müssen; denn es kann dann erst in dem nächsten Etat beschlossen werden. (Hört, hört! links.) Solcher Uebelstände lassen sich eine ganze Reihe anführen. Wir konnten das nicht erwarten, daß der Herr Minister, der eine aufschiebende Erklärung vor einigen Wochen gegeben hatte, doch in seinem Amte bliebe. Wir mußten hoffen, daß jeden Augenblick die Bestätigung von Sr. Majestät dem Könige eintreffen würde.

Meine Herren, ich bringe das hier nochmals zur Sprache, nicht blos um Berlins willen, nicht blos der Beamten willen, die dadurch geschädigt werden, sondern ich bringe es zur Sprache, weil es eine Verkürzung des Selbstverwaltungsrechts aller unserer Gemeinden ist, und weil ein konstitutioneller Minister nur so lange Minister sein kann, so lange seine Ueberzeugung ein geneigtes Ohr bei dem Herrn findet, der ihn anstellt. (Lebhaftes Bravo links.)

Minister des Innern Freiherr **von der Recke:**

Ich beziehe mich auf die Erklärungen, die ich vor einigen Tagen bei der ersten Lesung des Etats hier abgegeben habe. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits es in hohem Maße bedauere, daß Herr Langerhans bei dieser Sache die Person Seiner Majestät in die Debatte hineingezogen hat. (Lebhafter Beifall, rechts. Widerspruch links). Der Präsident hat schon die Gewogenheit gehabt, dies zu rügen. (Zustimmung). Wenden Sie sich in diesen Angelegenheiten an mich, der ich die Verantwortung dafür trage! (Unruhe links). Ich trage die **Verantwortung** auch dafür, daß **kein Unglück entsteht, wenn sich diese Angelegenheit um einige Wochen verzögert.** (Lachen links, Beifall rechts).

Abg. **v. Kardorff** (fk.)

wünscht, daß die konstitutionellen Regierungs-Grundsätze auch bei Bestätigung der Selbstverwaltungsbeamten gewahrt bleiben. Den Antrag Wiemer bittet er an eine Kommission zu verweisen.

Abg. **v. Heydebrand** (k.)

glaubt nicht, daß die Verantwortlichkeit des Ministers dem Parlamente gegenüber so weit ausgedehnt werden kann, daß er für die Fälle des Bestätigungsrechtes einzustehen hat. Die erfolgte Aufklärung über den Waffengebrauch genügt schon, um erkennen zu lassen, daß die Verordnung gerechtfertigt ist. Auch die bei solchen Aufläufen mitlaufenden Neugierigen mögen wissen, daß auch für sie die Sache gefährlich ist. Wir können den Antrag Wiemer nicht annehmen.

Abg. Dr. **Krause** (natl.)

kann dem Abg. Heydebrand in der Auffassung des Bestätigungsrechts nicht beitreten; anscheinend sei die Auffassung des Ministers eine andere und richtigere. Die Verordnung über den Waffengebrauch bedürfe noch der Klarstellung; ihr Wortlaut läßt die Auslegung des Ministers mindestens zweifelhaft erscheinen.

Abg. **Schmitz** (Ztr.)

giebt ebenfalls zu, daß die Verordnung über die Waffenanwendung verschiedener Auslegung fähig ist.

Abg. **v. Jazdzewski** (Pole)

stellt einige thatsächlichen Anführungen des Abg. v. Staudy richtig. Die Aufrufe in der polnischen Presse: Kauft bei den Euren! habe keine antideutsche, sondern eine antisemitische Tendenz; es sei übrigens auch gar nicht zu bestreiten, daß das Judenthum in Polen wirthschaftlich besonders schädlich gewirkt habe. Das müsse man zugeben, auch wenn man nicht Antisemit sei. Gewähre man uns unser Recht, so werden wir lieber mit Preußen und Deutschen als mit Slaven verkehren. Die deutsche Presse steht übrigens in plumpen Angriffen der ungeschickt redigirten polnischen Presse nicht nach. Ein Einschreiten gegen die deutsche Hetzpresse wäre sehr zu empfehlen.

Hierauf vertagt das Haus die **Weiterberathung** auf Dienstag 11 Uhr; vorher definitive Wahl des Präsidiums.

Der Berliner Stadthaushalts-Etat für 1899.

Wie der Etat des preußischen Staates, trägt jetzt auch der städtische Etat nur eine Jahresziffer und zwar diejenige, auf welche der größte Theil des Etatsjahres entfällt. In Einnahme und Ausgabe schließt das Jahr 1899 (1. April 1899 — 30. März 1900) mit 100 591 769 M. ab; das ist gegen das Vorjahr 2 557 227 M. mehr. Von der Einnahme entfallen aus den Ueberschüssen der städtischen Werke und aus Gebühren, nach Abzug der Zuschüsse für die Kanalisation 3 684 788 M. Aus Kämmereiverwaltung, Grundstücken und verschiedenen Einnahmen entspringt eine Mehrausgabe von 58 684 788 M., so daß durch Steuern 55 000 000 M. zu decken sind. Hiervon entfallen auf die festen Steuern nach Abzug der Einziehungskosten 2620000 M. und müssen somit durch die Real- und

Personalsteuern 52 380 000 M. aufgebracht werden. Diese Summe vertheilt sich:

Gemeindegrundsteuer . .	17 400 000 M.
Gewerbesteuer	8 100 000 „
100 pCt. Einkommensteuer	26 880 000 „
in Summa wie oben . .	52 380 000 M.

Gegen das Vorjahr ist die Einkommensteuer mit 3 120 000 M., die Grundsteuer mit 600 000 M. und die Gewerbesteuer mit 1 050 000 M. mehr eingesetzt.

Die Anleiheschuld der Stadt Berlin wird Ende März 1899 276 037 390 M. und am Schluß dieses Etatsjahres 286 906 321 M. betragen. —

An den Mehrausgaben ist die Schulverwaltung betheiligt mit 890 824 M., die Armenverwaltung mit 432 723 M., die Kranken- und Gesundheitspflege mit 228 708 M., die Park- und Gartenverwaltung mit 94 974 M., die Bauverwaltung mit 2 063 410 M., die Verwaltungskosten erhöhen sich um 522 053 M., die Kosten für Polizeiverwaltung um 7571 M., für Straßenbeleuchtung 2c. um 274 610 M. und endlich der Posten Verschiedene Einnahmen und Ausgaben um 350 311 M.

Ganz gegen seine sonstige Gewohnheit hat diesmal der Magistrat bei einzelnen Verwaltungszweigen auch Lohnerhöhungen für einen Theil der städtischen Arbeiter ausgeworfen, die allerdings in keinem Verhältniß mit den Gehaltsaufbesserungen der höheren Beamten stehen, und um so ungenügender sind, als sie schon vor einer Reihe von Jahren hätten eintreten müssen. Aus einzelnen Etats, so aus dem der Wasserwerke ist überhaupt nicht zu ersehen, mit welchen Löhnen die Arbeiter abgespeist werden. Auch in Bezug auf die Gehälter des Wärterpersonals in den Krankenhäusern und Irrenanstalten wird den berechtigten Wünschen durchaus nicht Rechnung getragen. Seit Jahren schon klagen die Verwaltungsberichte namentlich der Irrenanstalten über die Unzuverlässigkeit des Wartepersonals und sie führen sehr mit Recht diesen unhaltbaren Zustand auf die ungenügende Besoldung zurück.

Von der Verpflichtung, welche das sogenannte „Zeitalter der Sozialreform" den Gemeinden auferlegt, finden sich in dem ganzen Etat nur verschwindend wenige Spuren. In der Stadtverordneten-Versammlung ist schon oft darüber geklagt worden, daß zu theuer gebaut werde; warum wird nicht endlich einmal der Versuch gemacht, die städtischen Bauten in eigener Regie herzustellen? Nach unserer Meinung würden sowohl Stadtverwaltung als auch Arbeiter einen wesentlichen Vortheil davon haben, wenn der überschüssige Gewinn der Zwischenunternehmer in Wegfall käme. Gerade in den künftigen Jahren, in denen eine große Zahl städtischer Bauten zur Ausführung kommen soll, würde eine solche Ersparniß einen nicht unwesentlichen Faktor im städtischen Etat bilden. Vielleicht würden dadurch aber auch die Bauten beschleunigt. Und eine solche Beschleunigung ist dringend nothwendig. Das Hilfskrankenhaus in der Gitschinerstraße wird in diesem Jahre voraussichtlich schon unter normalen Verhältnissen voll besetzt werden, und damit steht die Verwaltung bei einer ausbrechenden Epidemie vor der Frage: Was nun? Beim 4. städtischen Krankenhause wird in diesem Jahre kaum mit dem Bau begonnen werden.

Aehnlich liegen die Verhältnisse mit unseren städtischen Irrenanstalten, wenn auch für die Verwaltung der Ausweg bleibt, die Kranken in Privatpflege oder aber in Privatanstalten unterzubringen. Diese Verpflegung in Privatanstalten läßt aber naturgemäß viel zu wünschen übrig; nimmt doch der Besitzer solcher Anstalten städtische Kranke nur, um an ihnen zu verdienen. Nach dem diesjährigen Etat sollen 1327 Kranke unserer Irrenanstalten in Privatanstalten untergebracht werden, und trotzdem die Verzögerung im Bau der vierten Anstalt.

Noch eine Anregung möchten wir uns gestatten: Seit Jahren sind allen betheiligten Kreisen die überaus traurigen und völlig unhaltbaren Zustände der Hausindustrie bekannt. Nun haben fast alle Verwaltungen alljährlich bedeutende Anschaffungen an Kleidern für Angestellte, Arbeiter, für verpflegte Kranke u. s. w. zu machen, bei denen es ein Leichtes wäre, den betheiligten Submittenten nur dann den Zuschlag zu ertheilen, wenn sie sich zu der Verpflichtung verstünden, die Arbeiten nur in eigenen Betriebswerkstellen anfertigen zu lassen. Das ließe sich nach unserer Meinung sehr gut durchführen und damit würde die Stadt einen Schritt unternehmen, dem vielleicht andere Behörden folgen würden. Für Gesundheit und Wohlergehen eines beträchtlichen Theiles der Berliner Bevölkerung könnte ein solches Vorgehen nur von Nutzen sein.

In Bezug auf das Submissionswesen scheint vorläufig ebenfalls noch Alles beim Alten bleiben zu sollen. Daß auf diesem Gebiete nicht eine durchgreifende Reform eintritt, trotzdem fast alle Betheiligten von der Unhaltbarkeit des jetzigen Systems überzeugt sind, und trotzdem es eine geradezu mörderische Rückwirkung auf die Arbeiter ausübt, das ist in der That bezeichnend für das sozialpolitische Niveau der städtischen Verwaltung.

Genau so unfruchtbar bleibt die Gemeindeverwaltung in Bezug auf Arbeiterausschüsse, Pensionskassen, sowie in Bezug auf die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Sind auch andere Städte mit ihren mehr oder minder verknöcherten Bourgeoisregierungen gewiß keine Ausbunde sozialpolitischer Fürsorge für die Arbeiter, so haben sie denn doch zum Theil Berlin bei weitem überholt. Der Kommunalfreisinn in Berlin hat gerade hierin von seiner Unfähigkeit in der Förderung des Gesammtwohles den Arbeitern einen bündigen Beweis geliefert.

Im Uebrigen bewegt sich auch diesmal der Etat in dem alten ausgetretenen Geleise, nirgend ein fröhlicher frischer Fortschritt. Die längst unter den heutigen Verhältnissen für ungenügend anerkannten Pflegesätze in der Armen- und Waisenverwaltung bleiben auch für dies Jahr bestehen; mögen doch die unterstützungsbedürftigen Armen sehen, wie sie sich mit dem Gebotenen durchhungern! Nur daß die Einkommensteuer nicht über 100 pCt. zu steigen braucht, um dem Staat von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch machen zu lassen: daß ist der Maßstab, nach dem Magistrat und Stadtverordnete die Bedürfnisse der Stadt einengen. Heißt es nicht die Waisenpflege gerade in ihr Gegentheil verkehren, wenn man die Kinder bei so gering bemessenen Pflegesätzen in Privatpflege giebt und dadurch gewissermaßen die Pflegeeltern zwingt, die Waisen, für deren Wohlergehen die Stadt zu sorgen hat, als Ausbeutungsobjekte zu benutzen?

Zu unserem Bedauern haben wir auch diesmal wieder feststellen können, daß im Bau-Etat Gelder eingestellt sind zu Bauten, zu denen der Stadtverordneten-Versammlung noch nicht die Projekte vorgelegen haben. Uns soll verlangen, wie lange der Magistrat sich noch erlauben darf, das Geldbewilligungsrecht der Stadtverordneten-Versammlung auf diese Weise zu verkümmern.

Leider sichert ja die Städte-Ordnung den besitzenden Klassen den maßgebenden Einfluß auf die Geschicke der Gemeinde, und sie verstehen es, diesen Einfluß zum Schaden der großen Masse der Bevölkerung auszunutzen. An den Arbeitern, an den Parteigenossen liegt es aber, so weit wie das Wahlrecht es zuläßt, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Wenn es uns auch nicht gelingt, das kapitalistische Element der Stadtverwaltung zu zersprengen, so kann der Arbeiter doch wenigstens als Gewissensmahner wirken und den Einfluß, den die sozialdemokratische Partei im öffentlichen Leben besitzt, auch in der städtischen Verwaltung befestigen.

Scherl schäumt!

Das war ein Schmerzensschrei in der Sonntagsnummer des „Weltblattes", so voller Wuth, wie wir es im „Lokal-Anzeiger" noch nie antraten. Erst schien es, als ob die Wanzentaktik weiter zu ihrem Rechte kommen sollte; nur Schweigen über den Konflikt im eigenen Haus, nur nichts melden über die Entrüstung, die in der Arbeiterschaft über das rücksichtslose Verhalten des Herrn August Scherl sich bemerkbar macht — sich todt stellen, wenn dem Geschäft schädigende Dinge zur Sprache kommen. Das ist die Taktik, die bisher im „Lokal-Anzeiger" mit stoischer Ruhe befolgt wurde. Nun ist er aus dem Gleichgewicht gerathen, nach wochenlangem Schweigen hat der sonst so Geschwätzige Worte der Vertheidigung gefunden. Aber nicht in der Geschwätzigkeit liegt diesmal seine Stärke, sondern der helle Zorn lodert aus den Spalten hervor für die geheiligsten Güter dieses Reklameblattes — den Abonnentenstand. Solche Töne des Schmerzes und der Wuth, die können nur dann zum Ausbruch kommen, wenn das Werthvollste, das mit so viel Mühe, Geld und Geschäftsspekulation zusammengetragen wurde, angetastet wird — der Abonnentenstand. So war die Arbeiterschaft auf dem rechten Wege, denn warum dieses spaltenlange Geschimpfe im „Lokal-Anzeiger" über den unlauteren Wettbewerb, wenn die Abonnentenzahl dieselbe geblieben ist? Niemand wird dem Blatte, das sonst mit dem größten Gleichmuth über alle Angriffe hinweghüpfte, glauben, daß der Abonnentenstand auf gleicher Höhe geblieben ist.

Mehr denn einmal war der Anlauf genommen, das Schweigen zu brechen. In Flugblättern sollte dem Publikum eine Vertheidigungsschrift des Herrn Scherl dargeboten werden. Aber immer siegte zur rechten Zeit der gesunde Geschäftssinn, der sich sagte, das ist keine Propaganda, mit der man auf den Abonnentenfang gehen kann, und hinter aller Kunst der Sophistik guckt die Wahrheit doch zu deutlich hervor: die Arbeiter sind wegen der Zugehörigkeit zur Organisation gemaßregelt!

Nun hält das Blatt seinen Lesern auch eine Vorlesung über Anständigkeit der Presse und es will selbst als anständiges Blatt sich empfehlen, indem es schreibt, der Konkurrenzkampf wird auf der ganzen Linie von der unanständigen Presse gegen den „Lokal-Anzeiger" geführt. Und an anderer Stelle heißt es:

„In einer Aera, die das Gesetz „wider den unlauteren Wettbewerb" geboren hat, liegt es doch klar zu Tage, daß eben auch der ganz normale „Kampf ums Dasein", das, was man schlechtweg mit dem geläufigen Fremdwort „Konkurrenz" bezeichnet, sich nur zu oft von den Bahnen der Sittlichkeit, des Anstandes entfernt."

O, diese verfolgte Unschuld! — Das ist denn doch die Schminke zu stark aufgetragen und wenn dies Weltblatt auch noch so sehr sich bemüht, in den Geruch der Wohlanständigkeit zu kommen, so überwuchert doch der Heirathsmarkt im Annoncentheil so stark alle „bürgerliche" Tugend, daß hiergegen die Kunst von Treu und Ruglisch pleite geht.

O, anständig ist der „Lokal-Anzeiger", wie anständig hat er nicht im Jahre 1894 die Polizei bei dem Angriff auf die Arbeitslosen im Friedrichshain herausgehauen. Er war das Blatt, das mit größerer Begeisterung von den Thaten der Polizei sprach, als die reaktionärste konservative Presse. Und aus neuester Zeit. Wie tapfer hat das Blatt sich von jeder Kritik über das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts, das neun Bauarbeiter auf 58 Jahre ins Zuchthaus und auf acht Jahre ins Gefängniß warf, ferngehalten. Allerdings, was sollte es sagen, wenn in der eigenen Offizin die selbständige Regelung der Vereinszugehörigkeit unterdrückt wird, das Koalitionsrecht verbannt ist. Schweigen war auch hier die Taktik des wohl „anständigen" Blattes. Dieses „anständige" Blatt ist schlimmer als die ärgste reaktionäre Zeitung, weil es zur Denkfaulheit erzieht und das Empfinden für das politische Leben erstickt; weil es im Trüben für die Reaktion zu wirken sucht, während der ehrliche Gegner offen zu erkennen giebt, was seine Absicht ist.

Mit einigen Entstellungen möchten wir uns noch beschäftigen. Es heißt an einer Stelle: „In der Scherl'schen Druckerei kämpfen zwei Parteien, die Setzer, die zu dem Gutenberg-Bunde gehören, und die sogenannten Verbandssetzer gegeneinander. Der in ewigen Reibereien, Nörgeleien und gegenseitigen Anfeindungen sich kennzeichnende Kampf zieht sich Jahre hindurch. Ich glaube, selbst die höchste Achtung vor dem vielgenannten „Koalitionsrecht" der Arbeiter konnte unmöglich den Arbeitgeber des Rechtes, ja der Pflicht berauben, sich auf Seiten derjenigen Partei zu stellen, die ihm die bessere, arbeitswilligere, wenn auch schwächere zu sein schien."

Von diesem Streit weiß kein Mensch in der Offizin, er spukt nur im Kopfe des Herrn Scherl, der ja selbst bis vor Kurzem noch glaubte, seine Arbeiter gehören dem Verband der Buchdrucker nicht an. Die Arbeiter wurden hinausgeworfen nicht weil Streit unter ihnen war, sondern weil Herr Scherl in Erfahrung brachte, daß sie einer Organisation angehören. Achtung besitzt Herr Scherl vor dem Koalitionsrecht nicht, nach seinem Verhalten fühlt er nur Hohn und Mißachtung gegen ein solches Arbeiterrecht. Schließlich wird Herr Scherl wieder als der noble Herr dargestellt, der den 24 Arbeitern freiwillig den Lohn für die 14tägige Kündigungsfrist auszahlte. Daran mag glauben, wer will; freiwillig giebt ein Mann, der mit diesen Mitteln gegen die Arbeiter vorgeht, sein Recht nicht preis. Mit dem Augenblick, wo Herr Scherl den Lohn zahlt, erkennt er das Recht der Arbeiter auf Kündigungsfrist an und stellt sich in Widerspruch mit seiner ersten Erklärung, in der behauptet wird, den Arbeitern sei der Lohn für die Kündigungsfrist ausgezahlt, als sie aus dem Geschäft austraten.

Zum Schluß schreibt der „Lokal-Anzeiger" etwas resignirt:

„Ich glaube, alles Weitere kann ich mir ersparen. Es ist für einen Zeitungsmenschen demüthigend genug, sagen zu müssen, daß das die Art und Weise ist, in welcher auf der großen Konkurrenzarena der Presse gefochten wird, der Presse, die mit vollem Athem die Trompete der Gerechtigkeit, der Freiheit, des Idealismus bläst und wir hätten ja eigentlich nach Lage der Sache wirklich keinen Grund, über alle diese widerwärtigen Vorgänge uns aufzuregen. Können wir doch mit einem gewissen Stolze sagen, daß alle diese Feindseligkeiten ihren Zweck verfehlt haben. Aber was frommt's, Thatsachen schämig zu verhüllen, die dem aufmerksamen Beobachter unseres öffentlichen Lebens, wie es in der Druckerschwärze zu Tage tritt, ja doch längst bekannt sind."

Ja, Herr Scherl, die Druckerschwärze kann auch dem verstocktesten Sünder die Zunge lösen. Die Aufregung wäre unnöthig, wenn der Kampf so spurlos am „Lokal-Anzeiger" vorübergegangen wäre, und so müssen wir in Zukunft die Aufregungen fortsetzen. Der Ruf: Fort mit dem „Lokal-Anzeiger"! soll Herrn Scherl noch lange in die Ohren gellen.

Kommunales.

In dem Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Magistratsvorlage wegen der Dienstaltersgehälter für verschiedene Beamtenkategorien und die Bewilligung von Stellenzulagen haben die Stadtverordneten Singer und Borgmann den Antrag gestellt: den Magistrat zu ersuchen 1. um eine Nachweisung über die Löhne und Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, 2. um eine Vorlage betreffend die Errichtung einer Pensionskasse für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Grundlage von Beiträgen der Verwaltung und der Arbeiter.

Die Errichtung einer Fahr- und Fachschule für Kutscher in Berlin. Der Verband deutscher Lohnfuhr-Unternehmer zu Frankfurt a. M., sowie die Fuhrherren-Innung zu Berlin waren an den Magistrat mit dem Antrage herangetreten, in Berlin eine Fuhr- und Fachschule für Kutscher in's Leben zu rufen, welche nicht nur im Interesse des Fuhrgewerbes, sondern auch im öffentlichen Interesse dringend nothwendig sei, da durch die Umwandlung der Pferdebahnen in elektrische Straßenbahnen die Gefahren im Fuhrverkehr sich erheblich gesteigert hätten.

Der Magistrat hatte die Angelegenheit der Gewerbedeputation zugewiesen und diese eine Subkommission zur Vorberathung eingesetzt, welche sich durch Sachverständige ergänzte.

In der letzten Sitzung der Gewerbedeputation erstattete die Subkommission Bericht. Ihr Antrag ging dahin, beim Magistrat die Errichtung der Schule zu beantragen. Die Schule soll den Zweck haben, die Schüler im Ein- und Zweispännigfahren sachgemäß auszubilden. Der Unterricht soll sich erstrecken auf Wagen- und Geschirrlehre, Pferde- und Stallpflege, die erste Hilfe bei Unglücksfällen, Pferde-Erkrankungen, Hufbeschlag und Hufkrankheiten und Heimathskunde.

Die Subkommission schlägt vor, zwei Arten von Schülern auszubilden: a) Tagesschüler, welche einen ganzen Kursus von drei Monaten nehmen; b) Stundenschüler, welche täglich oder jeden zweiten Tag nur stundenweisen Unterricht genießen. Als Schulgeld hat die Kommission in Aussicht genommen: für die Tagesschüler monatlich 20 M., für die Stundenschüler 6 M., d. h. für eine Stunde täglichen Unterrichts während eines Monats.

In Aussicht genommen ist ein Betrieb mit 20 Pferden; zu Beginn des Unterrichts wird vorgeschlagen, vorläufig erst 10 Pferde nebst den nöthigen Wagen und sonstigen Utensilien anzuschaffen.

Die Kosten der Schule würden aufzubringen sein: 1. durch das Schulgeld, 2. durch den Zuschuß der Innung, 3. durch Zuschüsse sonstiger Interessenten, 4. durch den Zuschuß der Stadt. Namhafte Zuschüsse der Interessenten sind dem Unternehmen bereits zugesichert.

Die Ausgaben für die Schule würden nach dem Voranschlage der Kommission betragen: a) Einmalige Ausgaben (ohne Baukosten) 20 000 M., b) laufende Ausgaben 16 600 M.

Als Uebungsplatz für die Schule ist ein in der Prinzen-Allee belegenes städtisches Grundstück in Aussicht genommen.

Die Gewerbedeputation erklärte sich nach kurzer Diskussion mit den Vorschlägen ihrer Subkommission einverstanden und beschloß, beim Magistrat die Errichtung der Fahr- und Fachschule zu beantragen.

Fachschulen. Für den Besuch der Fachschule der Sattler vom 1. April 1899 ab sollen erhoben werden: für Lehrlinge 2 M. und für Gesellen 6 M. halbjährlich, indessen soll das Kuratorium bis 10 pCt. Freistellen gewähren können. — Die Töpfermeister, welche in den Vororten wohnen, aber zur Berliner Töpferinnung gehören, sollen berechtigt sein, ihre Lehrlinge ohne Schulgeld in die Töpfer-Fachschule zu schicken. — Die Tischlerschule wird durch Beiträge der Stadtgemeinde, der Innung und das aufkommende Schulgeld erhalten. Die Innung will sich verpflichten, jährlich 1000 M. zu zahlen, wenn ihr das Recht zugesprochen wird, sechs Mitglieder in das Kuratorium der Schule zu entsenden und der Innung eine Anzahl Freistellen in der Tischlerschule und in der Fortbildungsschule gewährt werden. Die Tischlerschule ist der Gewerbedeputation unterstellt und wird von einem Kuratorium verwaltet. Zu demselben gehört stets der Direktor, sechs Mitglieder werden von der Innung gewählt, die übrigen von der Gewerbedeputation, den Vorsitz führt der Kommissar derselben.

Lokales.

Unterhaltungskosten der Berliner Gemeindeschulen. Im Jahre 1897/98 (bezw. im Vorjahre 1896/97) beliefen sich die gesammten Ausgaben für die Gemeindeschulen auf 11 296 087 (10 903 933) M., das sind 57,55 (57,31) M. pro Gemeindeschulkind. Nach Abzug einer Einnahme von nur 132 348 (135 937) M. oder 0,67 (0,71) M. pro Kind, waren 11 163 739 (10 767 996) M. oder 56,88 (56,60) M. pro Kind aus städtischen Mitteln zuzuschießen. Das ist bekanntlich noch nicht halb so viel wie der Zuschuß pro Kopf, den die Stadt für die Schüler der höheren Lehranstalten zu leisten hat. Von Interesse ist, aus welchen einzelnen Posten sich die Gesammtausgabe von 57,55 (57,31) M. pro Kind zusammensetzt. Allein 50,99 (50,83) M. kamen auf Gehälter und zwar 50 M. 14½ Pf. (49,96 M.) auf die Gehälter für das Lehrpersonal und 84½ Pf. (0,87 M.) auf die für die Schuldiener. Die sächlichen Kosten beliefen sich auf nur 6,56 (6,48) M. Von diesem Betrag kamen 0,71 (0,67) M. auf Unterrichtsmittel — darunter z. B. 0,20 (0,17) auf Lehrbücher, Schreibmaterialien u. s. w. für bedürftige Kinder —, ferner 0,23 (0,21) M. auf Schulutensilien sowie Haus- und Turngeräthe, 2,18 (2,14) auf Heizung, Erleuchtung und Wasserverbrauch, 0,53 (0,53) auf Reinigung einschließlich Desinfektion, Entleerung der Abort-, Müll- und Senkgruben, Abfuhr u. s. w., 2,40 (2,43) auf bauliche Unterhaltung, Abgaben, Lasten u. s. w., 0,10 (0,11) auf Prämien und Schülerbibliotheken, 0,08 (0,05) auf verschiedene Ausgaben, 0,03 (0,04) auf Ausgaben aus Vermächtnissen.

Der Friedhof der Märzgefallenen wurde am letzten Sonntag bei dem schönen Frühlingswetter wieder von vielen Hunderten von Personen aufgesucht. Am Spätnachmittag zog eine dichte Menge von Besuchern zwischen dem epheubedeckten Rasen hindurch. Wer oft nach dem Friedrichshain kommt und es nicht versäumt, dabei jedesmal auch auf die Gräber der Märzgefallenen einen Blick zu werfen, der wird finden, daß es dieser Stätte eigentlich zu keiner Jahres- oder Tageszeit ganz an Besuchern fehlt. Der kleine, versteckte Friedhof wird bei all' seiner Unscheinbarkeit und trotz des vernachlässigten Zustandes, in dem er sich seit Jahren befindet, verhältnißmäßig mehr beachtet und aufgesucht, als manches prunkende Denkmal, das mitten in den fluthenden Straßenverkehr hineingestellt wurde. Da ist ja auch für gewisse Leute Grund genug, die Schließung und Beseitigung des Friedhofes zu fordern.

Eine eigenartige „Harmonie"! Zu dieser Notiz der Freitags-Nummer äußert sich jetzt, unserem Wunsche entsprechend, der Vorstand des Hilfsvereins für weibliche Angestellte" in folgender „Berichtigung":

Der von Ihrem geschätzten Blatte unter der Ueberschrift: „Eine eigenartige Harmonie" erstattete Bericht über eine Versammlung des Vereins „Jugendschutz" enthält eine dort gefallene Behauptung des Herrn Rechtsanwalt Bieber, welche über die Leitung des Hilfsvereins für weibliche Angestellte eine den Thatsachen widersprechende Ansicht zu verbreiten geeignet ist. Den Vorstand des Vereins haben niemals irgendwelche Rücksichten nach rechts oder nach links beeinflußt, das Interesse der Angestellten irgend einem anderen Interesse unterzuordnen. Soweit Klagen und Beschwerden zu seiner Kenntniß kommen, hat er dieselben stets nach ordnungsgemäßer Untersuchung einem der beiden Herren Rechtsanwälte, welche bereits seit Jahren ihren Beistand dem Verein zur Verfügung gestellt haben, zur weiteren gerichtlichen Verfolgung übergeben. Ein davon zu Ungunsten der Angestellten abweichendes Verfahren ist zu keiner Zeit und Gelegenheit eingeschlagen worden, und ist dafür auch nicht der Schatten eines Beweises zu erbringen. Ebenso ist es niemals vorgekommen, daß der Vorstand des Hilfsvereins, um selbst aus dem Spiele zu bleiben, den Verein „Jugendschutz" mit der Einreichung einer Denunziation beauftragt hat.

Gleichzeitig erklärt Fr. Cauer in einem der „Berichtigung" beigegebenen Begleitschreiben: „Niemals habe ich irgendwo eine Aeußerung gethan, die darauf schließen ließe, daß der Hilfsverein für weibliche Angestellte in der Vertretung der Interessen der Gehilfinnen sich durch irgend welche Rücksichten habe beeinflussen lassen; eine solche Aeußerung würde den Thatsachen nicht entsprochen haben."

Wenn Herrn Bieber's Behauptungen den Thatsachen nicht entsprechen, so fallen damit selbstverständlich auch die Schlußfolgerungen, die wir daran geknüpft hatten.

Geknebelte Kinder. Die Sünden, die die heutige Gesellschaft an den Kindern begeht, fallen dem Menschenfreund namentlich verletzend ins Auge, wenn er den Transport solcher Knaben beobachtet, die der Erziehungsanstalt überwiesen werden. Aus dem Vorortzug, der Mittags 1¾ Uhr in Lichtenberg ankommt, steigen an manchem Tage mehrere dieser unglücklichen Wesen aus, und zwar sieht man nicht selten, daß sie mit einem Knebel an der Hand befördert werden. Vorgestern wurden drei Knaben im Alter von vielleicht acht bis dreizehn Jahren in die Anstalt gebracht und zwar in Begleitung von fünf Anstaltspersonen. Einer der Beamten ging etwa dreißig Schritt voraus, dann kam ein anderer, der einen achtjährigen und einen zwölfjährigen Knaben führte. Dem ältesten Kinde war ein Knebel am Handgelenk befestigt. Hierauf folgte wieder ein

Beamter mit dem größten der Knaben, der gleichfalls gefesselt war, und hinterher gingen abermals zwei Angestellte. So ein Anblick wirkt empörend. Wie oft mag es vorkommen, daß die unmündigen Kinder an den Leiden, die über sie verhängt werden, keine oder doch nur geringe Schuld tragen, wie oft mag nur kindlicher Frevelmuth oder ein durch unsere herrlichen Gesellschaftszustände bedingter Mangel an Erziehung die Unglücklichen in die Zwangsanstalt geführt haben! Wie muß es auf das Ehrgefühl eines solchen Kindes wirken, wenn es geknebelt durch die Menschenmenge befördert wird: Hoffentlich entspricht die Erziehungsmethode in der Anstalt nicht der Transportmethode, sonst wehe den Kindern!

Ein Beitrag zum Kapitel „Terrorismus". Uns liegt folgendes Schreiben eines Hausverwalters an einen Miether vor:

Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 120 b, den 10. 12. 98.

Herrn L..... hier.

Falls Sie bis morgen Sonntag Nachmittag 8 Uhr die fällige Miethe per Dezember nicht bei mir gezahlt haben, werden Sie von mir sofort exmittirt. Aber die Miethe bis Ende Dezember sollen Sie trotzdem zahlen. Außerdem werde ich Ihren Namen den sämmtlichen Grundbesitzer-Vereinen mittheilen und Ihre Eintragung in die betreffenden Listen der nicht zu empfehlenden Miether eintragen.

Hochachtend
M. Stammler.

Wie viele Monate Gefängniß würde es wegen Erpressung setzen, wenn Arbeiter ihrem Unternehmer in einer Streikangelegenheit einen ähnlichen Drohbrief zugesandt hätten?

Bemerkt sei noch, daß der Besitzer des betreffenden Hauses ein Superintendent Röhricht in Frankfurt a. O. ist.

Städtische höhere Webeschule. Die Tagesabtheilung beginnt ihre neue Unterrichtskurse für Weberei, Musterzeichnen, Wirkerei, Posamentirerei, Stickerei und Färberei am Donnerstag, den 6. April d. J. — In der Abend- und Sonntagsabtheilung wird Unterricht ertheilt für Weber und Wirker, Musterzeichner, Posamentirer, Sticker und Färber. In dieser Abtheilung beginnen die neuen Kurse am Sonntag, den 9. April d. J. Nähere Auskunft ertheilt der Direktor der Schule, Herr Professor Gürtler, im Schulhause Markusstraße 49.

Ein Kampf auf Tod und Leben zwischen einem Sträfling und seinem Transporteur war die Veranlassung, daß auf der Berlin-Magdeburger Eisenbahn ein nach Berlin gehender Fernzug plötzlich zum Halten gebracht wurde. Der Transporteur hatte den Gefangenen, einen schon oft vorbestraften Schiffer Namens Fischer, in Stendal übernommen und ihn an das Brandenburger Zuchthaus zur Verbüßung einer fünfjährigen Zuchthausstrafe abzuliefern. Fischer, der in Anbetracht seiner Gefährlichkeit an beiden Händen Fesseln trug, bat in der Nähe von Genthin den Transporteur, er möge ihm doch eine Hand frei machen, da er ein Stück Brot verzehren wolle. In seiner Gutmüthigkeit willfahrte der Betreffende den Bitten, worauf der Gefangene anscheinend mit Heißhunger das Brot verzehrte. Plötzlich, als der Aufseher ihn einen Moment lang aus den Augen ließ, sprang er auf und machte den Versuch, die Thür zu öffnen, um aus dem Zuge zu springen. Ehe er sein Vorhaben ausführen konnte, hatte ihn der Wächter schon gepackt. Es entspann sich nun ein heftiger Kampf. Der Sträfling faßte den Transporteur, warf ihn zur Erde und würgte ihn. Nur mit Aufgebot aller Kräfte gelang es dem Transporteur, sich frei zu machen und die Nothbremse zu erfassen. Der Zug hielt sofort auf freiem Felde; der Sträfling wurde überwältigt und unter sicherer Bedeckung nach Brandenburg geschafft.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Die unter Zuziehung eines Aichmeisters stattfindenden technischen Revisionen der Maaße und Gewichte werden im laufenden Jahre mit dem 5. April beginnen. Die Gewerbetreibenden werden aufgefordert, ihre Maaße u. s. w., soweit deren fortdauernde Richtigkeit zweifelhaft erscheint, vorher aichamtlich prüfen zu lassen.

Beseitigung der Rauchbelästigung. In den Fabriken und anderen mit großen Kesselfeuerungen versehenen gewerblichen Anlagen beginnt man, sich auf das am 1. Oktober d. J. stattfindende Inkrafttreten der Polizei-Verordnung gegen die Rauchbelästigung einzurichten. Es werden bis zu diesem Zeitpunkt noch zahlreiche Erneuerungsanlagen geändert werden müssen, und viele in diesem Fach erfahrene Baumeister sind schon heute mit Aufträgen dieser Art überhäuft. Auch in mehreren städtischen Anlagen, so namentlich in einzelnen Kanalisationssammlern, werden diese Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Arbeiter-Sanitätskommission. Wir erhalten zu den in Nummer 22 des „Vorwärts" über die Zustände im Hause Weißenburgerstr. 47a von der Kommission veröffentlichten Mittheilungen folgende Zuschrift: Der fragliche Keller hat vor dem jetzigen Inhaber, der ihn etwa 7 Monate besitzt, zu Klagen über Pilzbildungen nie Veranlassung gegeben. Er galt im Gegentheil als der schönste des Hauses. Auch hat das Haus einen trockenen, vorzüglichen Baugrund. Bezüglich der Ratten habe ich im August und September v. J. nichts unversucht gelassen, um sie zu vertilgen, und im Interesse dieses Kellers allein 30 M. ausgegeben. Seit dem Herbst haben weder ich noch mein Verwalter Klagen über vorkommende Ratten gehört.

Die fragliche Wohnung liegt parterre und hat, wie alle solche Wohnungen, weniger gute Luft als höher gelegene. Das unter einem Fragezeichen darauf bezogene Klosett liegt auf dem Hof, also günstiger als die üblich gelegenen und ist polizeilich genehmigt. Dagegen werden in der Wohnung (wegen einer „Taubenbörse" des Inhabers) zahlreiche Tauben gehalten, deren Abgänge die Luft allerdings nicht verbessern dürften. H. Sakowsky, Eigenthümer des Hauses.

Aufsehen erregt, namentlich in den Kreisen der Holzindustriellen, die Verhaftung des Holzschneidereibesitzers Wilhelm Bürger vom Grünen Weg 119 und seines Werkführers Adumeit wegen Wechselfälschung. Geschädigt sind außer einer Bank mehrere Möbelhändler und Tischlermeister.

Das Olympia-Riesentheater, über welches schon lange Krisengerüchte in die Oeffentlichkeit drangen, ist nunmehr endgiltig verkracht. Sonntag Abend fand die letzte Vorstellung statt. Seit dem 1. Februar haben die engagirten Kräfte zum größten Theil keine Gage mehr erhalten, und eine große Anzahl anderer Gläubiger, Lieferanten 2c. sind durch den Zusammenbruch arg geschädigt. Das Effektstück „Mene Tekel" hatte nicht den von der Direktion erhofften Erfolg, auch das schließlich zur Unterstützung hinzugenommene Spezialitätenprogramm konnte das drohende Unheil nicht mehr aufhalten. Für gestern Nachmittag war dem „Berl. Tagebl." zufolge eine Versammlung der Mitglieder, Lieferanten 2c. einberufen, in der man versucht haben soll, ein Arrangement zu treffen.

Völlig aufgeklärt ist nun der Leichenfund, über den wir kürzlich berichteten. Es steht nun fest, daß das junge Mädchen, die 21jährige Tochter des Pferdebahnschaffners Galley, Selbstmord verübt hat. Man fand bei der Todten baares Geld im Betrage von 17 Mark, welches sie sich am Sonntag als noch zu forderndes Lohn hat geben lassen, ferner hatte sie in der Tasche einen Brief, welcher mit Frau von R.....m unterzeichnet war, und welchen die Polizei aus guten Gründen auch beschlagnahmt hat. Wie nachträglich bekannt wird, hatte die Galley mit einem Herrn der „besseren" Gesellschaft, der als „sehr hübsch und fein" geschildert wird, eine Bekanntschaft und jedenfalls auch öfters Zusammenkünfte gehabt. Um die Folgen dieses Verhältnisses nicht zu erleben, hat sich das unglückliche junge Mädchen ins Wasser gestürzt.

Feuerbericht. Neun Alarmirungen hatte die Feuerwehr am Sonntag zu verzeichnen, die jedoch sämmtlich nur kleinere Brände betrafen. Neue Friedrichstraße 37 waren Garnvorräthe in einer Spulerei in Brand gerathen, der auch den Fußboden einäscherte. Müllerstraße 106a ging in einer Bäckerei ein größerer Posten Brennholz in Flammen auf. Ein Küchenbrand rief die Wehr nach Annenstraße 14. Der verursachte Schaden war unbeträchtlich. Ein anderer Kellerbrand war Pankstr. 25 abzulöschen. Im Wesentlichen wurde hier nur Stroh und Papier eingeäschert. Ryckestr. 25 hatten Gardinen und Möbel Feuer gefangen, das aber noch im Entstehen beseitigt werden konnte. In drei Alarmirungsfällen lag blinder Lärm vor, von denen der eine Montag früh 2 Uhr nach Louisen-Ufer 50 auf Mißbrauch des öffentlichen Feuermelders zurückzuführen war.

Auf der Unfallstelle, wo sich Freitag der Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Rixdorfer Linie und einem Feuerwehrwagen ereignete, ist, wie uns das Kuratorium mittheilt, der Wagen der Unfallstation bereits nach einer Viertelstunde eingetroffen.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Heute, Dienstag, Abends 8½ Uhr, findet bei Wehe, Pichelsdorferstr. 89, die Mitgliederversammlung des „sozialdemokratischen Arbeitervereins" statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Das herrliche Frühlingswetter hatte am Sonntag viele Tausende ins Freie gelockt. Vor allem ließen die Schaaren der Radler und Radlerinnen kaum dem Gedanken Raum, daß es nach dem Kalender noch Winterszeit sei. Weiter als bis Hundekehle kamen diese Ausflügler allerdings nicht. Von dort ab versperrten heillose Schmutzmassen den Fahrweg der Grunewald-Chaussee, deren Zustand von Jahr zu Jahr entsetzlicher wird. Was hat der Staat eigentlich gegen die Radfahrer, daß er ihnen das Leben auf jede Weise sauer macht?

Der Amtsvorsteher v. Oppen in Adlershof ist am Sonntag zu seinem 25jährigen Jubiläum durch Fackelzug und ähnliche billige Dinge gefeiert worden, die nach den Prinzipien des Angefackelten eigentlich einen groben Unfugsprozeß für die Theilnehmer zur Folge haben müßten, da sie bei der großen sozialdemokratischen Mehrheit der Bevölkerung — immer nach den Grundsätzen des Herrn v. Oppen — doch Anstoß erregen und mithin eine Uebertretung des berühmten § 360 in sich schließen. Doch wollen wir nicht boshaft sein und dem Jubilar wünschen, daß ihn die Anhochereien über seine Mißerfolge im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und besonders über die Niederlagen, die er in diesem Kampfe an Gerichtsstelle erlitten, wenigstens für einen Augenblick hinweggetröstet haben mögen.

Zu einer Schlägerei zwischen Militär und Zivil kam es in der Nacht zum Montag, um 1 Uhr, am Spandauerberg zu Charlottenburg, nahe am Bahnhof Westend. Der Arbeiter Kammrath aus der Sophie-Charlottenstr. 22, der mit seiner Braut des Weges kam, begegnete zwei Unteroffizieren und einem Gefreiten aus Spandau. Infolge von Rempeleien gerieth man aneinander; es kamen noch andere Personen hinzu, und bald war eine allgemeine Rauferei im Gange. Die Soldaten gebrauchten Säbel, die Zivilisten ihre Stöcke. Schließlich suchten sich die Soldaten in einer Droschke zu entfernen, das Pferd wurde aber angehalten. Nun sprangen die Soldaten auf der anderen Seite des Wagens wieder heraus und rannten nach dem Bahnhof, wo ein Grenadier vom Regiment Elisabeth die Verfolger zurückhielt. Da aber kein Zug mehr ging, mußten die Soldaten bleiben und wurden später von einem Offizier mitgenommen. Auf beiden Seiten waren wuchtige Hiebe gefallen; die Unteroffiziere bluteten und auch die Zivilisten trugen Zeichen des Kampfes davon. Einer der letzteren wurde von einem Schutzmann festgestellt.

Zur Einführung des Neun-Uhr-Ladenschlusses ist in Steglitz von der Kommission, welche vor einiger Zeit von einer Anzahl Geschäftsleuten mit den Arbeiten dafür betraut worden ist, ein Aufruf an alle Steglitzer Gewerbetreibenden und Geschäftsleute erlassen worden, in welchem dieselben gebeten werden, ihre Geschäfte einheitlich um 9 Uhr zu schließen, während das Publikum gebeten wird, seine Einkäufe stets vor 9 Uhr zu besorgen. Von den Geschäftsleuten haben 120 bereits schriftlich die bindende Erklärung abgegeben, vom 6. bis 28. ds. Mts., mit Ausnahme der Sonnabende, probeweise um 9 Uhr schließen zu wollen.

Großstädtisches aus Schöneberg. Die Eisenacher- und die Barbarossastraße, welche mit 19 resp. 18,80 Meter Breite projektirt waren, sollen auf 26 resp. 22,60 Meter verbreitert werden, und zwar so, daß die Verbreiterung von der Achse der Eisenacherstraße nach beiden Baufluchten 13 Meter, der Barbarossastraße 11,30 Meter beträgt. Die Entwässerung, sowie die Vorfluth dieser Straßen soll nach Hobrecht'schem System unterirdisch in den 1,40 Meter hohen Hauptkanal von Deutsch-Wilmersdorf und von dort weiter nach der Charlottenburger Pumpstation und den Rieselfeldern geführt werden. Zu gleicher Zeit will man von der besonders in Berlin üblichen einförmigen Straßeneintheilung abgehen und die Straßen in Schöneberg so verschieden als möglich anlegen. Berlin habe den Fehler begangen, die Straßen zu einheitlich zu machen. Von diesem neuen Bebauungsplan erhofft man für die neue Stadt große Erfolge und eine glänzende Zukunft.

In leichtfertiger Weise hat in Spandau ein Mann den Tod seines Kindes verschuldet. Der Schiffseigenthümer Geißler aus Charlottenburg liegt auf der Havel mit seinem Fahrzeug im Winterquartier. Sonnabend war er in Begleitung seines jüngsten, drei Jahre alten Knaben an Land gegangen und hielt sich geraume Zeit in einer unweit des Ufers in der Potsdamer Vorstadt von Spandau belegenen Schänke auf. Erst nach Mitternacht, als man ihn daran gemahnt hatte, daß er doch das Kind in die Kajüte bringen möchte, verließ er die Kneipe. Dicht am Ufer ist er nun in der Dunkelheit mit dem Kinde auf dem Arm zu Fall gekommen und über das Bollwerk in den Fluß gestürzt. Er selbst half sich bald wieder aufs Land und suchte dann von einem Boot aus nach dem Kinde, das, von der Strömung eine Strecke fortgeführt, auch noch gefunden wurde. Die von einem Arzt angestellten Wiederbelebungsversuche hatten zwar Erfolg. Sonntag Morgen ist das Kind aber doch gestorben. Gegen den Vater ist die gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Todtgefahren wurde durch den Schnellzug Warnemünde-Berlin Montag früh ¼6 Uhr bei Gransee der Landwirth Rudolf Müller von dort. Kopf und beide Hände wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte stand im Alter von etwa 18 Jahren.

Wegen Durchführung der Straßenbahn Alexanderplatz—Schöneberg bis Steglitz auf den Geleisen der westlichen Vorortbahn ist jetzt zwischen der letzteren Gemeinde und der Großen Berliner Straßenbahn der Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Weiterführung vom 1. April d. J. an erfolgen soll.

Das Bauunglück in Halensee

gestaltet sich zu einer um so furchtbareren Anklage gegen das heutige Bauwesen, je mehr seine Ursachen ans Tageslicht treten.

Seit Jahren haben die organisirten Arbeiter im Baufach die Regierungskreise auf die moderne „Baukunst" aufmerksam zu machen gesucht — vergeblich!

Man hatte oben ja vollauf mit dem Schutze der „Arbeitswilligen" und der Unternehmer zu thun — wer sollte sich namentlich im Zeichen des Zuchthauskurses eingehend um die Schäden im Baufach kümmern. Nunmehr hat der Tod einer Anzahl Arbeiter die Situation auf einige Zeit „geklärt", wie es ja wohl im Jargon der politischen Sprache heißt. Auch das Publikum ist gewahr geworden, welchen Gefahren es ausgesetzt ist, wenn es in den modernen Schwindelbauten zu wohnen hat, und man wird sich nun gewiß auf einige Tage in Untersuchungen und Erhebungen abmühen.

Wird etwas dabei herauskommen? Man sollte es eigentlich denken.

Wie man uns von bautechnischer Seite mittheilt, ist der Bau in der Ringbahnstraße 121 gewissermaßen typisch in seiner Art. Außen wichtig, innen nichtig. Einiger oberflächlicher Putz an der Front, und im Gefüge Sand — nichts als Sand.

Das Verbindungsmaterial bestand aus selbstgemachtem Weißkalk, der mit dem Sand, wie er auf der Baustelle ausgehoben wurde, gemischt war. Solchem Material fehlt die Bindekraft, es ist schlaff und weich und trocknet selbst, nachdem es monatelang verarbeitet worden, nicht völlig. Proben, die am Sonntag Vormittag aus dem Gefüge genommen waren hatten sich leicht von den Steinen gelöst und zerrieben sich zwischen den Fingern wie Mehl. Gewissenhafte Baumeister lassen den selbstausgehobenen Sand zur Hälfte mit scharfem Maurersand mischen. Erst dann ist die nöthige Bindekraft hergestellt.

Nun kommt noch hinzu, daß bei der Akkordarbeit, wo es gilt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Steine zu vermaurern, auf die schwierige und zeitraubende Arbeit der Kalkbereitung selten die nöthige Aufmerksamkeit verwendet wird. An dem Unglücksbau ist ferner die Bauregel des „Verbandmauerns" völlig außer Acht gelassen worden, durch die die Last des Gebäudes erst auf alle Steine gleichmäßig vertheilt wird. An dem Punkte, wo sich die Wand der Hinterfront mit der Wand des Treppenhauses trifft, hatte sich das Treppenhaus glatt abgelöst und war vom Dach bis zum Keller in sich zusammengestürzt. Kein Wunder, wo die Verankerung fehlte und die Akkordarbeit die nothwendige Sorgfalt gänzlich außer Acht ließ.

Nach den Regeln der Baukunst soll jede Etage verankert werden, an diesem Bau war kein einziger Anker vorhanden — Eisen kostet Geld!

Nun ist es freilich verwunderlich, daß der Baukommission das Fehlen der Anker völlig entging. Lauter geprüfte Baumeister, Maurer- und Zimmermeister sind bei der Rohbau-Abnahme zugegen, sehen sich die Sache gewissenhaft an — und merken nichts!

Das so etwas möglich ist, erklärt sich aus der völlig ungenügenden Beaufsichtigung. Wann hätte ein Maurer je einen Beamten außer bei der Abnahme auf dem Bau gesehen? Zur Zeit der Rohbau-Abnahme aber giebt es ein nothdürftiges Scheuerfest, man bessert defekte Bögen an Fenstern und Thüren aus, „vertuscht" die Risse in den Wänden, und dann sieht die größte Pfuscherei, bei deren Herstellung die Arbeiter ständig zwischen Leben und Tod geschwebt haben, beinahe nobel aus!

Die Parole muß sein, daß auch während der Ausführung des Baues behördliche Kontrolle zur Stelle sei. Das bischen Besichtigung bei der Abnahme ist für die Katz.

Und da kommen wir auf einen Punkt, der wieder für unsere sozialpolitischen Zustände bezeichnend ist. Von gewissenhaften Arbeitern, und solche giebt es selbstverständlich fast nur unter denen, die sich klassenbewußt organisirt haben — von gewissenhaften Arbeitern werden in gar zu argen Fällen Anzeigen bei der Polizei erstattet. Erfährt der Unternehmer davon, so erfolgt die Maßregelung auf dem Fuße, die Polizeibehörde aber verhält sich solchen Anzeigen gegenüber in demselben Grade mißtrauisch, wie sie den auf den Zuchthauskurs hinauslaufenden Denunziationen der Unternehmer mit geneigtem Ohr entgegen kommt.

Und dann tritt natürlich das alte Leiden ein, daß die Bauinspektoren rein aus Zeitmangel ihre Aufgabe nicht entfernt erfüllen können. Ist es doch in einem bestimmten Falle vorgekommen, daß ein Polizeiwachtmeister bei der Nachfrage eines Arbeiters erklärte, er wisse wohl, daß auf dem in Betracht kommenden Bau Ungehörigkeiten passiren, er hätte auch mehrere Male bei der Bau-Inspektion Anzeige erstattet, doch hätte man dort noch immer keine Zeit gefunden, durchgreifende Abhilfe zu schaffen!

Seit Langem wird von den Ausgebeuteten ein Bauarbeiterschutz von Reichs wegen gefordert.

Wird die Regierung, die mit so regem Eifer für das Zuchthausgesetz Material sammelt, jetzt ans Werk gehen, Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wenigstens ganz nothdürftig zu sichern?

Gerichts-Zeitung.

Die Mutter der Bertha Rother. Wegen schwerer Kuppelei stand gestern die verwittwe Frau Auguste Rother geb. Janke vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte, eine alte, kränkliche und geistig nicht mehr rege Frau, ist die Mutter der Bertha Rother, die als „Märchen"-Modell des Professors Gräfe bekannt geworden ist. Die Angeklagte ist durch eine Strafanzeige ihres eigenen Schwiegersohnes beschuldigt worden, geduldet zu haben, daß nicht nur die Frau des Anzeigenden — ihre Tochter Anna —, sondern auch ihre Tochter Bertha ihre Wohnung zu unsittlichen Zwecken benutzt habe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Wie sich aus der Urtheilsverkündigung ergab, hat der Gerichtshof durch die Beweisaufnahme für erwiesen erachtet, daß die Beschuldigung nur bezüglich der Tochter Anna, nicht aber bezüglich der Bertha zutrifft und die Angeklagte sich in den Jahren 1892—1894 des ihr zur Last gelegten Verbrechens schuldig gemacht hat. Die Vertheidiger R.-A. Dr. Werthauer und Mosse hatten geltend gemacht, daß die in dürftigen Verhältnissen lebende Angeklagte, für welche ihre Tochter die Miethe bezahlte, vollständig unter der Direktive derselben stand, keinen eigenen Willen besaß und geistig nicht frei sei. Der Gerichtshof konnte nur zugeben, daß die freie Willensbestimmung der Angeklagten allerdings herabgemindert, aber nicht gänzlich ausgeschlossen sei und das genügte, um das arme Weib ins Zuchthaus zu bringen. Die Angeklagte wurde zu 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt, 8 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Für den Ziethenfonds habe ich von „Freie Sänger" 3 M. und durch Herrn J. Matiske, Breslau, 4,15 M. erhalten, wofür ich hiermit dankend quittire.

13. Februar 1899. W. Liebknecht.

Vermischtes.

In Frankfurt a. O. wurde Sonntag Nachmittag der in der Krossenerstraße wohnhafte Maurer Krebs von dem Bereiter Leidecke im Streite erstochen. Der Thäter ist verhaftet.

Bei dem Eisenbahnzusammenstoß in St. Quentin am Sonnabend sind über 30 Personen verwundet worden. Schwer verletzt ist nur ein Infanteriehauptmann aus Valenciennes, dem ein Bein abgenommen wurde. Unter den Verwundeten befinden sich Otto Feibler, Spitzenfabrikant aus Plauen, Frau Horn-Barmen, Fräulein Tallenkamp-Bornheim, ferner Ruprecht und Hirschfeld aus Paris, Roeveken aus Breslau.

Witterungsübersicht vom 13. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	749	SW	5	wolkig	5	Haparanda	749	NO	2	Schnee	−11
Hamburg	750	WSW	4	wolkig	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	752	W	4	hlb. bed.	6	Cork	732	SSW	6	wolkig	9
Wiesbaden	756	SW	2	bedeckt	7	Aberdeen	739	SSO	2	bedeckt	5
München	761	SW	7	bedeckt	8	Paris	755	SSW	5	wolkig	8
Wien	761	W	2	hlb. bed.	5						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 14. Februar 1899.

Warm und zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der Krach in der englischen Staatskirche.

London, 8. Februar.

Seit längerer Zeit hat England wieder einmal eine religiöse, oder vielmehr kirchliche „Frage". Es kracht in der englischen Staatskirche, und in der Presse und in Versammlungen tobt ein erbitterter Streit zwischen „Romanisten" und Protestanten, Episkopaliern und Erastianern, welch' beiden Letzteren wieder die Freikirchler als gemeinsame Gegner gegenüberstehen.

Zum Verständniß dieser Gegensätze kurz das Folgende:

Die englische Staatskirche, oder die vom Staat etablirte „Kirche von England" ist das Produkt einer ganzen Reihe von Kompromissen. Durch und seit Heinrich VIII. eine Kirche, deren Oberhaupt das jeweilige Staatsoberhaupt ist, untersteht sie doch einer von Bischöfen oder deren Rath ausgeübten hierarchischen Leitung. Ihr Glaubensbekenntniß ist streng trinitarisch-protestantisch, aber die Vorschriften über die Ausübung ihres Gottesdienstes lassen den größten Theil der Riten der römisch-katholischen Kirche zu, und ihre Kampfhähne nehmen für sie das Recht in Anspruch, sich als direkten Abkömmling der von Christus und den Aposteln eingesetzten Kirche zu bezeichnen. Die Weihe, welche die Geistlichkeit heute bei der Einsetzung empfangen, kommt danach in regelrechter Folge, die durch die Reformation keineswegs unterbrochen worden sei, von den ursprünglichen Stiftern der Kirche durch sie herab. Diejenigen, die diese Vorstellung besonders pflegen, gehen in der Praxis des kirchlichen Ritus so weit als nur möglich auf die Gebräuche der römischen Kirche zurück. Sie bilden den äußersten Flügel der hochkirchlichen Richtung und werden von ihren Widersachern als „Romanisten", als mehr oder weniger bewußte Helfershelfer der römisch-katholischen Propaganda attackirt. Ihre extremste Gegenpartei innerhalb der Staatskirche sind die evangelischen Protestanten der „niedrigen Kirche" (low church), die in Denkweise und Praxis sich wenig von den pietistischen Sektirern unterscheiden. Die Anhänger eines aufgeklärten Kirchenthums nach Art der deutschen Protestantenvereinler nennen sich die Partei der weitherzigen Kirche (broad church). Hinsichtlich der Stellung der Kirche zum Staat giebt es die Partei der Unterordnung der Kirche unter den Staat, die in England Erastianer genannt werden, und die Vertreter einer dem Staat untergeordneten nationalen Kirche, hinsichtlich der inneren Verwaltung der Kirche die Anhänger der bischöflichen Zentralisation — Episkopalier — und die Parteigänger einer weitgehenden Dezentralisation mit starker Vertretung des Laienelements. Schließlich giebt es auch im Schooße der Staatskirche selbst Anhänger der völligen Trennung der Kirche vom Staat, welche Forderung aber bei ihnen den Sinn hat, daß der Kirche bei der Trennung ihr historisches Eigenthum, bezw. dessen Werth ausgeliefert werden soll.

Wie sich all' diese Parteien geschichtlich entwickelt haben und die verschiedenen Strömungen sich bezüglich der einen oder anderen Gruppe von Fragen kreuzen, kann hier unerörtert bleiben.

Daß die ritualistischen Hochkirchler seit Jahren in fortgesetztem Vorrücken begriffen sind, wurde schon früher berichtet. Innerhalb der Staatskirche bilden sie heute die stärkste Richtung. Mit wenigen Ausnahmen sind die Bischöfe auf ihrer Seite. Desgleichen die meisten sozialistischen Geistlichen der Staatskirche. Der bekannte radikale christliche Sozialist Stewart Headlem, ist entschiedener Ritualist. Lange Jahre ist er als solcher sogar verfolgt, ihm das Predigeramt entzogen worden. Aber der jetzige Bischof von London, Dr. Temple, hat es ihm zurückgegeben. Ein anderer bekannter sozialistischer Ritualist ist der Geistliche Percy Dearmer, der jüngst auf einer Gedächtnißfeier für den „Märtyrerkönig" Karl I. amtirte und auch sonst in letzter Zeit viel genannt wurde. Daß Karl I. ein aufrichtiger Freund der Armen und ein Opfer der Klassenjustiz von Bourgeoispolitikern war, ist eine bei englischen Sozialisten stark verbreitete Anschauung. Bezeichnenderweise wurde umgekehrt in einer kürzlich in der mächtigen Albert Hall abgehaltenen großen Protestversammlung gegen das Ritualistenthum, an der sich auch viele pietistische Sektirer betheiligten, der Geist Cromwell's angerufen, die „Römlinge" in der Staatskirche zu Paaren zu treiben.

Es wäre aber sehr falsch, wegen der Sozialisten hier und der Pietisten dort die streitenden Parteien politisch und sozial charakterisiren zu wollen. Im Ganzen ist die ritualistische Bewegung als kirchliche Romantik zu bezeichnen, in der sich ein berechtigter Gegensatz gegen das nüchterne, engherzige Muckerthum mit Bestrebungen sehr reaktionären Charakters trifft. Wollen die Einen durch Wiedereinführung katholischer Riten und Symbole den Massen in einem reformirten Katholizismus eine die werkthätige Lebensfreude fördernde Volksreligion bieten,*) so sind den Andern diese Riten und Symbole Mittel der Stärkung des Klerikalismus. Der hochkirchliche Gottesdienst ist sicher weniger triste als der rein protestantische, aber er sorgt für die Sinne auf Kosten des Gedankens, Liturgie und die äußerlichen Zeremonien beeinträchtigen die Reflektion. Die hochkirchliche Bewegung hat die Macht der Staatskirche im Ganzen sehr gestärkt, aber vorwiegend im konservativen Interesse. Die jetzige Gegenbewegung zur Wiederherherstellung des protestantischen Charakters der Staatskirche dagegen wird, wenn auch nicht ausschließlich, so zu drei Vierteln, von Liberalen geführt, und Sir William Harcourt ist ihr Hutten.

Der nunmehrige Erführer der liberalen Partei, der kampflustige Ritter aus dem Geschlecht der Plantagenat, hat sich mit großer Vehemenz auf die Kirchenfrage geworfen. In den Spalten der „Times" legt er seine Klinge aus und ruft er die Bischöfe zur Ordnung. Die Bischöfe haben ihre Macht vom Staate erhalten, um die niedere Geistlichkeit zu überwachen, daß sie sich innerhalb der Schranken der 39 Artikeln der Staatskirche halten. Thun sie das nicht, so müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die Geistlichkeit muß sich an die Uniformitätsakte anpassen oder aus der Staatskirche heraus.

Und dies war auch das Losungswort der großen Versammlung in Albert Hall. Das mächtige Gebäude war bis auf den letzten Platz gefüllt, und 8000 Gesuche um Zutritt hatten abgelehnt werden müssen. 744 Telegramme, die am Nachmittag einliefen, bezeugten das weitreichende Interesse an der Versammlung. Der Name des Primats der Staatskirche, des Erzbischofs von Canterbury, wurde mit Zischen aufgenommen, der Name des Mr. Kensit, der sich die Störung besonders ausgesprochen römischer Zeremonien in Staatskirchen zur Aufgabe gemacht hat, mit stürmischem Applaus. Resolutionen und eine Petition an die Königin, die gesetzliches Einschreiten gegen die „Gesetzbrecher" verlangen, einstimmig angenommen. Den Mitgliedern der Regierung ist diese Bewegung nichts weniger als angenehm. Sie können bei der Stärke der ritualistischen Bewegung gut gegen diese vorgehen, und sie können auch wieder die Gegenbewegung nicht ignoriren. Denn wenn in dieser das politisch-liberale Element überwiegt, so zählt sie doch auch viele Konservative in ihren Reihen. Das ganze evangelische Protestantenthum bäumt sich gegen das Vordringen des „Romanismus" auf, zumal es nicht völlig aus der Luft gegriffen ist, daß der Ritualismus der römisch-katholischen Kirche in die Hände arbeitet. So sucht die Regierung zu dämpfen und zu beruhigen, aber ohne großen Erfolg, denn die Ritualisten zeigen keinerlei Neigung, von ihrer Praxis abzuweichen, und die Mehrheit der Bischöfe wenig Lust, gegen andere als ganz grobe Uebergriffe einzuschreiten. Die liberalen Parteiführer ihrerseits zeigen auch wenig Lust, sich die Finger zu verbrennen, da eine Minderheit von Liberalen es mit den Ritualisten hält, und der Erastianismus, die Doktrin von der Unterordnung des Kultus unter den Staat, gar nicht liberal ist. Harcourt folgt in diesem Punkt den Traditionen Disraeli-Beaconsfield's, der 1874 durch sein Gesetz über den öffentlichen Gottesdienst dem damals viel schwächeren Ritualismus den Garaus zu machen suchte — wie man sieht, mit nichts weniger als dem gewünschten Erfolg. Die radikale Lösung wäre natürlich die Tremung von Kirche und Staat die Entstaatlichung der Staatskirche, und viele Liberale treten auch dafür ein — im Prinzip. Aber in der Praxis heißt es: soweit sind wir noch nicht. Die Liberalen haben nicht einmal die Staatskirche in Wales entstaatlichen können, wo fünf Sechstel der Bevölkerung außerhalb derselben steht. Wie sollen sie es für England fertig bringen, wo die Masse dessen, was „zählt": Rang, Besitz, Stellung, und auch ein großer Theil der Arbeiterklasse zur Staatskirche steht? Die Dinge liegen da so verwickelt, die Interessen und Standpunkte kreuzen sich so mannigfach, daß nur Eines sicher ist: kein Vorschlag, der eine Lösung bedeutete, hat unter den obwaltenden Verhältnissen auch nur die geringste Aussicht auf eine Mehrheit. Und so bleibt die Frage eine — Frage, bis andere Ereignisse sie in den Hintergrund drängen.

*) Stewart Headlam z. B. ist Leiter des Bundes für Freundschaft zwischen Kirche und Theater und großer Vertheidiger des Ballets.

Versammlungen.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab, um einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Molkenbuhr über die neue Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz zu hören. Der Referent, besprach in eingehender Weise die Aenderungen in der Gesetzesvorlage und sprach sich im besonderen gegen das Prinzip aus, zu Gunsten der Agrarier die Industrie zu belasten. In der hierauf folgenden Diskussion bezeichnet Dr. Friedeberg es als einen Fortschritt, daß die Invalidenrente schon wenigstens nach 26wöchentlicher Erwerbsunfähigkeit bezahlt wird, und zwar besonders deshalb, weil die Versicherungsanstalten dadurch viel mehr veranlaßt werden, das der Invalidität vorbeugende Heilverfahren einzuleiten. Die Krankenkassen müssen andererseits ihre Mindestleistungen auf 26 Wochen ausdehnen und während des Heilverfahrens zum Unterhalt der Familie der Versicherten, insbesondere angesichts der oft sehr niedrigen Beträge, anstatt das halbe, das ganze Krankengeld auszuzahlen. Ferner sei eine Abänderung des § 12 des Invalidenversicherungs-Gesetzes besonders dahingehend nothwendig, daß die Versicherungsanstalten nicht nur befugt, sondern verpflichtet sind, das Heilverfahren in den in Betracht kommenden Fällen zu übernehmen. Gegen die Schaffung der geplanten Rentenstellen wendet sich in längeren Ausführungen und mit verschiedenen Gründen ein Arbeitervertreter von der württembergischen Versicherungsanstalt. Derselbe Redner spricht sich auf das Entschiedenste gegen die im Entwurf beabsichtigte Erweiterung der Befugnisse der Landes-Zentralbehörden aus, wodurch das ganze Selbstverwaltungsrecht ganz erheblich beschränkt wird. Günther hält gesetzliche Vorschriften für Krankheitsverhütungs-Maßregeln für durchaus nothwendig und spricht sich dafür aus, daß nicht die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, sondern eine besondere Arbeiterorganisation mit der Kontrolle betraut wird. Als einen großen Fehler und für die Arbeiter sehr nachtheilig bezeichnet Warnst es, daß die Beiträge nicht nach dem thatsächlichen Verdienst, sondern nach dem sogenannten ortsüblichen Tagelohn berechnet werden. Der Redner wendet sich auch dagegen, daß den Unternehmern eine längere Frist für die Beitragsleistung gewährt wird, zumal eine richtige Kontrolle nach längerer Zeit fast unmöglich ist und schon bisher eine große Anzahl Unternehmer sich der Versicherungspflicht entzogen hat. Im Weiteren befürwortet er, daß denjenigen, die innerhalb der Karrenzzeit erwerbsunfähig werden und keine Rente erhalten, wenigstens die eingezahlten Beiträge zurückerstattet werden. Nach Schluß dieser Diskussion wurden hierauf E. Simanowski und Bader als Vertreter des Vereins in die Zentralkommission gewählt.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen hielt am 29. Januar seine Generalversammlung ab. Die Quartalsabrechnung ergab eine Einnahme von 18,74 M. und eine Ausgabe von 3,07 M. Gelesene Zeitungen und Broschüren wurden 20 Kilogramm gesammelt. Die Sitzungen werden jeden Sonntag nach dem ersten im Monat, Vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstr. 35, abgehalten.

Die Zimmerer Berlins (Vertrauensmänner-Zentralisation hielten am 8. Februar in den Arminhallen eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher zum ersten Punkt der Vertrauensmann

Neue Galgenskizzen.

In der „Zeit" meldet sich ein Freund und Bewunderer Oskar Baumann's, um ihm zu bezeugen, daß seine Schilderungen über die afrikanischen Greuel von der Empörung diktirt seien. Die Ironie seines Artikels sei nicht verstanden worden. Da dieser Schauerzeuge Baumann's, Bernhard Heine, weitere Einzelheiten über koloniale Nichtswürdigkeiten erzählt, sei Einiges aus seinem Schreiben wiedergegeben:

Es ist eine wundervolle Heldenthat der reichsdeutschen Zeitungsschreiber, einen Abwesenden mit den gröbsten Verunglimpfungen, verächtlichen Unterstellungen und hämischen Verleumdungen zu überschütten, einen Mann, der durch seine Tüchtigkeit überall bekannt und oft erprobt worden ist, von seinen Freunden hochgeschätzt, von den Weißen geachtet, von den Negern bewundert wird, der sich große Verdienste um die deutsch-ostafrikanische Kolonie erworben hat und mit Undank belohnt worden ist. Und dies alles warum? Weil diese trefflichen Volksaufklärer nicht so viel Witz besitzen wie die Neger in Sansibar. Als wir, Dr. Baumann und ich, nach der Hängerei in Kilwa, von der Baumann erzählt, eines Tages, wie häufig im Negerviertel von Sansibar, spazieren gingen, begegneten uns einige schwarze Freunde Baumann's und fragten ihn, nach den üblichen Begrüßungen, wo er herkäme, sie hätten ihn so lange nicht gesehen. „Aus Kilwa." „Wie geht's in Kilwa; was machen die Leute?" **„Es geht gut; die Leute werden gehenkt."** Ein kurzes Auflachen von Allen war die Antwort, und schweigend sahen sie ihn Alle mit leuchtenden Augen an. Er hatte verstanden, mit einem Worte die Ereignisse und die Stimmung an der Küste zu schildern, und sie hatten verstanden, was die Beschimpfer Baumann's zu wenig Witz haben, zu verstehen, die Kraft der Ironie, kraft deren ihr Meister sich die Freiheit nahm, das Scheußliche gefällig auszudrücken, damit dessen Scheußlichkeit recht augenfällig werde....

Mit welch' ingrimmiger, aber treffender Ironie geißelt nun Baumann die verschiedenen Erscheinungen, zuerst das Hängen in Oesterreich, dann die Segnungen der portugiesischen Mission, ferner die Rohheit der Gesinnung, mit der man die Strafe des Erschießens für die Muselmänner, um sie noch härter zu treffen, abschaffte, weil sie ihrem Aberglauben ehrenvoller dünkt als das Hängen.

Irgend ein für „Recht und Wahrheit" streitendes Blättchen endigte seinen Leitartikel über Baumann mit dem nachdrucksvollen Ausruf: „Und das war der Hauptzeuge im Prozeß Peters!" Wie unsinnig ist dieser Ausruf! Denn, wenn Baumann wirklich der wäre, für den man ihn jetzt zu halten beliebt, müßte dann nicht seine Glaubwürdigkeit als eines Mitschuldigen, als eines gleichwerthigen Verbrechers, um so höher steigen, da er doch fürchten mußte, sich selbst mit zu bezichtigen oder von dem Verrathenen wieder angeschuldigt zu werden? Ich habe amtlich, als Gerichtsschreiber, ihn sein Zeugniß geben, aber auch sonst häufig darüber sprechen hören, da ja Peters' Heldenthaten ein offenes Geheimniß an der ganzen ostafrikanischen Küste waren. Ueber das Amtliche schweigend, theile ich nur seine privaten Aeußerungen mit, wie er in Zorn gerieth über gewisse saubere Berliner, Peters' offene Freunde und versteckte Feinde, die längst von allen seinen Thaten Bescheid wußten, aber den ihnen günstigen Augenblick herauszusuchen verstanden, gegen Peters vorzugehen, wie er ferner, ohne sein Zeugniß zu schminken, die für Peters günstigen Umstände heraussuchte, insbesondere dessen Prahlsucht, die ihn verleitete, sich selbst Schändliches anzudichten, nur um von sich reden zu machen, kurz, wie er wahrhaft menschlich alles zum Besten kehrte, ohne die Wahrheit zu verkehren.

Um nun zu den Behauptungen Baumann's über ostafrikanische Sitten überzugehen, so muß ich leider sagen, daß es nur, zwar bedauerliche, aber **unstreitige Thatsachen** sind, die er berichtet. An alledem trägt die Hauptschuld meines Erachtens die unsinnige Ueberhebung, die viele Europäer in den Tropen zu befallen pflegt, der Tropenkoller und die daraus entspringende empörende Meinung über die Schwarzen. Zwar ist die Zahl derer, die sich in das Leben der Neger vertiefen, um sie verstehen zu lernen, und die dahin gekommen sind, auch sie für Menschen zu halten und als solche zu behandeln, unter Gelehrten, Beamten, Offizieren und Kaufleuten nicht gering in Ostafrika, aber wie überall, so verdirbt ein Ungerechter mehr, als zehn Gerechte bessern können. Wie oft, sowohl bei Deutschen als bei Arabern, bin ich der **Ansicht** begegnet, daß der **Neger ein Vieh** sei, bei den Arabern als einer ruhigen langüberlieferten Meinung, die man nicht angreifen könne, bei den Deutschen aber als einer mit Ingrimm geäußerten Behauptung, die mit Naserümpfen und verächtlich verzogenem Munde vorgebracht wurde. Mit welcher ekelhaften Freude äußerte ein weniger gebildeter als eingebildeter Hamburger Kaufmann seine **Befriedigung über die in der Sonne dörrenden und bleichenden Glieder der Schwarzen,** die vor Kilwa verwundet und von den entmenschten Sudanesenweibern wie die Hunde todtgeschlagen worden waren. Schwarzes Biest oder stinkendes Thier war eine häufige Lieblingsanrede dieses reinen Ariers an seine Diener. Dieser Hochmuth ist, wie ich glaube, nicht etwa deutschen Ursprungs, obwohl auch der gute Michel einen gehörigen Sack voll Dünkel nach Afrika gebracht hat, sondern geht von den Engländern aus, die ihn von Indien, dem klassischen Lande der Kasten, mit nach Sansibar, wo es Inder in Mengen giebt, eingeführt haben. So lange er sich nicht in Thaten offenbart, mag er hingehen, da er nur lächerlich wirkt. Schlimm wird er schon, wen er die Unterdrückung der Sklaverei zu hemmen sucht, aber geradezu schrecklich, wenn er henkt und prügelt.

Das **Henken** freilich war **als vornehme Leidenschaft** nicht jedes unteren Sterblichen Sache, allein **zu prügeln** oder vielmehr prügeln zu lassen **fühlte sich jeder** — der überhaupt so fühlte — **berechtigt.** Man fand diese Strafe so heimisch im Lande, daß man die Schwarzen ebenso daran gewöhnt glaubte, wie die Aale ans Lebendiggeschunden gewöhnt werden. Ein junger Kaufmann ließ sein schwarzes Liebchen verhauen, weil es ihn mit einer Krankheit beschenkt hatte, die ihre fernere Liebe stark zu beeinträchtigen drohte.

Da auf der Insel Sansibar die Gelegenheit, amtlich prügeln zu lassen, sehr ungünstig ist, so benutzte ein Deutscher eine Vergnügungsreise nach Dar-es-Salaam, um seinem Diener, einen nichtsnutzigen Burschen, dem er schon lange etwas zugedacht hatte, eine gute amtlich ausgetheilte Prügelsuppe verabreichen zu lassen, und lachte noch in der Erinnerung an das dumme Gesicht des Schwarzen, der sich solcher „Bewirthung fremder Gäste" nicht versehen hatte. Bis 1896 — ich weiß nicht, ob es seitdem anders geworden ist — war es ziemlich leicht, den Arm der Obrigkeit, verstärkt durch eine wohlgeschwungene Nilpferdpeitsche, auf die Nordseite eines Negers fallen zu lassen: Man schickte ihn einfach in die Boma, aufs Amt, mit einer Anweisung des Inhaltes: „Ueberbringer ist berechtigt, 25 (in Worten „fünfundzwanzig") sofort ausgezahlt zu empfangen." Da, wie man sieht, das Papier auf den Inhaber gestellt ist, so bildete sich natürlich sofort die köstliche Anekdote, ein schlauer Bursche, der schon öfter dergleichen Uriasbriefe bestellt und die Antwort in Keilschrift, mit Blut geschrieben, heimgebracht hatte, habe eines schönen Tages den Brief an einen begegnenden Freund weitergegeben mit der Bitte, ihn eiligst zu besorgen, das Trinkgeld solle er auch selbst behalten. Diese fünfundzwanzig, chamse na aschrin, sind geradezu sprichwörtlich am Indischen Meere. Wie die Tochter des Nilpferdes, um arabisch zu reden, also dazu diente, die Leute zu bestrafen und zu bessern, so ward sie auch — diese neue vortreffliche Seite gewann man ihr bald ab — dazu benützt, die Verstockten zur Wahrheit zu bringen, da sie eine so gute Folter wie die eiserne Jungfrau ist. Ich war zugegen, wie auf diese Weise ein Uhrendiebstahl richtig entdeckt wurde. Nichtsdestoweniger konnte ich in meinem europäischen Humanitätsdusel meine Verwunderung über diese etwas rückständige Rechtspflege nicht ganz unterdrücken, wurde aber sofort des Besseren dahin belehrt, der Kerl sei einmal schuldig; ob er seine Strafe vorher oder nachher kriege, sei ganz gleichgiltig. Ein anderer, irre ich nicht, ein Schiffer, der gepascht haben sollte, wurde so kräftig in Vorunterfuchung genommen, daß er binnen zwei Tagen in den verschiedenen Instanzen, **zweimal hundert,** ein Dutzend drüber oder drunter, **vollwuchtige Hiebe** erhielt; es war ein Wunder, wie er 's aushielt. Aehnliches leisteten sich auch die Engländer. Zwei schwarze Sklaven entflohen ihrem grausamen Herrn, einem Araber auf Pemba, auf einem Einbaum über die 40 bis 50 Kilometer breite Meerenge zwischen dieser Insel und dem Festlande und wurden unterwegs von einem englischen Kriegsschiffe aufgefischt. Nach der Brüsseler Akte, die England als Vertragsmacht mit unterzeichnet hat, waren sie freie Leute, sobald sie das Deck eines Kriegsschiffes betraten. Der englische Kapitän übergab sie dem englischen Vertreter in Mombasa und dieser sandte freie Menschen in die Sklaverei nach Pemba zurück. Der eine Sklave verschwand nach einem halben Jahre, so daß keine Spur von ihm übrig blieb, vom andern fand man nur **ein schreckliches Gerippe, das, mit Eisen an Händen und Füßen bis auf die Knochen, an einen Nelkenbaum gefesselt** war und bei Tag die glühende Sonne, des Nachts den schädlichen Thau ertrug. So war der Bericht der Neger über diesen Fall, deren Erzählungen vor den europäischen Zeitungen, so sehr sie ihnen auch in der Kunst der Uebertreibung und der Entstellung nachstehen, doch den Vorzug getreuer Wahrheit haben. Eine Sühne fand ja schließlich die That, indem die Engländer den Schurken von Araber, ich glaube zu acht Jahren Kerkers, verurtheilten.

Und wie behandelt Baumann die Neger? So, daß ihm auf einer Reise von vierzehn Tagen, die er durch Sansibar machte, mehr als zehn Sklaven zuliefen, die von ihm befreit sein wollten. Seine ausgezeichnete Fertigkeit im Suahelischen befähigt ihn, die Seele und den Verstand des Schwarzen klar aufzufassen. Deshalb scheut er sich nicht, zu erklären, wie ich öfter aus seinem Munde gehört habe, daß der gewöhnliche Neger an Fähigkeiten und geistiger Regsamkeit dem Europäer niederer Klasse ebenbürtig, wenn nicht überlegen sei. Er ist längst über den Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß hinaus, der überall, wo die so Gefärbten zusammenkommen, arge Mißstände hervorruft und zum Beispiel in Nordamerika ein grimmiger Hohn auf die Freiheit und Gleichheit der Republik ist. Seinen Ansichten entsprechend, behandelt Baumann die Neger zwar strenge, aber menschlich und angemessen.

Indessen, da er einmal durch die Zeitungen gerichtet ist, so würde ihn, so lange er lebt, der liebe Gott selbst nicht wieder zu Ehren bringen, wie umgekehrt in gewissen Kreisen Peters, obwohl seine Thaten offenbar sind und, was noch im Verborgenen lebt, auch nicht schön ist, selbst vom Teufel nicht um seinen Ruf als Volksheld gebracht würde. Das ist die öffentliche Meinung: einen Peters loben sie, einen Baumann verketzern sie. Ein wahres Wunder, daß Wißmann noch so hoch gehalten wird, obwohl er ein Ehrenmann ist.

Th. Fischer den Bericht für das Jahr 1898 gab. Redner berührt kurz die zu Anfang des Jahres gescheiterten Einigungsverhandlungen und die daraus entstandenen unliebsamen Zustände in den Versammlungen sowohl als auch auf den Arbeitsplätzen, die es dahin brachten, daß es den Unternehmern eher möglich war, den Lohn zu kürzen als zu erhöhen. Erst nach erfolgter Trennung trat die nöthige Sachlichkeit in der Beurtheilung der in Betracht kommenden Fragen wieder ein und dadurch besserten sich auch die Verhältnisse. Während im April 1518 Zimmerer bei Unternehmern arbeiteten, welche den Minimallohn, und 1579 bei solchen, die Klassenlohn zahlten, stieg die Zahl im Juli auf 2208 bezw. 1644, unter letzteren befand sich ebenfalls noch ein großer Prozentsatz, welche 60 Pf. erhielten. Dieser Zustand blieb auch bis zum Schlusse des Jahres derselbe. Im Ganzen kam es im Jahre 1898 bei 29 Firmen zu Differenzen, an welchen 370 Mitglieder der Vertrauensmänner-Zentralisation betheiligt waren, von diesen mußte bei 26 Firmen an 87 Mann für 744 Tage Unterstützung gezahlt werden. Die Gesammtsumme belief sich auf 1669,05 M. Die Sperren vertheilten sich über das ganze Jahr, die erste begann am 11. Januar, die letzte endete am 17. Dezember. Davon dauerte die kürzeste ¼ Tag, die längste 24 Tage. Sie entstanden bei 20 Firmen bei dem Versuch, den Stundenlohn von 60 Pf. einzuführen, bei 1 wegen zu schlechter Behandlung seitens des Poliers, bei 3 durch Maßregelung einzelner Kameraden, bei 2 wegen Lohnabzug, bei 1 wegen Verweigerung von Ueberstunden, bei 1 wegen zu späten Geldauszahlens und bei 1, weil mit Streikbrechern zusammen gearbeitet werden sollte. Die Bewilligung sämmtlicher Forderungen wurde bei 15 Arbeitsniederlegungen erreicht, bei 5 war der Erfolg ein theilweiser und 9 Arbeitsniederlegungen waren erfolglos. Unter letzteren verdient besonders die Aktiengesellschaft für Bauausführungen hervorgehoben zu werden, denn trotz der vielen Versuche, den Minimallohn einzuführen, scheiterten dieselben stets an der Willenskraft der dort beschäftigten Zimmerer; der dort herrschende Indifferentismus und die Unsolidarität spottet jeder Beschreibung. Sonntags- und Ueberstundenarbeit sind an der Tagesordnung, genau so verhält es sich mit den Zimmerern bei noch einer Anzahl anderer Firmen, deren Verhalten Redner kritisch beleuchtete. An Unterstützung für Verurtheilte und an Gerichtskosten mußten 877,48 M. gezahlt werden. Insgesammt wurden eingenommen inkl. eines am 20. Februar vorhandenen Bestandes von 6492,37 M. bis zum Schlusse des Jahres 15 747,77 M., ausgegeben 13 130,04 M., so daß ein Bestand von 2617,73 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 4700 M. an den Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend, welche beim Streik 1897 als Darlehn aufgenommen wurden, desgleichen an die Verbandszahlstelle Berlin 500 M., an andere Gewerkschaften 400 M. und laut Spruch eines durch die Berliner Gewerkschaftskommission eingesetzten Schiedsgerichts an die Verbandszahlstelle Berlin 593,35 M. Sammelkarten wurden ausgegeben 1778 Stück, darunter in der Zeit vom 1. Januar bis zum 20. Februar an Verbandsmitglieder 247 Stück; diese stellten sich aber nicht zur Kontrolle und betheiligten sich auch nicht an den Sammlungen. Die thatsächlich in Betracht kommende Zahl beträgt 1531 Mann. Von diesen erhielten den Schlußstempel bis zum 15. Januar 949 Mann, wochenweise bezahlten 284 Mann und 298 Mann legten ihre Karte zur Kontrolle nicht vor, jedoch ist die Abstempelung noch nicht beendet; durch die täglich noch einlaufenden Karten tritt noch eine wesentliche Veränderung in den angeführten Zahlen ein. Es ist hier gegen das Vorjahr ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Dasselbe ist bei der Feststellung der Arbeitslosigkeit der Fall, jedoch kann der Gedanke, im Zimmerergewerbe in Berlin einen vollständigen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit zu erhalten, vorläufig noch nicht ausgeführt werden, einmal weil die Kontrolle an zwei verschiedenen Stellen ausgeführt wird, und das andere Mal, weil theilweise Bequemlichkeit, zum großen Theil aber auch Nachlässigkeit der Kameraden selbst daran schuld ist. Nach den der Kommission vorgelegten Karten waren 313 Zimmerer nicht arbeitslos, 90 Mann waren 1062 Wochen krank und 620 Mann waren 4333 Wochen arbeitslos, was für dieselben einen Lohnausfall von 129 990 M. ausmacht, die Woche mit 30 M. Arbeitslohn gerechnet. Die kürzeste in Betracht kommende Arbeitslosigkeit war eine Woche, die längste 50 Wochen, die kürzeste Krankheit war zwei Wochen, die längste, von einem Berufsunfall herrührende 52 Wochen. Durch die im Frühjahr eingetretene Veränderung der Verhältnisse wurde auch die Agitation eine andere. Eine am 30. Oktober stattgefundene Konferenz der Vertrauensleute beschloß eine Veränderung des Sammelwesens und die Errichtung selbständiger örtlicher Fonds, sowie die Wahl einer Agitationskommission. Für das Jahr 1899 sind bisher an 10 Orten derartige Fonds eingerichtet und ca. 1600 Karten in Umlauf gesetzt. An der Diskussion über den Bericht betheiligten sich Obst, Hinz und Schüler, welche besonders die drakonischen Urtheile des Zuchthauskurses beleuchteten und zu ruhiger, selbstbewußter Agitation aufforderten.

Im zweiten Punkt gab der Kassirer Repschläger die spezialisirte Abrechnung vom 7. August bis 31. Dezember. Danach betrug die Einnahme 6825,78 M., der eine Ausgabe von 4208,05 M. gegenübersteht.

Den Angehörigen der im Löbtauer Prozeß zu Zuchthaus verurtheilten Bauarbeitern bewilligte die Versammlung 100 Mark. Hierauf wurde folgender von den Platzdeputirten berathener Antrag angenommen: Die Versammlung beschließt, den wöchentlichen Beitrag zum Agitations- und Unterstützungsfonds bis auf Weiteres auf 20 Pf. zu belassen, jedoch ist jeder Zimmerer verpflichtet, diesen Beitrag bestimmt zu leisten. Alle diejenigen unserer Berufsgenossen, welche infolge der ungünstigen Arbeitsverhältnisse gezwungen sind, sich anderweitig Beschäftigung zu suchen, aber bei uns organisirt bleiben, müssen entweder die Marken desjenigen Berufes kaufen, in welchem sie arbeiten, oder zum Agitations- und Unterstützungsfonds der Zimmerer Berlins steuern. Wer keine Marken kauft, erhält bei Streiks und Aussperrungen keine Unterstützung. Im Uebrigen gelten auch für die Berliner Zimmerer die auf der Konferenz der Vertrauensleute festgesetzten Bestimmungen.

Von der Neuwahl einer Lohnkommission wurde Abstand genommen, dafür als Vertrauensleute Dahms und Fischer und als Kassirer Repschläger wiedergewählt. Zu Revisoren wählte die Versammlung Diegnatz und Hoff. Der 4. Punkt der Tagesordnung wurde der vorgerückten Zeit wegen vertagt, dafür aber beschlossen, mindestens alle 6 Wochen eine Platz-Deputirten-Versammlung stattfinden zu lassen, deren erste sich noch einmal eingehend mit der Lohnfrage zu befassen hat.

Der Zentralverband der Zimmerer hatte im Laufe der vergangenen und in dieser Woche mehrere Bezirksversammlungen einberufen, die sich speziell mit der Frage zu befassen hatten: Welches Interesse haben die Zimmerer Berlins daran, mit den Arbeitgebern feste Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren? Kube als Referent führte folgendes aus: Betrachten wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren verschiedenen Epochen, so ersieht man, daß es uns zur Zeit einer günstigen Baukonjunktur möglich war, den Zeitverhältnissen entsprechende Bedingungen an die Unternehmer zu stellen, resp. mit Nachdruck zu fordern. Jedoch wurden dieselben sofort illusorisch gemacht, wenn eine weniger lebhafte Bauthätigkeit sich einstellte. Legten die Unternehmer, bisher war es die Innung, auch unter sich einen Tarif fest, so konnten sie selbst diesem nicht gegen die Ausbeutungsgier ihrer Kollegen für längere Dauer Geltung verschaffen. Durch Organisation und Streiks nur sind wir wiederum im Stande, unsere zeitentsprechenden Bedingungen zur Annahme zu bringen. Derartige unerträgliche Zustände können beseitigt werden, wenn zeitgemäße Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinsam festgelegt werden. Alle Redner sprachen im Sinne des Referenten. In den letzten Bezirksversammlungen konnte der Vorsitzende schon bekannt geben, daß der Arbeitgeberbund auf Anfrage hin sich geneigt zeigt, mit dem Verband in Verbindung zu treten. Zum Schluß wurde nicht vergessen, die Aussperrung der Buchdrucker durch Herrn Scherl ins gehörige Licht zu rücken. Das Andenken des verunglückten und verstorbenen Mitgliedes H. Kurz wurde in der üblichen Weise geehrt. Im Uebrigen verwies der Vorsitzende noch auf die am 17. Februar in den „Arminhallen" stattfindende Krankenkassen-Versammlung.

Die Maurer der zentralen Richtung hielten am 8. Februar im Louisenstädtischen Konzerthaus eine Mitglieder-Versammlung ab. Im 1. Punkt der Tagesordnung gab Fritsch den Geschäftsbericht. Er streifte in kurzen Umrissen die Lohnbewegung des vergangenen Jahres und berichtete sodann, daß die Zahlstelle II eine Gesammt-Mitgliederzahl von 3539 aufweist. Hierauf folgte die Abrechnung vom IV. Quartal 1898, die folgendes Resultat ergab: Einnahme inkl. Bestand vom III. Quartal (2082,21 M.) 11,603,61 M., Ausgabe 9356,81 M., bleibt ein Bestand von 2246,80 M. Die Abrechnung vom Vergnügungsfonds weist in Einnahme inklusive Bestand vom III. Quartal (6,08 M.) 375,53 M. und in Ausgabe 112,40 M. auf. Die Jahresabrechnung ist folgende: Einnahme inklusive Bestand vom Jahre 1897 (846,56 M.) 25 126,11 M., Ausgabe 22 879,31 M. Die Jahresabrechnung vom Vergnügungsfonds hat in Einnahme inkl. Bestand vom Jahre 1897 (25,98 M.) 684,03 M. und in Ausgabe 420,90 M. zu verzeichnen. Dem Kassirer wurden 100 M. für seine Mühewaltungen bewilligt und hierauf Fritz Rabe zum Delegirten für den Verbandstag und Frenzel und Helterhof zu Ersatzmännern gewählt. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Panser, erster, Schulz, zweiter Bevollmächtigter; Pfennig, zweiter Kassirer; Frädrich, Schriftführer; Braun, Baganz und Hohlke, Revisoren. — Am 7. Februar fand eine Versammlung im Lokale von Ewald, Schönleinstr. 6, statt, in der Wolf einen Vortrag hielt über Egoismus und Solidarität.

Eine öffentliche Versammlung der Bureau-Angestellten der Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Versicherungsanstalten 2c. fand am Donnerstag Abend im Englischen Garten, Alexanderstraße statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung der gut besuchten Versammlung sprach zunächst Reichstags-Abgeordneter Rosenow über die Lage der Bureau-Angestellten. Er wies darauf hin, wie die Schwindsucht unter den Angehörigen des Berufes ihre Opfer sich suche und die Bureau-Angestellten mit 70—90 pCt. an der Spitze der Berufe ständen, die der Proletarierkrankheit die meisten Opfer lieferten. Seit Anwendung der Schreibmaschinen beginne die Frauenarbeit ihre Folgen zu zeigen. Sinkende Löhne, Verschlechterung der allgemeinen Verhältnisse im Beruf seien diese Folgen, denen gegenüber man gleichen Lohn für gleiche Leistung fordern müsse. Eine 1896er Statistik über die Alters- und Gehaltsklassen der Mitglieder der Ortskrankenkasse für die genannten Betriebe zeige, daß die größte Zahl der in der genannten Kasse befindlichen Angestellten bei Anwälten und Gerichtsvollziehern sich in der dritten Klasse befänden, d. h. einen monatlichen Arbeitsverdienst nur bis zu 50 M. hätten, eine Thatsache, auf die auch bei der Debatte über das Reichsamt des Innern im Reichstage hingewiesen worden sei. Der Referent empfahl energisch die Verstärkung der Organisation. Die Anwesenden nahmen hierauf Stellung zu der vom Berliner Anwaltsverein geplanten Regelung der Arbeitszeit. Bauer brachte in längeren Ausführungen zur Darstellung, daß die vom Anwaltsverein geplante Arbeitszeit die Ueberarbeit nicht dauernd beseitigen werde, vielmehr der Achtstundentag anzustreben sei. Eine Resolution, die diesen Standpunkt begründete, fand einstimmige Annahme. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die lebhaften Klagen der Angestellten laut über Behandlung und Bezahlung in hiesigen Versicherungs-Gesellschaften. Die Besprechung dieser Angelegenheit soll in einer besonderen Versammlung stattfinden. Als Delegirter in das Gewerkschaftskartell wurde Danziger gewählt. Mit einem Schlußwort des Referenten erreichte die Versammlung ihr Ende.

In dem Versammlungsbericht der Dekateure, der in der Nr. 35 des „Vorwärts" enthalten ist, ist die Angabe aus der Versammlung wiedergegeben, daß bei der Firma Gottschalk u. Laske die organisirten Arbeiter entlassen werden sollen. Wie uns die Firma berichtet, besteht eine solche Absicht keineswegs, im Gegentheil ist in letzter Zeit erst ein organisirter Arbeiter eingestellt worden.

Charlottenburg. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung tagte hier am 9. Februar im Lokale Bismarckhöhe. Fräulein Dr. Luxemburg sprach in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der jetzige Kurs und die Sozialdemokratie". Rednerin schildert in zündenden Worten die Thätigkeit des verflossenen Reichstags, der eingeleitet wäre durch Bewilligung der Militärvorlage und endigte mit Annahme der Tirpitz'schen Flottenvorlage, sie weist auf die steigenden Ausgaben für Militär hin und kommt dann auf den neuen Reichstag zu sprechen, aus dessen Zusammensetzung nach der Stellung des Zentrums als Regierungspartei für die Arbeiterschaft nicht viel Gutes herauskommen kann. Des Weiteren erwähnte die Vortragende die drohende Zuchthausvorlage, welche bereits ihre Schatten vorauswirft, wie das Dresdener Urtheil gegen die Löbtauer Bauarbeiter beweise. In beredten Worten fordert sie dann die Arbeiter, ebenso die Frauen auf, zur Geltendmachung ihrer noch bestehenden Rechte sich zu organisiren und schließt ihre Ausführungen mit den Worten: Es giebt ein Volk, vor dem wir alle zittern, und eine Freiheit, für die wir alle sterben. Diskussion fand nicht statt und gelangte hierauf eine Protestresolution gegen das Dresdener Urtheil zur Annahme. Auf Antrag Koppen wurde der Ertrag der Tellersammlung den Angehörigen der Dresdener Verurtheilten überwiesen.

Reinickendorf. Hier sprach am 10. Februar Reichstags-Abgeordneter Liebknecht vor einer gut besuchten Versammlung über die wirthschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland. Redner behandelte eingehend die Lage der Landwirthschaft. In England sei der Bauernstand vollständig vernichtet, der Grund und Boden ist in den Händen von einigen Lords und die Bewirthschaftung geschieht durch Pächter, die sich in einer äußerst gedrückten wirthschaftlichen Stellung befinden. Auch bei uns habe der Bauernstand nicht mehr die freie unabhängige Stellung, er sei vielfach zu Sachverwaltern der Hypothekengläubiger herabgesunken. Uebergehend zur Industrie schildert Redner die Ausdehnung der Unternehmerorganisation und ihren Gegensatz zu den Gewerkschaften. Zum Schluß kritisirt der Vortragende die politischen Maßnahmen der reaktionären Parteien und schließt unter lebhaftem Beifall der Versammlung seinen interessanten Vortrag.

Rummelsburg. Ueber die Gewerkschaftsbewegung und ihre Gegner sprach Reichstagsabgeordneter Sachse am 6. Februar in einer von über 800 Personen besuchten Versammlung. Redner führte aus, daß augenblicklich gegen die Gewerkschaften ein scharfer Wind wehe, um die Arbeiter nach Stumm'scher Manier mundtodt zu machen. Den Arbeitswilligen größter Schutz, den Streikenden aber schwerste Strafe, sei die Loosung. Die Arbeiter müssen danach trachten, als gleichberechtigte Klasse anerkannt zu werden, damit gleiches Recht und gleicher Schutz für Alles, was Menschenantlitz trägt, vorhanden ist. Mit der eingehenden Ermahnung, sich zu organisiren, schloß der Referent seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Hierauf gaben verschiedene Gewerkschaftsleiter ihre Zahlstellen bekannt und ersuchten um regen Zuspruch. Die Zahlstelle der Metallarbeiter befindet sich bei Burgenger, Kanistr., der Holzarbeiter bei Beutling, Kant- und Goethestr.-Ecke, der Textilarbeiter bei Rosenkranz, Lessingstr. 10, der Maurer bei Schröder, Kant- und Mozartstr.-Ecke. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die Vorkommnisse im „Lokal-Anzeiger" schildert Schriftsetzer Meusel die Verhältnisse und Handlungsweise des Herrn Scherl. Nach längerer Debatte wurde die bekannte Berliner Resolution einstimmig angenommen. Zu Gunsten der Löbtauer Zuchthäusler fand eine Tellersammlung statt.

Nowawes-Neuendorf. Hier tagte am 8. Februar eine Bauarbeiter-Versammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Hoch die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Bauarbeiter-Schutzes darlegte. Die Versammlung wählte hierauf Krzeminiecki zum Delegirten für den Bauarbeiter-Kongreß.

Eine kombinirte Versammlung der Tapezirer findet am Mittwoch den 15. Februar in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20, statt. Es ist Pflicht der Kollegen, vollzählig zu erscheinen. Die Agitationskommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 14. Februar.

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Vergißmeinnicht. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Zeche. Unter blonden Bestien. — Ein Ehrenhandel. — Liebesträume. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Sohn der Frau. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Bürgermeisterwahl. Unter vier Augen. Anfang 8 Uhr.
Westen. Das Glöckchen des Eremiten. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Kean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Pariser Taugenichts. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Herz von Maryland. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Sünde. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Johann Bückler (Schinderhannes), der Räuberhauptmann am Rhein. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde". Opernkelephon.
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag 8 Uhr:
Die Bürgermeisterwahl.
Vorher: **Unter vier Augen.**
Mittwoch 8 Uhr:
Othello.
Donnerstag 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Dornenweg.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Zum 53. Male:
Der Brandstifter
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Okonkowsky. Musik von L. Fall. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Motto: Immer halb und halb Herr Prinzipal.
Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter.
Sonntag Nachmittag: Lorbeerbaum und Bettelstab.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute und folgende Tage:
Die kleinen Michu's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engelsjäger.
Tanzposem in 14 Bildern von H. Regel und J. Bayer.
Morgen und die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.
Donnerstag: Zum 50. Male: „Die kleinen Michu's" und „Die Engelsjäger".

Luisen-Theater
31. Reichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Kean oder Genie u. Leidenschaft
Lustspiel in 5 Akten nach dem Französischen des Alexander Dumas (Vater) von Ludwig Barnay.
Mittwoch: Othello, der Mohr von Venedig.
Donnerstag: Das Käthchen von Heilbronn.
Jeden Sonnabend Nachmittag: Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: „Die Kohle". (Experimentalchemie 6).
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferancy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturgeß. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: Die Fledermaus. — Horde Walde aus Hamburg a. Gast.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Schiddebold's Engel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von demselben. Kouplets von Alfred Bender.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia".
Die berühmten „lebenden Bilder".
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich:
Berliner im Hochland.
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Und das gesammte Personal.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.
Freitag, 17. d. M.: Familienabend
Die Lieder des Musikanten.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
C. Peters.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.

Heute Dienstag:
Gr. Fastnachts-Soirée und Ball
arrangirt vom
Tyll Eulenspiegel.
Anfang 9 Uhr. Entree 3 M.
Billets vorher 2 M.
Gesellschaftstoilette.
Mittwoch:
Guten Morgen Herr Fischer.

Passage-Panoptikum.

Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Nur noch kurze Zeit:
40 Krieger des Mahdi.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Unsere Jungen
oder:
Da kennen Sie Schliemann schlecht
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von H. Hirschel.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Jmbs' Festsäle
(Osthahn-Park)
71 Rüdersdorfer Straße 71,
am Küstriner Platz.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
Herren Gäme, Cahnbley, Zimmermann, Stangenberg, Grubow und Raake.
Nachher: [455b
Frei-Tanzkränzchen.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:

Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf

Achtung, Maler!

Dienstag, 14. Februar, Abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Der Bauarbeiter-Kongreß in diesem Jahre und die Stellung der Berliner Maler dazu und eventuelle Wahl der Delegirten. 3. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. 126/1

Der Vertrauensmann der Maler Berlins und Umgegend.

Karol Weil's Seifenextrakt
ist das beste Waschmittel der Welt.

Apollo-Theater.

Letzte Woche!
Elfter Abend:
Madame

Yvette Guilbert.

Ferner:
16 hervorragende Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10—1 Uhr u. beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.

Große Fastnachts-Feier
Extra-Vorstellung
des so erfolgreichen Spezialitäten-Personals.
Berlin amüsirt sich!
Nach der Vorstellung:
Großer Fastnachts-Tanz.
Preis-Fest-Polonaise.
Damen-Preise:
1 Echt 14 karat. goldene Uhr.
1 Elegantes Kaffee-Service.
2 prachtvolle Vasen.
Herren-Preise:
3 Fl. Champagner — 3 Fl. Rothwein.
Anf. 7½ Uhr. Entree Tanz 10½ Uhr inkl. 50 Pf.
Besucher der Vorstellung Frei-Tanz. Masken freien Zutritt.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Neu! Neu!
Frauen-Emanzipation
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Numerirt 75 Pf. bis 2 Mark.
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Quarg's Spezialitäten-Theater

im Grand Hôtel Alexanderplatz.

Täglich:
Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio
Frieda Schwarz, Louis Höhn, Duo Clemence, Lozère,
Willy Walde,
Lucia Waldmann, Prager.
Der Mann mit der Maske.
Neue Bilderserie des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu!
Markthalle VII
oder:
Ein Kostümfest.
Burleske von O. Victor-Roeder.
Neu! Großer Erfolg! Neu!
Carl Jörgensen,
der beste Mimiker der Jetztzeit.
Bismarck vom Jüngling bis zum Greise.
Neu! Vorher: Neu!
Ich werde den Major einladen.
Lustspiel von Labiche.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung mit stets wechselndem Programm.

Circus Busch

Dienstag, 14. Februar 1899:
═ Soirée équestre. ═
Zum 92. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.
Debut des weltberühmten
Polo en bicyclette.
Direktor Busch mit seinen Freiheitsdressuren: 12 Fuchshengste und 6 Schimmelhengste. Auftreten der vorzüglichen Klowns der Gesellschaft Daniels, Boganowsky, Cavallini, mit ihren drolligen neuen Späßen.
Morgen Mittwoch, den 15. Februar, Abends 7½ Uhr: **Persien.**

Stempel-Fabrik von
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt"
zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Zither und **Mandoline** lehrt nach musikalischen Grundsätzen
F. Hein, Manteuffelstr. 95 II. 8025

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91, Ecke Oranienstraße.

Masken-Garderobe
gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt Stenzel, Kottbuser Damm 8.

Die beste Cigarre
kaufen Sie bei 8019*
Binneböse, Schillingstr. 36.

D. Wurzel & Co.,
Wrangelstr. 17, Ecke Manteuffelstraße.
Wäsche ausschließl. eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung: Blau Cöper-Jacken M. 1,65, steigend je Größe um 10 Pf., blau Cöper-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blousen, Malerkittel und Monteurhemden.
D. Wurzel & Co.,
1849* Wrangelstr. 17.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren, Regulatoren, Operngläser spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Möbel auf Theilzahlung. J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend Nb. 7-8. Friedrichstraße 114, I. [829L*

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

PATENTE
erwirkt und verwerthet
F. W. Chrometzka
Patent-Bureau
Berlin S. 4. Chausseestr. 20.

Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 M., schmerzl. Zahnzieh. 1 M., Plomben 1 M. 2c. E. Fuhrmann, Dentist, Schwedterstr. 245a. Ecke Kastanien-Allee. 8289*

Für 3 Mark
Reste, sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Krausenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [228L*

Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 15. d. M., Abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

in Keller's Lokal, Koppenstraße Nr. 29.

215/3 Tages-Ordnung:
Die neuesten Dresdener Zuchthäusler und die reichstreuen Knüppelhelden.
Referent: Genosse Ad. Hoffmann. Der Vertrauensmann.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr:

Volksversammlung

im Kösliner Hof, Kösliner Straße Nr. 8.

Tagesordnung: Unsere Rechtszustände. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht.** 219/15
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute des 6. Kreises.

Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstr. 106:

Baudeputirten-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag über den Werth der inneren Einrichtung unserer Organisation. Referent: Genosse **Mauss.** 2. Diskussion über die am Sonnabend beginnenden Sammlungen zum Streikfonds, sowie über die weitere Verausgabung der Sammelkarten.

NB. Da in dieser Versammlung ein Flugblatt verausgabt wird, ersuchen wir die Kollegen eines jeden Baues, in derselben zu erscheinen. Die arbeitslosen Kollegen bitten wir, sich am Donnerstag oder Freitag in den bisherigen Stempelstellen in Besitz der Flugschrift zu setzen.
181/10 **Die Lohnkommission.** J. A.: **Karl Panser.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. Februar 1899, Abends 8½ Uhr, in Schulz' Salon (früher Martens), Friedrichstraße 236:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Th. Schwarz** (Lübeck) über die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 238/3
Gäste haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 16. Februar 1899, Abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. Der Kampf um Gerechtigkeit. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine.** 2. Diskussion. 213/1
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Holzarbeiter!

Am Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 Uhr in der Brauerei Friedrichshain:

Oeffentl. Versammlung der Holzarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Werthschätzung der menschlichen Arbeitskraft. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Karl Kloss-Stuttgart.** 2. Diskussion. 77/7
Der Vertrauensmann.

Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Heute, Dienstag, 14. Februar, Abends 8½ Uhr, im Marienbad, Badstr. 35—36:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter als Weißgerber, Lohgerber und Lederfärber und Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Lohnreduzirung in der Schubert'schen Weißgerberei. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. 103/2
Kollegen! Erscheint pünktlich und vollzählig in der Versammlung, um die uns angekündigte Lohnreduzirung auf das Entschiedenste zurückzuweisen.
Der Vertrauensmann.

Verein der Lithographen, Steindrucker

und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).

Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Friedeberg** über: „Berufskrankheiten." 3. Diskussion. 4. Der bevorstehende Gautag.

NB. Die Ausgabe der Billets zur Sternwarte in Treptow findet in dieser Versammlung statt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
6/5 **Die Verwaltung.**

Oeffentliche Versammlung

der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter

am Mittwoch, den 15. Februar 1899, Abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Vertrauensmannes. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Gewerkschaftsdelegirten. 3. Neuwahl des Vertrauensmannes und Gewerkschaftsdelegirten sowie dessen Stellvertreters. 4. Regelung der Streikunterstützung. 5. Gewerkschaftliches.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
82/3 **Der Vertrauensmann.**

Spandau.

Heute, Dienstag, Abends 8½ Uhr, bei Wehe, Pichelsdorferstr. 39:

Mitglieder-Versammlung

des

Sozialdemokratischen Arbeitervereins.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Kranken- und Begräbnißkasse für die im Berliner Gürtler- und Bronceurgewerbe beschäftigten Personen.
(E. H. Nr. 60.)
Mittwoch, den 22. Februar cr., Abends 8 Uhr, bei Möhring, Admiralstraße 18c:
Ordentliche
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1898.
2. Wahl des Vorstandes und der Ausschußmitglieder.
Zutritt haben nur großjährige Mitglieder. Quittungsbuch als Legitimation erforderlich. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, der wichtigen Tages-Ordnung wegen zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand. 797b
J. A.: O. Jaekel, Vorsitzender.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers **Emil Genthe,** sage ich hiermit meinen innigsten Dank. Die trauernde Wittwe **Minna Genthe** nebst Kindern. 790b

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, auch dem Gesang-Verein „Vineta" sage meinen besten Dank für die rege Theilnahme. 808b
Ww. Engelland.

Blumenhandlung
P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 7. Eing. Zossenerstr.
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 5788*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Ich warne hiermit Jeden, meiner Frau etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
8095 **Carl Blankenburg.**

Vereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein Weiß- u. Bairisch-Bierlokal nebst franz. Billard und Vereinszimmer für 40—50 Personen, auch geeignet für Zahlstellen.
G. Ladewig, Kommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstraße.

Großer Möbelverkauf
Schützenstr. 2, Ecke Friedrichstraße. Wegen Aufgabe meines Möbellager-Speichers sollen viele Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochelegante 400 bis 4000 Mark. Gekaufte Möbel können bis 5. April stehen, werden durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Auch gebe ich an sichere Leute auf Theilzahlung. *

Sofort verkäuflich.
Mein gut gehendes Haus- u. Küchengeräthe-, Lampen-, Glaswaaren-Geschäft, in guter Lage des Westens, unter günstigen Bedingungen Familienverhältnisse halber für halben Werth zu verkaufen. Monats-Kasse 700—800 M. Erforderlich 600 Mark. 7995
Breiter, Neue Winterfeldtstr. 43.

Grünkramgeschäft,
zehn Jahre bestehend, ist wegen Familienveränderung billig zu verkaufen Gräfestraße 72. 783b

Barbiergeschäft, gutgehendes, fortzugshalber verkäuflich Memelerstr. 23.

Fahrrad,
50 M., Pneumatic Nov., kompl., gut erh. Weigt, Stralauer Allee 20b, v. IV.

Maskenball-
Schuhe und Stiefel werden verliehen **Sorauerstr. 25.** [6419*

Fahrrad-Umbau.
Für 20 M. wird jedes Rad modern gemacht. A. Zimmer, Andreasstr. 70.

Fahrrad verkauft **Ahrend,** Grünauerstr. 35, Seitenflügel.

Helle Arbeits- u. Wohnräume z. 1. April preisw. zu verm. **Michaelkirchstr. 27/28.**

Schlafstelle für Herrn, mit Kaffee 8,50 M. Hoffmann, Ritterstr. 14, H. 2 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter (Drechsler)!
In der Salon- und Fantasiemöbel-Fabrik von O. Schwarz jun., Urbanstraße 67, haben die Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
77/18 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma **Carl Lutze** (Adlershof) haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt 76/20
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Rabitzputzer!
Bei der Firma **Paul Zöllner & Comp.** haben sämmtliche Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit eingestellt.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
252/3 Der Vertrauensmann.

Tüchtiger Feilenschleifer
zum sofortigen Antritt gesucht. [8125
Nägdefrau, Pankow, Damerowstr. 6/7.

Fleißige und strebsame Vermittler in Berlin und den Vororten für Feuerversicherungen gesucht. Durch hohe Provision und Kostenantheil hoher Verdienst. 44/4*
Offerten sub **J. V. 6935** Rudolf Mosse, Berlin SW.

Liniirer, zuverlässige, auf Leipziger Maschinen, wollen sich melden bei Riefenstahl, Zumpe & Comp., Geschäftsbücherfabrik, Holzmarktstr. 67.

Tüchtige Preßarbeiter u. Umsetzerinnen finden dauernde Beschäftigung i. d. Silberwfabr. **Ritterstr. 6.**

Plätterinnen auf Stehkragen u. geschweifte Umlegekragen im- u. außerm Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb. IV. [*

Junge Mädchen auf leichte Handarbeit verlangt **Crohn,** Straßmannstraße 31, Ecke Petersburgerstr. [7875

Geübte Languettirerinnen auf Seide erhalten dauernde Beschäftigung, **A. Mesch,** Lychenerstr. 3, v. 4 Tr.

Mamsells auf Sp.-Kragen verlangt Koppin, Krautstr. 33, v. 3 Tr.

Mamsells auf bessere Jacketts und Kostüme verl. **Gerhardt,** Waldemarstraße 62, 4 Tr. 8105

Versilberer verl. **Loose,** Wienerstr. 57a

Tüchtigen **Bügler,** der gleichzeitig steppen kann, verlangt **Ostrowicz,** Schliemannstr. 14. [7865

Suche einen intellig. Knab. als Lehrl. **S. Feder,** Tapezirermstr., Lessingstr. 6.

Kurbelstepperin, Stepper, Soutache dauernd v. Hausdorff, Gontardstr. 3

Stepperin u. Näherin auf Capes verl. Weißenburgerstr. 9, I. [7845

Morgenrockarbeiterin verlangt Neumann, Wasserthorstr. 64, I. [7825

Geübte **Mamsells** auf bessere Steppkragen verlangt **Ostrowicz,** Schliemannstr. 14. [7855

100 Mamsells auf Kinder-Jacketts verlangt
787b] **Holz,** Reinickendorferstr. 41.

Knabenjacken, Knabenblousen, Knabenhosen, Kragengarniererin, Ueberkragen-Arbeiterin [7965
verl. **Freitag,** Königsbergerstr. 21a, I.

Junges Mädchen kann Damenschneiderei unentgeltlich erlernen. **Zimmermann,** Ramlerstr. 34, v. 4 Tr.

Versilb. v. Göpfert, Blumenstr. 63, H. 3.

Aufwartefrau oder Mädchen verl. Förster, Friedenstr. 80. 880b

Mamsells auf Kostüme verlangt Neumann, Prinzenstr. 38. 804b

Mamsells auf schwarze Kapes verlangt 803b
Forbrich, Müllerstr. 7.

Aeltere Frau sucht Stellung zu kleinem Kinde, auch Hausreinigung. Uhlmann, Danzigerstr. 75, Querg. 3 Tr.

Schirmnäherinnen
verl. **Löwenstein,** Wallstr. 11. Zahle f. 47 cm gesäumt Baumwolle 1,50 M. 42 cm ges. m. Einsatz 3,— pr. Dutzend.

Blousenhemden-Näherin und **Plätterin,** außerm Hause, **verlangt C. Fernbach,** Rosenstr. 5/6, 3 Tr.

Bierfahrer
für hiesige Lagerbierbrauerei sofort verlangt. Offert. sub **J. S. 1546** bef. **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Kreissägenschneider 7925
verl. sof. **A. Werkmeister,** Schmidstr. 8a.

Mamsells auf Jacketts verlangt Schulze, Cuvrystr. 23, 1 Tr. 795b

Blousen-Arbeiterin 791b
verl. Tilsiterstr. 38, vorn, 4 Tr. links.

Koloristin, auch Lehrmädchen, verlangt Bieper, Grenzstr. 18. 788b

Suche einen in allen Fächern tüchtigen **Büchsenmacher** gegen hohen Lohn und dauernde Stellung nach Außerhalb. Zeugnisse erforderlich. Offerten unter **J. 9** an die Exp. d. Bl. erbeten. 7935

Turnverein Fichte

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).

I. und VIII. Männer-Abtheilung.

Sonnabend, den 18. Februar, in den Festsälen des Grand-Hotel Alexanderplatz

(Eingang Neue Königstrasse und Alexanderplatz)

Grosser Wiener Maskenball

verbunden mit Aufführungen. 794b

Anfang 8½ Uhr. Billet 50 Pf.

Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge

in Tuch-, Satin-, Diagonal- und covercoats-Stoffen, 1- und 2 reihig . . . . . 12–27 M.

M. Schulmeister, Schneidermeister, **Dresdenerstr. 4** am Kottb. Th.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Silb. Cylind. Rem., auf 6 Steinen gehend, von **12 Mk.** an. Silb. Cylind. Rem., auf 10 Steinen gehend, von **14 Mk.** an. Goldene Damen-Rem. auf 10 Steinen gehend, von **20 Mk.** an.

T. Stolz, N. Chausseestrasse 78. **E. Rothert,** O. Andreasstrasse 62.

Empfehle Freunden und Parteigenossen mein neueröffnetes

Weiß- u. Bairischbier-Lokal

mit **Franz. Billard** und **Vereinszimmer.**

Fritz Schmidt,

S. Kottbuser Damm 33 (früher Ritterstraße).

Wer — keinen — Stoff — hat

zum Anzug, Paletot oder Hose, kauft bei mir billiger wie beim **Tuchfabrikanten,** da ich große Posten Partie-Waaren per Kasse spottbillig einkaufe. **Stoff zum Herren-Anzug 9 M.,** reine Wolle neueste Muster, ff. Tuch, Kammgarnstoffe, nie glänzend werdend, in schwarz. Hosen-Reste, schönste Muster zu 4–5–6 M. [756L*

Reste — zu — Knaben-Anzügen.

Gleichzeitig Schneiderei! Anzug zu fertigen 20 M. Feinste Zuthaten, zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz.

Ludwig Engel, Herren-Bekleidung, **Münzstr. 26 part.** F.-A. III. 1815.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend

Montag, den 20. Februar 1899, Abends 8 Uhr:

Uebungsstunde des Sonder-Chores

im Saale der Brauerei Friedrichshain.

Geübt werden die Lieder: „Den Märzgefallenen" von Scheu und „Freiheit" von Gitow.

Jeder Verein ist verpflichtet, ein Quartett zu entsenden. Bundesmitgliedskarte legitimirt.

16/3 **Der Vorstand.**

Sächsische

Strumpf-Fabrik-Niederlagen.

Alexandrinenstrasse 125, J. Opitz, Ecke Neuenburgerstrasse.
Bärwaldstrasse 55, Paul Dieke, Ecke Blücherstrasse.
Blücherstrasse 14, Hugo Dreske, an der Mittenwalderstrasse.
Invalidenstrasse 15, Wilh. Jäckel, nahe des Stettiner Bahnhofs.
Königgrätzerstrasse 38, Alb. Herrmann, am Anhalter Bahnhof.
Mansteinstrasse 2, Paul Tröger, an der Gröbenstrasse.
Yorkstrasse 77, Paul Dieke Nachfl., an der Grossbeerenstrasse.
Rixdorf, Bergstrasse 49, Georg Jonas, schrägüber der Kirche.
Schöneberg, Hauptstr. 150, Alb. Penzlin, Ecke Kaiser Friedrichstr.

Obige Niederlagen, durch „grün-weiße" Schilder kenntlich, führen gleiche, streng reelle Qualitäten in größter Auswahl zu gleichen, billigen Preisen.

Versand nach ausserhalb. Preislisten gratis und franko.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Möbel und Polsterwaaren.

Großes Lager Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (*

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 Mk. fertige feine Sommer-Paletots nach Maß. **Riesenstofflager** 822L* **Krausenstr. 14. I** (kein Laden).

Nach beendeter Inventur!

Gardinen-Fabrik

Lager von 774L

Bruno Güther,

Grüner Weg 80.

Paterre, kein Laden.

Einziges seit 29 Jahren bestehendes Spezialgeschäft offerirt **neue Muster in gestickt. Tüll-, Mull mit Tüll und engl. Tüllgardinen** etc. in garantirt dauerhafter Waare. Ebenso **Reste** von 1 bis 4 Fenster **spottbillig.** Neuheiten treffen **täglich** ein. Proben nach ausserhalb portofrei. Günstige Omnibus- u. Pferdebahn-Verbindung. Sonntags geöffnet von 8–10 und 12–2 Uhr.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (größere zum Reinigen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit **allen Daunen** M. 1.50, fäßfertiger Gänserupf M. 2.00, bessere daunige Waare M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 3.50. Prima gerissene M. 3.00, 2.50. Versand gegen Nachnahme.

Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a. Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

„Yellow Kid"??? 46/9

Sophastoffe

auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [612L*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Das beliebteste Getränk!

M. & W. Müller's

Nordlicht à Original-Literflasche . . . . . **1,00** Mark.

Nordlicht-Magenwein besteht aus Nordlicht mit süssem Ungarwein käuflich in allen besseren Colonial- und Destillations-Geschäften à Originalflasche **1,25** Mark. 744L*

Kornbranntweinbrennerei Berlin, Waldemar-Strasse 29.

3. Ziehung d. 2. Klasse 200. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 13. Februar 1899, vormittags.
Nur die Gewinne über **110** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

137 98 201 44 591 [150] 623 42 722 **1100** 403 714 85 2028 89 130 40 207 75 858 87 543 788 3023 62 249 93 559 610 34 744 76 4048 255 80 594 615 28 731 89 891 933 75 [150] 5005 63 207 76 678 749 [500] 848 6078 136 267 406 49 767 948 95 [150] **7180** 96 245 692 782 840 47 8016 187 89 269 [300] 98 303 86 441 640 9098 346 437 64 552 775

10032 67 122 26 58 87 453 78 88 578 904 26 34 92 **11072** 85 109 214 96 338 560 645 71 705 51 902 **12046** 172 437 67 92 569 81 635 **13115** 37 216 381 490 593 629 45 51 98 956 **14077** 103 308 44 48 66 402 **15014** 39 46 396 486 572 634 97 877 914 38 **16088** 423 506 66 637 47 737 913 38 92 **17060** 83 92 153 206 [390] 15 432 669 784 980 **18167** 647 74 **19152** 89 266 309 448 52 74 685 758 98 866

20078 267 509 25 664 796 831 **21075** 176 281 457 87 589 640 743 78 849 70 974 84 **22012** 142 72 374 555 667 76 **23126** 56 97 243 98 363 539 59 704 11 908 57 **24023** 47 66 269 73 361 629 837 **25031** 108 91 248 338 408 79 517 661 681 743 64 75 859 977 **26097** 258 615 856 60 934 **27061** 163 302 49 50 460 797 843 72 955 67 **28023** 165 232 482 **29074** 107 72 414 43 51 632 62 88 707 816

30025 188 202 90 306 8 740 76 933 **31048** [150] 264 316 91 [150] 405 99 707 834 902 16 34 50 **32080** 217 868 71 904 20 68 **33186** 431 503 717 83 826 933 **34000** 243 407 [200] 52 95 656 61 [150] 66 **35005** 43 114 35 200 73 [150] 494 578 691 [150] 890 990 **36206** 67 68 357 401 521 68 785 **37024** 516 967 74 99 **38128** 474 505 20 32 99 663 756 867 **39274** 88 533 960 91 [150]

40107 308 672 724 29 954 **41080** 177 252 99 469 520 49 641 85 700 7 22 837 [150] 49 983 **42145** 521 629 78 727 [150] 801 26 908 **43028** 37 52 299 322 30 443 99 614 984 92 **44077** 161 700 41 61 67 961 64 **45020** 380 448 504 22 [300] 86 831 **46151** 57 67 308 523 782 86 42 818 **47030** 83 [300] 84 566 959 88 **48049** 134 382 400 35 693 732 **49158** 96 274 84 349 407 992

50076 370 613 67 **51064** 197 397 568 813 960 89 **52173** 76 315 532 623 965 87 **53066** 125 50 362 76 552 86 **54003** 188 227 350 601 27 82 924 31 **55010** 68 [150] 74 175 254 58 59 356 58 82 796 970 **56043** 123 61 [200] 223 38 76 349 67 508 845 62 89 908 **57249** 325 29 413 522 843 907 91 **58133** [150] 219 31 [150] 402 75 678 627 769 852 920 29 **59016** 35 224 301 431 594 636 [300] 812 30 55 84 937

60177 232 324 68 426 52 511 654 980 **61040** 89 325 50 [150] 580 93 98 992 **62048** 363 409 504 658 853 81 **63137** 64 224 43 307 74 545 62 771 814 24 924 **64075** 104 201 49 340 60 470 72 [200] 544 47 872 94 911 **65094** 150 204 327 44 503 836 [150] 62 75 **66118** 57 486 606 38 705 54 972 81 **67015** 135 94 241 337 433 643 718 48 808 39 967 **68017** 119 544 723 810 [150] **69022** 80 143 203 335 551 805 950

70024 54 253 310 19 792 812 43 900 **71056** 67 214 56 91 413 66 603 719 29 811 969 **72007** 66 222 606 705 23 818 979 [200] **73003** 53 134 78 394 756 907 **74041** 64 70 283 553 694 724 58 862 973 **75006** 20 867 926 **76041** 273 316 19 27 433 44 59 631 35 93 710 64 889 95 96 **77113** 445 561 79 664 850 68 967 **78303** 45 414 34 536 603 33 **79065** 393 96 412 91 557 84 634 781 933

80281 426 31 558 681 **81035** 98 305 91 542 62 635 36 93 701 930 **82179** 292 97 386 401 61 [150] 663 733 **83160** 97 262 361 494 685 96 783 830 35 [150] 958 **84030** 59 574 828 51 902 **85014** 53 194 212 95 312 35 709 95 99 928 65 75 **86156** 457 74 581 603 781 853 [150] **87260** 74 84 539 662 717 843 916 **88224** 35 83 580 86 92 623 48 83 85 879 904 56 **89075** 393 520 50 71 600 32 58 823 99 969 90

90000 174 406 507 690 783 826 909 **91172** 84 87 538 50 684 [1000] 731 930 **92035** 81 94 157 276 80 [45000] 329 94 687 723 46 822 970 **93112** 233 68 446 561 640 806 967 99 **94209** 11 14 490 592 821 81 **95149** [150] 62 307 12 403 554 852 **96244** 72 370 506 76 754 **97160** 214 453 88 521 789 890 942 **98325** 512 884 901 **99182** 211 305 78 427 655 888

100426 537 726 70 80 982 **101104** 9 45 78 851 422 591 93 601 954 **102069** 74 119 86 345 528 617 32 89 796 826 96 **103068** 131 269 80 498 785 810 929 78 80 **104210** 63 441 713 858 906 **105284** 30063 421 98 588 673 727 **106060** [200] 79 114 15 394 476 677 **107193** 357 510 69 963 **108055** 57 91 98 191 207 8 53 458 71 533 42 650 58 853 92 **109003** 26 [150] 80 101 230 51 625 43 930

110014 79 120 385 464 83 547 693 739 832 **111112** 58 200 374 464 94 576 618 914 **112031** 189 57 229 399 520 9 807 14 930 **113515** 679 81 805 26 37 910 46 **114140** 43 298 302 485 661 87 904 83 99 **115096** 465 93 [200] 97 669 722 905 28 46 **116106** 207 10 54 338 428 35 831 **117082** 85 192 350 74 94 500 647 735 955 **118225** 77 384 88 427 598 607 94 759 826 974 **119069** 272 96 559 99 690 820 35 914

120126 58 347 628 762 74 89 850 964 76 **121240** 56 89 317 406 45 618 706 99 812 968 89 **122**[1]89 299 560 647 899 **123015** 154 231 387 406 [300] 43 569 710 **124230** 628 49 710 822 903 **125023** 365 419 522 679 704 47 **126032** 154 44 69 293 96 834 572 685 886 906 68 **127160** 263 369 435 57 96 527 88 735 65 858 904 85 **128128** 219 99 327 705 11 78 893 980 **129008** 99 153 322 26 69 476 535 620 995

130046 86 259 300 49 630 33 [150] 739 53 94 816 931 **131120** 88 93 223 385 546 728 **132**[1]00 8 299 339 569 690 842 43 994 **133044** 141 98 283 87 417 766 94 [200] 889 947 **134315** 426 634 92 761 872 **135053** 128 29 249 525 95 692 816 41 [300] **136023** 84 203 30 918 21 **137087** 174 209 76 81 305 66 501 85 608 51 **138066** 129 370 435 549 65 632 996 **139018** 58 568 652 732 50 79 810 965

140847 417 769 852 933 **141019** 135 219 92 489 555 741 **142092** 116 77 222 469 571 635 97 962 **143097** 103 41 289 351 57 501 49 657 771 839 99 911 25 71 86 **144230** 79 [200] 636 79 96 717 89 93 **145015** 279 512 877 944 73 **146068** 63 232 88 463 565 637 78 745 67 75 95 938 **147109** 350 443 559 [150] 708 29 **148078** 333 43 98 459 741 46 48 892 944 **149066** 228 323 444 617 **150120** 92 365 406 629 44 703 **151031** 170 235 327 35 71 746 870 [500] **152043** 119 43 337 690 722 957 **153029** [150] 135 407 36 721 74 822 44 93 974 **154060** 88 107 12 58 81 273 306 18 67 68 541 946 **155045** 292 691 786 [150] 93 **156**[1]51 567 86 783 **157005** 284 323 98 506 619 62 68 789 828 68 988 93 **158147** 239 75 368 446 84 [150] 826 66 97 963 **159025** 106 263 301 401 24 837 **4517** 845 71

160163 662 867 **161197** 237 395 456 [200] 735 **162007** 126 64 210 345 454 537 654 700 51 78 923 **163295** 449 81 753 822 968 **164016** 17 115 75 257 59 876 537 73 672 764 910 45 54 67 **165001** 43 201 328 90 437 511 58 792 800 964 71 98 [200] **166003** 12 274 393 439 547 643 704 [150] 69 837 73 97 953 **167315** 527 [150] 761 828 70 **168**[4]49 578 710 850 [200] **169011** 92 317 34 57 461 630 816 901

170070 79 198 304 415 507 44 909 **171080** 247 80 304 95 468 82 502 33 785 899 910 **172051** 90 154 77 206 28 338 61 500 78 814 **173000** 8 147 305 482 752 [150] 65 847 979 **174236** 312 23 42 68 433 554 61 613 [150] 57 712 39 864 **175035** 257 75 302 [150] 477 770 98 **176027** 464 595 689 721 41 74 95 929 87 **177355** 697 [200] 919 **178092** 125 32 221 436 581 **179058** 95 133 214 60 71 878 80 513 21 715 74 823

180147 86 87 228 53 88 [150] 348 440 74 84 [200] 89 744 64 862 **181089** 970 **182062** 102 245 319 473 575 608 19 27 984 **183330** [150] 518 638 708 19 **184121** 95 410 28 86 512 56 90 166 814 **185057** 126 42 52 221 544 57 708 901 15 53 59 78 **186192** 257 495 503 692 992 **187196** 230 518 681 **188003** 19 131 63 230 95 372 415 509 713 45 823 73 78 926 **189171** 248 310 402 703 6 806 84

190072 93 141 336 487 532 700 63 915 24 58 **191055** 170 80 281 546 612 30 723 93 804 8 19 65 938 98 **192046** 351 66 73 80 [150] 702 813 99 **193153** 66 213 46 73 382 608 810 [150] 995 **194206** 250 605 719 808 19 962 **195060** 107 27 29 274 398 501 67 [300] 884 **196022** 37 187 225 31 94 429 567 621 97 733 809 **197022** 43 150 53 77 223 50 [150] 356 60 487 851 57 971 **198025** 160 211 13 95 355 858 926 **199357** 58 466 98 [500] 653 61 969 [300] 97

200062 234 542 53 783 874 88 **201118** [200] 275 458 78 88 597 624 48 703 11 892 966 **202290** 347 93 572 93 668 706 57 998 **203177** 234 522 37 54 [150] 616 87 945 57 [150] **204006** 36 101 257 448 [150] 79 664 751 60 942 **205006** 431 91 517 75 635 776 91 964 **206644** 774 89 [150] **207186** 211 76 480 791 965 **208138** 248 59 308 11 469 511 767 90 927 36 **209195** 285 806 71

210121 408 577 633 878 94 936 **211071** 74 75 187 652 66 95 977 83 **212000** 41 177 89 264 478 84 536 66 78 97 750 67 811 38 944 56 **213037** 99 113 58 80 321 497 591 601 6 867 991 **214163** 252 77 355 636 [150] 980 **215065** 205 19 459 529 58 607 779 846 959 **216244** 355 421 530 38 609 706 84 904 21 **217397** 511 712 52 903 29 **218088** 127 78 85 393 564 718 **219082** 94 219 364 525 84 87 644

220043 [200] 70 240 395 409 14 62 631 763 813 31 37 69 995 **221021** 68 208 656 853 72 930 [300] **222053** 155 96 310 23 77 586 660 89 94 801 2 73 **223145** 64 87 427 646 47 779 982 **224075** 112 814 980 [100] **225070** 491 569 85

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 10000 Mk., 1 zu 3000 Mk., 5 zu 500 Mk.

Berichtigung. In der Liste vom 10. Februar vormittags lies 217101 statt 117101.

3. Ziehung d. 2. Klasse 200. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 13. Februar 1899, nachmittags.
Nur die Gewinne über **110** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

15 72 100 31 245 475 539 600 4 5 [300] 66 **771** 967 **1230** 84 502 19 55 65 [200] 691 804 923 **2009** 70 158 84 86 257 321 70 444 675 887 **3029** 42 177 67 409 33 724 821 33 **4039** 99 119 92 260 65 79 359 502 679 [150] 991 **5104** 212 73 415 756 810 11 82 91 977 93 **6007** 74 87 192 259 302 53 89 446 716 802 [150] **7013** 106 342 433 60 650 791 916 94 **8067** 161 383 576 91 601 95 803 **9036** 68 117 56 215 38 391 814 904 60

10188 360 61 520 759 907 43 **11009** [150] 441 683 922 **12**[3]00 [200] 472 854 981 **13069** 436 929 **14024** 162 88 275 694 777 867 **15018** 43 329 46 588 997 **16109** 336 85 422 741 82 834 65 68 988 **17010** 145 261 441 524 614 753 **18117** 316 43 462 731 865 964 **19181** 94 219 344 439 640 54 749

20372 402 98 554 700 10 983 [150] **21088** 145 97 255 353 493 616 750 878 84 96 **22073** 104 16 61 448 745 929 71 **23099** 132 92 240 89 399 662 84 [200] 791 926 **24216** 664 77 748 64 72 825 992 **25096** 168 316 802 13 [200] 17 947 **26059** 107 432 97 532 53 868 **27057** 216 712 841 995 **28016** 25 48 77 461 580 94 727 964 **29015** 21 283 394 607 64 92 709 960

30328 596 [1000] 809 84 932 80 **31014** 64 128 84 245 91 314 406 16 580 884 905 13 **32018** 24 68 227 29 60 88 406 94 534 56 623 718 42 874 933 81 **33146** [150] 220 345 599 802 984 **34120** 24 32 441 80 710 973 **35180** 421 30 517 609 722 93 831 **36043** 214 343 490 537 975 **37008** 191 387 458 62 93 546 786 929 **38252** 607 32 702 72 844 918 37 **39210** 29 341 86 439 512 885

40117 482 576 710 14 67 814 962 **41222** 70 72 503 57 741 63 [200] 813 74 **42007** 87 356 503 606 791 804 **43345** 458 71 88 514 [150] 99 650 706 18 **44026** 418 620 760 865 **45017** 21 229 50 75 436 46 955 **46227** 366 428 [200] 541 673 79 800 936 **47047** 82 293 [150] 327 59 529 83 661 976 **48144** 95 286 305 563 735 **49126** 213 33 425 638 734 965 86

50070 144 85 262 424 52 530 724 809 **51131** 70 259 92 518 603 817 22 57 73 933 **52039** 58 89 93 98 240 81 84 99 354 628 49 51 721 48 53 921 54 **53098** 248 425 602 69 823 65 **54183** 461 516 631 61 63 742 897 **55020** 317 52 65 497 702 908 **56005** 8 38 131 [200] 49 261 65 534 606 **57164** 85 319 410 67 506 86 [150] 664 87 **58008** 67 69 211 361 87 675 814 **59227** 343 696 824 50 75

60132 354 624 717 **61410** 97 523 65 **62009** 32 82 226 49 338 443 656 788 807 39 65 **63078** 131 399 405 68 93 948 **64362** 80 688 730 896 980 **65074** 127 224 44 70 405 655 72 771 85 873 **66071** 285 93 [150] 561 83 667 [150] 81 939 **67171** 283 [150] 719 35 79 879 **68135** 321 420 27 517 [150] 848 950 74 [200] **69300** 55 472 99 550 74 760 93 880 87 928 95

70216 77 302 425 515 730 **71082** 172 303 504 92 862 [3000] 74 904 **72077** 291 346 70 585 632 725 930 **73380** 73 171 368 439 552 728 38 97 868 84 973 **74016** 108 29 278 756 86 814 31 **75045** 62 68 [150] 82 425 781 852 982 95 **76076** 295 523 455 529 624 872 76 955 **77360** 591 678 710 35 814 85 950 **78051** 72 80 300 2 46 466 88 658 877 961 **79040** 212 353 722 836 64 928 40 44 77

80136 93 235 504 10 651 758 68 **81080** 327 459 786 914 41 **82006** 324 94 524 97 600 21 26 34 759 808 904 **83161** 408 10 639 76 **84023** [500] 91 135 76 571 813 37 **85423** 653 720 67 817 21 969 **86001** 54 116 278 98 336 416 56 656 995 **87061** 210 347 716 24 836 968 **88095** [150] 305 415 531 54 643 781 959 74 **89323** 41 48 404 534 785 855 914 [150] 50

90017 51 141 75 387 412 59 618 781 885 **91037** 120 22 33 287 94 894 [200] 574 626 **92424** 35 60 81 675 81 787 84 87 864 928 50 **93024** 593 620 879 972 **94099** 108 30 65 222 84 419 62 76 501 80 747 75 **95111** 54 388 411 596 803 990 **96199** 342 465 524 53 893 990 [150] **97217** 19 29 35 308 [150] 99 [150] 505 850 57 975 **98126** 372 759 868 **99135** 263 491 807

100134 64 219 86 [150] 397 457 755 57 822 72 **101128** 247 59 325 97 590 621 853 **102443** 561 69 75 659 918 **103298** 306 64 569 756 91 918 83 [150] **104851** **105004** 14 208 33 788 803 14 27 **106**[1]43 197 269 355 88 409 566 618 24 828 65 [150] 99 [500] 933 60 95 **107099** 254 490 684 74 775 886 **108178** 219 37 317 505 [200] 696 821 26 31 **109034** 35 74 86 91 154 238 93 301 406 32 68 647 775 874 84 907

110393 406 97 508 651 [200] 78 901 51 [150] **111030** 122 252 80 97 382 449 93 583 861 952 **112041** 176 91 311 [150] 49 569 639 894 988 **113144** 591 615 700 5 913 **114161** 429 81 536 645 878 **115056** [150] 142 499 793 893 924 76 78 **116055** 256 65 77 397 561 **117202** 345 61 406 508 20 797 866 948 **118048** 123 41 288 485 47 534 61 72 713 75 84 896 923 60 **119** 196 294 340 86 509 952 55

120064 187 250 375 537 893 980 **121218** 311 28 94 401 19 94 607 83 [150] 781 88 917 **122080** 414 512 736 42 **123**[1]88 96 296 307 409 87 997 **124075** 183 71 379 569 685 90 **125011** 155 58 67 405 [200] 695 859 912 62 **126**[1]88 340 583 706 47 878 979 **127**[1]32 288 94 330 81 413 502 63 610 97 722 **128161** 275 91 438 [150] 576 605 10 724 [150] 42 804 923 38 **129070** 178 267 436 616 89 731 52 899

130023 203 9 574 609 34 705 11 858 64 70 88 905 94 **131072** 371 83 490 **132**[1]12 217 88 374 **133**[1]85 213 300 524 813 64 **134**[1]83 329 564 707 68 72 867 901 48 54 **135**005 246 429 503 97 621 [150] 714 18 28 994 [150] **136**001 81 259 65 554 624 28 907 **137**231 54 309 685 745 819 82 **138**000 50 339 [150] 478 540 48 630 76 751 835 **139**005 9 164 [150] 398 444 500 23 687 97 737 856

140024 68 104 202 589 771 83 **141**196 205 428 76 86 604 9 98 842 **142**081 118 97 309 11 773 812 71 90 **143**028 38 191 202 375 446 813 955 **144**126 [150] 69 [200] 286 529 620 25 31 90 95 785 **145**105 58 213 658 98 714 859 84 997 **146**252 70 572 726 826 91 984 **147**068 [200] 167 95 212 70 419 577 79 846 67 [150] 920 **148**371 401 **149**180 207 21 84 409 29 31 72 644 731 80 859 934

150019 57 236 523 91 600 715 804 45 68 911 43 **151**032 369 429 535 642 768 821 73 915 [150] **152**010 162 267 863 682 907 55 **153**182 260 62 364 519 22 68 76 94 775 945 **154**478 574 91 **155**009 26 351 915 **156**134 536 603 748 934 **157**052 133 205 38 492 509 871 **158**125 243 54 306 43 71 434 62 83 986 [150] **159**019 215 600 854 919

160124 288 45 367 603 791 943 **161**036 67 158 94 432 71 72 695 728 48 94 888 942 **162**015 81 472 557 647 761 826 95 **163**076 91 98 105 37 73 256 389 507 649 73 **164**006 12 72 260 [200] 84 [300] 86 536 671 97 796 **165**057 77 264 825 91 413 51 660 707 34 76 869 919 72 **166**095 97 213 506 18 635 58 82 757 **167**293 583 668 718 39 810 41 68 **168**160 253 332 88 96 [150] 633 706 822 57 **169**014 38 45 598 681 717

170038 226 89 388 94 621 722 832 62 934 50 **171**153 228 489 560 763 800 62 992 **172**026 519 643 59 833 **173**043 160 218 24 315 56 58 564 627 949 62 [500] **174**009 181 [150] 434 65 678 779 [150] 863 66 **175**096 327 51 70 405 656 806 64 71 953 **176**128 415 640 978 **177**043 241 425 562 720 **178**061 143 44 223 46 49 427 64 82 538 603 765 824 [150] 35 **179**272 371 81 540 629 51 80 701 20 750 57 807

180054 371 83 459 60 582 601 841 95 960 **181**020 25 135 63 306 498 [300] 633 725 **182**081 261 467 707 25 83 **183**034 56 [500] 216 359 79 401 611 99 896 **184**237 79 92 368 **185**178 83 293 8 608 42 88 829 900 **186**003 26 87 474 548 673 974 **187**127 645 846 **188**030 98 120 207 60 681 729 956 **189**314 65 415 564 843 57 984

190099 146 327 68 87 91 421 573 682 64 792 823 923 **191**234 60 675 732 50 874 [150] **192**041 258 60 347 610 744 814 **193**014 47 197 269 74 614 76 717 979 **194**059 134 389 85 452 521 **195**124 772 **196**214 478 514 63 646 746 898 926 **197**085 158 208 36 67 74 434 611 703 18 **198**024 55 169 611 [300] 717 59 830 **199**066 861 970 [150] 79

200096 267 96 490 549 802 935 **201**279 448 712 72 821 76 79 908 **202**019 207 98 373 545 641 [150] 960 69 84 **203**106 288 303 96 543 635 [200] 83 798 939 **204**143 [500] 540 [150] 84 605 28 59 71 **205**035 83 133 257 83 [150] 309 483 634 605 78 748 **206**098 120 27 62 322 94 567 758 **207**066 [200] 305 492 [150] 685 744 [150] **208**231 521 616 39 62 823 916 [150] 98 **209**052 99 102 257 68 336 79 [150] 462 75 509 66 716 800 45 83 938 63 94

210107 83 247 515 [150] 620 54 82 853 979 **211**847 87 467 79 [150] 749 811 986 **212**012 394 444 [150] 645 67 863 925 **213**092 121 506 **214**114 41 88 316 622 67 801 73 96 **215**090 376 82 445 57 77 [300] 86 91 508 62 614 777 824 67 911 **216**003 18 22 127 239 64 586 [300] 715 811 67 916 **217**038 89 221 415 35 547 723 814 70 **218**011 535 607 **219**180 388 94 467 551 635 738 803 965

220052 62 131 91 388 581 798 831 905 **221**124 **222**064 117 482 500 5 653 763 960 **223**002 34 66 158 239 337 43 78 859 928 **224**043 72 189 248 327 93 697 736 **225**098 [150] 309 97 536

Berichtigung. In der Liste vom 11. Februar lies 117184 statt 117484.

Die Ziehung der dritten Klasse der Königlich Preußischen 200sten Klassenlotterie beginnt am 17. März 1899.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die Privatpost-Angestellten und die neue Vorlage.

Es wird uns geschrieben:

Die Postvorlage ist wohl von niemandem sehnlicher erwartet worden, als von den Angestellten der Berliner Packetfahrt.

Die Vorlage ist für dieselben etwas günstiger als die vorjährige. Es erscheint aber dennoch sehr wünschenswerth, eine kurze Darstellung der Verhältnisse der Angestellten der Berliner Packetfahrt zu geben, da erst aus der Kenntniß dieser Verhältnisse gefolgert werden kann, zu welchen Ansprüchen dieselben wohl berechtigt sind und ob die Vorschläge der Regierung genügen.

Die vorjährigen Debatten des Reichstages über die Postnovelle haben gezeigt, daß hinsichtlich der Löhne, des Dienstalters u. s. w. der Angestellten bei den Privatpostanstalten große Irrthümer auch in den Kreisen der Abgeordneten herrschen. So wurde u. A. behauptet, die Beschäftigung wäre nur eine vorübergehende, die Löhne wären niedriger als bei der Reichspost u. s. w. Alles das trifft aber für die Angestellten der Packetfahrt nicht zu, wie aus einer Statistik hervorgeht, die kürzlich von Angestellten der Packetfahrt selbst über Lebensalter, Dienstalter, Gehalt u. s. w. der bei der Gesellschaft Beschäftigten aufgenommen wurde.

Der Betrieb der Packetfahrt zerfällt in zwei Abtheilungen. In der Briefabtheilung, die in Bezug auf die Postvorlage allein in Betracht kommt, sind insgesammt 918 Personen (wovon 555 Verheirathete mit 865 Kindern unter 14 Jahren) beschäftigt, und zwar: 618 Briefträger, 138 Bureau-Angestellte, 105 Sammler (Briefkastenleerer) und 57 Laufburschen. Von denselben waren im Dienste der Gesellschaft:

	unter 1 Jahre	Monats-Gehalt M.	1–4 Jahre	Gehalt M.	5–9 Jahre	Gehalt M.	10-15 Jahre	Gehalt M.
Briefträger	141	65 u. 70	304	60—85	107	90—95	61	100
Bureau-Angestellte	15	?	50	?	28	?	45	?
Sammler	12	55	61	60—65	20	70—75	12	80
Laufburschen	26	30	31	35—45				
Insgesammt	194 unter 1 J.		446 1–4 J.		155 5–9 J.		118 10-15 J.	

Wie man sieht, sind noch immer 118 Personen länger als zehn Jahre bei der Gesellschaft thätig. Gewiß ein ziemlich hoher Prozentsatz, wenn man bedenkt, daß die Packetfahrt vor 10 Jahren auch noch nicht halb soviel Angestellte beschäftigte als heute.

Daß die Gehälter der Angestellten, die gewiß nicht als hoch zu bezeichnen sind, doch noch immer einen Vergleich mit den von der Reichspost gezahlten aushalten, zeigt folgende Gegenüberstellung:

	erhalten jährlich	Die Reichspost würde zahlen
141 Briefträger im ersten Jahre beschäftigt	810 M.	900 M.
232 „ „ 2.—3. „ „	960 „	900 „
72 „ „ 4.—5. „ „	1020 „	900 „
53 „ „ 6.—7. „ „	1080 „	900 „
54 „ „ 8.—10. „ „	1140 „	900 „
61 „ „ 11.—13. „ „	1200 „	1020 „

Die von der Reichspost gezahlten Gehälter sind nach der jetzt geltenden Skala angegeben. Vom 1. April d. J. ist eine Erhöhung derselben vorgesehen. Ueber die Gehälter der Bureau-Angestellten lassen sich in dieser summarischen Weise keine Angaben machen; doch soll nicht verschwiegen werden, daß das Gehalt in keinem Verhältniß steht zu den Anforderungen, die an diese Arbeiterkategorie gestellt werden. Von den Sammlern, die ein Gehalt von 55—80 M. pro Monat beziehen, ist zu bemerken, daß deren Dienst leichter und deren Arbeitszeit kürzer ist als der der Briefträger; so daß dort nicht nur alle Altersstufen von 17—71 Jahren vertreten sind, sondern auch Leute ihren Dienst zufriedenstellend verrichten, die zu Krüppeln geworden, für andere Arbeit oft untauglich sind.

Ueber das Lebensalter der Packetfahrt-Angestellten giebt folgende Tabelle Auskunft:

Jahre alt.	Briefträger.	Bureau-Angestellte.	Sammler.	Laufburschen.	Insgesammt.
bis 20	7	5	29	57	98
20—25	142	25	6		173
26—30	201	40	9		250
31—35	132	24	4		160
36—40	70	18	13		101
41—45	32	14	7		53
46—50	15	2	8		25
51—55	8	4	11		23
56—60	5	2	7		14
61—65	1	2	3		6
66—71	—	2	8		10
	618	138	105	57	918

Soviel über die Zahl, Löhnung ꝛc. der Packetfahrt-Angestellten.

Die neue Novelle macht nun die Privatpost-Betriebe so gut wie unmöglich. Sie stellt es in das Belieben des Reichskanzlers, die Errichtung bez. den Weiterbetrieb von Privatbetrieben zur Beförderung auch von unverschlossenen Briefen, Karten, Drucksachen und Waarenproben zu genehmigen, und die Motive der Vorlage sagen klar, daß man es auf vollständige Beseitigung des Privatpostbetriebes absieht.

Es wird also die große Mehrzahl der Angestellten der Packetfahrt brotlos gemacht werden. Wie sieht nun die von der Regierung vorgeschlagene Entschädigung aus? Die Befürchtungen der Angestellten, daß ihre Interessen wenig berücksichtigt werden würden, haben sich leider erfüllt. Auf den ersten Blick fällt das zweierlei Maß auf, mit dem die Entschädigungssätze der Angestellten einerseits und der Besitzer resp. Aktionäre andererseits abgemessen werden sollen.

Während den Anstalten außer der Entschädigung für die Verminderung des eigentlichen Vermögensstandes auch noch der entgangene Gewinn, der bei der Berliner Packetfahrt in den letzten Jahren 20—23 pCt. Dividende betrug, bis zur achtfachen Höhe des jährlichen Reingewinnes der auf Grund dieses Gesetzes ihrem Betrieb entzogenen Gegenstände zugebilligt werden soll, ist für die länger als drei Monate bei einer Privatpostanstalt beschäftigten Bediensteten, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, nur eine Entschädigung von einem Monatsgehalt bis zu einem Jahresgehalt vorgesehen. Damit aber noch nicht genug; die Postverwaltung soll auch ermächtigt werden, den Angestellten die Entschädigung statt in einer Summe, in monatlichen Theilbeträgen zu zahlen.

Man wird vergebens nach den Ursachen dieser Beschränkung suchen. Wenn einmal eine gewisse Entschädigungssumme für den Einzelnen festgesetzt ist, warum soll dieselbe dann nicht sofort ausgezahlt werden? Wer jahrelang seiner früheren Beschäftigung fern blieb, und schließlich im vorgerückten Alter steht, der wird nicht so rasch, vielleicht auch niemals, eine ihm zusagende Arbeit und auskömmlichen Verdienst finden, es sei denn, er würde die ihm gezahlte Summe in einem kleinen Handel oder dergl. anlegen. Dies wird aber vereitelt, wenn er die Entschädigung in monatlichen Theilbeträgen erhält.

Ferner sollen von der Entschädigung diejenigen Angestellten ausgeschlossen werden, die von der Postverwaltung in eine ihrem bisherigen Beschäftigungsverhältniß entsprechende Dienststelle übernommen werden oder die Annahme einer solchen Stelle ohne ausreichenden Grund ablehnen. Was mag wohl in den Augen der Reichspostverwaltung als „ausreichender Grund“ für die Ablehnung einer angebotenen Dienststelle sein? Was ist eine „entsprechende Dienststelle“? Ueber diese Dinge muß der Reichstag Klarheit schaffen.

Wie aus der oben bekannt gegebenen Gegenüberstellung der Löhne hervorgeht, würde eine Uebernahme in den Dienst der Reichspost für viele Angestellte der Packetfahrt einer Lohnreduktion bis zu 25 pCt. gleichkommen; dieser Schaden könnte nur gemildert werden, wenn der Reichstag beschließen würde, daß bei einer event. Uebernahme die bei den Privat-Postanstalten zurückgelegte Dienstzeit mit angerechnet werden würde.

Die Angestellten der Berliner Packetfahrt aber werden gut thun, alle ihre Wünsche in Bezug auf die Postnovelle baldigst in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag zum Ausdruck zu bringen, wenn sie sich vor schwerem Schaden behüten wollen.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“.

Zu den Ausführungen, mit denen Genosse Arons seinen Angriff auf meinen Artikel in Nr. 30 des „Vorwärts“ zu rechtfertigen sucht, habe ich zu bemerken:

Wenn Genosse Arons den § 9 des Genossenschafts-Gesetzes kannte, dann ist es um so schlimmer, daß er versuchte, aus der Fassung des § 4 unseres Statuts einen Unterschied zwischen uns und anderen Konsumvereinen zu konstruiren, die er uns als Muster vorhielt, wo doch deren Statuten ganz denselben Unterschied enthalten wie unsere §§ 4 und 29.

Zu dem Zitat des Genossen A. aus unserem Kommentar, das er mit den Worten einleitet: „Was soll man dazu sagen“ — habe ich zu entgegnen, daß z. B. die Rochdaler sehr wohl im Stande wären, in dieser Richtung vorzugehen, angesichts der Thatsache, daß sie bereits alle möglichen Kunststücke machen müssen, um nicht von den Mitgliedern zu viel Kapital zu erhalten.

Wenn Genosse A. übrigens meint, daß wir mit dem Grunderwerb weitere Ziele ins Auge fassen, als es die Engländer heute thun, dann empfehle ich ihm einen Artikel „Cooperator and the Land Question“ in „The Cooperative News“ vom 14. August 1897 und in derselben Nummer „Speech by Tom Mann“.

Wie man sagen kann, im Webb'schen Buch sei keineswegs behauptet, daß in England Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften in wechselseitiger Unterstützung in die Höhe gekommen seien — das begreife ich nicht.

Es ist nicht wahr, daß Sidney Webb von nur zukünftigem nothwendigem Handinhandarbeiten von Gewerkschaft und Genossenschaft spricht; er führt im Gegentheil sehr deutlich auf, in wieweit das bereits geschehen ist und betont die Nothwendigkeit, daß das noch mehr und nicht erst künftig, sondern sofort geschehe, nicht erst, wenn beide Organisationen bereits ausgewachsen sind. Hätte ich Sidney Webb nur noch einen einzigen Satz weiter zitirt, so würde Genosse A. wohl nicht geschrieben haben: „Glücklicherweise scheinen die Hamburger Gewerkschaften selbst auf diesen Standpunkt zu treten“ (nämlich auf denjenigen der Ablehnung einer Konsumgenossenschaft). S. Webb hat solches Verhalten, welches Genosse A. „glücklich“ nennt, geradezu verurtheilt. Der Satz, vor welchem ich aufgehört hatte, zu zitiren (weil ich doch nicht das ganze Buch abschreiben wollte), lautet wörtlich: „Wir wollen zuerst die ökonomischen Mängel einer jeden dieser Organisationen getrennt betrachten; zweitens die Unterstützung, die sie sich gegenseitig bereits gewähren, und endlich die unsagbare Zunahme an Macht, welche beiden aus einem auf größerem Vertrauen und unentwegterer Treue beruhenden Verhältniß erwachsen würde.“

Ferner heißt es am Schluß des 6. Kapitels „Ein Staat im Staat“, Seite 178: „Die Gewerkschaften schulden dem Konsumverein eine treuliche Unterstützung. In diesen Angelegenheiten herrscht zuviel kurzsichtige Heuchelei“ und weiter „Wenn die Werkstätte des Konsumvereins zu einem mächtigen Hebel zur Hebung der Arbeitsbedingungen gestaltet werden soll, dann müssen die Gewerkvereinler energische Genossenschafter werden“. „Die große Menge der Konsumvereins-Mitglieder (von denen die meisten selbst Gewerkvereinler sind, oder wenigstens Gewerkvereins-Familien angehören) muß das von Schweißtreibern gelieferte Erzeugniß von dem Ladentisch des Konsumvereins verbannen. Die Konsumenten aus dem Arbeiterstande müssen die nichtgenossenschaftlichen Läden energisch boykottiren und dem Konsumverein durch Dick und Dünn anhängen.“ „Denn nur durch die unbedingte Hingebung sämmtlicher Gewerkschaftler an ihre Pflichten als Konsumenten können wir aus dem gegenwärtigen Zustand gewerblichen Krieges eine große, auf dem Genossenschaftsgrundsatz „Alle für Jeden und Jeder für Alle“ festgegründeten Republik der Industrie ins Leben rufen: die Mitglieder des ganzen Volkskörpers müssen mit Entschlossenheit und Verständniß ihre Stellung als Mitglieder jenes genossenschaftlichen Systems der Industrie erfassen, der von Robert Owen entdeckt und durch die Aufopferung, Klugheit und Beharrlichkeit der Pioniere von Rochdale und ihrer demokratischen Nachfolger zu einem „Staat im Staate“ aufgerichtet worden ist.“

Ist dies nun noch der Standpunkt des Webb'schen Buches, auf den sich eine kleine Minderheit der nach tausenden zählenden Hamburger Gewerkschafter — „glücklicherweise“ gestellt hat?

Hamburg, am 6. Februar 1899.

A. von Elm.

* *

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel über den „Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ Nr. 30 d. Bl. muß es in Spalte 3, 25. Zeile von oben, heißen:

So können der Konsumverein und die von ihm u. s. w.

und ferner Spalte 3, 33. Zeile:

statt mußten: müssen, statt Gewerkschafts-: Genossenschafts-

* *

Schon in meinem ersten Artikel („Vorwärts“ Nr. 12) hatte ich angedeutet, daß meine Ausführungen auf das Hamburger Unternehmen wohl ohne Einfluß bleiben würden, daß sie nur „die Arbeiterkreise anderer Industriezentren zu ernstlicher Erwägung unserer Bedenken veranlassen“ sollten. Es wird also auch meiner Ansicht nach in Hamburg zur Ausführung des Experimentes kommen — die Erfahrung wird zwischen Genossen v. E. und mir entscheiden. Damit erübrigt sich wohl eine Fortführung der theoretischen Auseinandersetzungen.

Nur eins muß ich auch heut wieder betonen: Die Gewerkschaften haben als solche mit der Begründung von Konsumgenossenschaften nichts zu schaffen. Daß beide Organisationen, einmal fest bestehend, sich gegenseitig Vortheile verschaffen können, habe ich im ersten Artikel selbst mit Beispielen belegt. Aber alle diese Vortheile und selbst alle, die Webb in ihrem Buch als möglich und erstrebenswerth bezeichnet, beruhen auf dem Zusammenarbeiten der beiden fertigen „entgegengesetzten Körperschaften.“

Auf dieses Zusammenarbeiten beziehen sich alle Sätze, die Genosse v. Elm aus dem Buch von S. Webb anführte. Wie weit dieses Zusammenarbeiten, das auch ich für sehr nützlich halte, in Deutschland möglich sein wird, wenn hier ein starkes Genossenschaftswesen neben einer starken Gewerkschaftsbewegung entstanden sein sollte, wird wesentlich von den sozialpolitischen Verhältnissen abhängen, für deren Besserung die politische Partei kämpft.

Berlin, 9. Februar.

L. Arons.

*

Nachdem die Genossen v. Elm und Arons ihre Anschauungen über die Hamburger Genossenschaftsgründung ausführlich dargestellt haben, glauben wir nunmehr diese Diskussion schließen zu dürfen.

Die Redaktion.

Gewerkschaftliches.

Für die Weber in Krefeld gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein:

Gesammelt bei Michaelis, Rittersir. 78 3,—. Gießerei von Heintze, Wasserthorstr. 8 3,—. Tischlerei Mustermark u. Sohn, Alte Jakobstr. 15,—. Klingenberg's Karl, 6. Rate 1,75. Abtheilung 107, Siemens u. Halske, Charlottenburger Werk 16,50. Einige Schlosser S. u. H., Charlottenburger Werk 6,75. Drahtzaunfabrik Paul Heintze, Köpnickerstr. 109a 16,50. Pianofabrik von Schulz, Blumenstraße 9,55. M. W. 2,—. Tischlerei J. u. G. Elsholz, Saal I u II, Krautstr. 52 20,—. Tischfabrik Adolf Richter, Blumenstr. 30, 2. Rate 18,20. Pianofabrik von Giese u. Reinicke, Dieffenbachstraße 9,50. Tischlerei Dünnebell u. Ko., Gewerbehof, Krautstraße 4,—. Rauchklub „Wahrer Jacob“ 6,50. Pianofortefabrik A. Heindorf 5,—. Möbelfabrik H. Witte, Königsbergerstr. 11,65. Ullstein u. Ko., Werk, Charlottenstraße 9/10 26,—. Verein Berliner Schirmmacher d. H. 27,40. „Glasmosaik“ 5,—. Lohnkommission der Bäcker Berlins 50,—. Ortsverein Berliner Buchdrucker und verwandter Berufsgenossen (Gewerkschaft) 2. Rate 20,—. Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker 30,—. Wirth der „Typographia“ 5,—. Pianofortefabrik Ad. Lehmann u. Komp. (Fronwuzer) 9,50. Arbeitergesangverein „Klingemüller'scher Männerchor“ 6,—. Maskenball der Fliesenleger Berlins durch Wegner u. Fietze 4,45. Bautischlerei Wolff, Waldemarstr. 27, 8,50. Buchdruckerei Harrwitz Nachflg. 6,50. Ziseleure der Silberwaaren-Fabrik C. H., 4. Rate, 1,75. Pianofabrik C. Siewert 5,70. Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost“ 15,—. Tischlerei Lion Kießling 9,65. Stockfabrik Remmert 5,20. Bau Neue Königstraße, vier Putzer 4,—. Versumpfte Metallarbeiter, Swinemünderstraße, 1,50. Buchdruckerei Balke 1,20. Tischlerei Ernst Gossow, Teltowerstraße, 11,70. Spielverein „Hoffnung“, 4. Rate, 3,—. Morgensprache der Zementirer und Berufsgenossen am 5. Februar 1899 8,05. Tischlerei Stein, 4. Rate, 6,25. Tischlerei Klinke, Königsbergerstraße 2,30. Pianofabrik Knabe und Thal 7,40. Metallwaaren-Fabrik Stock u. Comp. durch G. 14,65. Schuhwaarenfabrik Jacobi, 4. Rate 7,20. Schmiede Berlins durch den Vertrauensmann 50,—. Militärschneider-Branche, 8 Kollegen d. Wg. 10,—. Arbeiterverein Nowawes d. W. 10,—. Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Zahlstelle Berlin I 100,—. Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer d. M. 500,—. Buchdruckerei Feigentreff, 3. Rate 5,—. „Weber halten aus, 44“ 3,10. Gesammelt in der Wolfsschlucht durch Meißner 2,25. „Görtz“ 3,—. Theaterein „Bohemia“ 10,—. Buchdruckerei Denter u. Nicolas, Neue Friedrichstraße, 17,—. Gesangverein Unverzagt II Moabit d. C. F. 8,—. Möbelfabrik Stein, 4. Rate 5,40. Gürtler von Schmidt u. Co., Stallschreiberstraße, 4,20. Tischlerei Rose, Ziegelstr. 8/9, 2,20. Kardorffer Erntefest der Wäschebranche, Salzbrezel—Glücksrad 3,05 und Salzstange — amerikanische Auktion 9,—. Bildhauerwerkstatt Alte Jakobstr. 8, 8,—. Arbeiter der Firma Hirschmann 2. Rate 21,75. Kupferschmiede Berlins d. Reiner 50,—. „Porzelliner Jungfernhaide“ 7,—. Etliche Freunde d. M. 2,85. Klub „Humor Berlin“ 5,—. Möbelfabrik Senning u. Zatzky, Rüdersdorferstr. 3 22,20. Gesammelt bei Marsch, Steinmetzstraße d. Ehmer 2,15. Buchdrucker d. Uniondruckerei 3. Rate 5,60. Stockfabrik Gebrüder Gembeck 15,—. Verein der Dekorations-, Holz- und Marmormaler, Augustraße 20, 20,—. Bade-Apparaten-Fabrik Ernst Schlegnitz 5,85. Buchdruckerei Krebs, 3. Rate 3,80. Metallarbeiter von Maurer u. Co. 6,—. „Brüderlichkeit“ 15,—. Buchdruckerei Gebr. U. 11,65. H. W. Meyer's Buchdruckerei 3. u. 4. Rate 7,—. Möbelfabrik Cauiz, 5. Rate 9,60. M. 159 3,—. G. M. 3,—. Rothe Geburtstagsfeier i. Gesangverein Morgenroth, Charlottenburg 10,31. Ertrag einer Handauktion in Reppen, 1. Rate 4,—. 2 rothe Handlungsgehilfen 1,50. Philipp Bernstein 3,—. Lese- und Diskutirklub Reimer 10,—. Arbeiter der Möbelfabrik Voigt u. Cremer 8,65. Dachdecker Süd-Ost-Berlin 10,—. Stockarbeiter von Kunz und Co., Brunnenstr. 3,—. 656. Bezirk d. W. F. 3,—. G. B. Liegnitzer Schweiz 3,—. Verband der Maurer, Zahlstelle Friedrichsfelde 5,—. Männergesangverein „Nordwacht“ 50,—. Ortsverein der Glacehandschuhmacher zu Neuhaldensleben 10,—. Berliner Zeitung, 3. Rate 6,50. Morgenpost 3. Rate 5,60. Knopffabrik Manasse, Wallstr. 17/18, 2. Rate 7,45. Junges Hühnchen 2,—. Pflanzerverein „Süd-Ost“ 15,—. Geburtstagsfeier, Manteuffelstr. 126 2,20. Tischler von J. C. Pfaff, Zeughofstr. 3, Saal 4 12,65. Saal 2, 2. Rate, 9,35. Saal 3, 2. Rate 10,35. Bildhauer und Tischler J. C. Pfaff, Zeughofstr. 3, Saal 1, 3. Rate 14,80. Möbelpolirer J. C. Pfaff, Zeughofstraße 3, 3. Rate 7,42. Möbelfabrik M. Barth, Fruchtstr. 8, 3. Rate 13,50. Buchdruckerei Paß u. Garleb d. Welk 19,70. Gesangverein Hoffnung, Friedrichsberg d. Richter 5,—. Gesangverein „Frohe Stunden“ 5,—. Arbeiter-Radfahrerverein Berlin 25,—. Arbeiter der Firma Menzenhauer, Zitherfabrik 7,10. Von den Berliner Metallarbeitern (darunter 20,— v. d. Arbeitern d. Firma Kieber) 500,—. Mälzer des Böhmischen Brauhauses, 3. Rate 6,40. Verband der Gastwirthsgehilfen Deutschlands, 3. Rate 30,—.

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau, Rudolf Millarg, Annenstr. 16, I, entgegen. Geöffnet Wochentags 9—1 Uhr Vormittags und 6—8 Uhr Nachmittags.

Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Bruchsal berichtet: Der Schnellzug, welcher von Stuttgart Nachts 3 Uhr 51 Min. hier eintrifft, entgleiste Montag auf dem hiesigen Bahnhofe beim Durchfahren der Kurve. Die Maschine stürzte um; ein Reisender aus Frankfurt a. M. wurde getödtet, eine andere Person schwer verletzt. Drei Wagen wurden zertrümmert.

Zur Angelegenheit Andrée's wird aus Stockholm berichtet: Der schwedische Gesandte in Petersburg v. Reutersköld telegraphirte, der Gouverneur von Ostsibirien habe bestätigt, daß zwei Tungusen einem Beamten die früheren auf Andrée gedeuteten Nachrichten mitgetheilt hätten. Der Gouverneur habe den Inspektor des Goldbezirks abgesandt, um an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen.

Der auf der Tiefsee-Expedition befindliche Dampfer „Valdivia“ ist Montag früh wohlbehalten in Colombo eingetroffen.

Zum Kapitel Religion und Verbrechen. Psychologisch von Interesse sind die näheren Umstände eines Mordes, der vor einigen Tagen in der Nähe von Antwerpen vorgekommen ist, und über den die „Köln. Ztg.“ Folgendes berichtet: Auf dem Geleise der schmalspurigen Bahn von Hoyst-op den Berg nach Antwerpen war vor einigen Tagen die verstümmelte Leiche eines seit mehreren Jahren erblindeten, in der Umgegend unter dem Namen „Boerke Moris“ bekannten Kleinbauers entdeckt worden. Den Mörder verhaftete die Polizei am Montag in der Person des 22jährigen Pflegesohnes des Ermordeten, Namens Ernst Dillen. Seinen umfassenden Geständnissen zufolge hat ihm am Sonntag Abend, als Boerke Moris ins Wirthshaus gegangen war, Frau Moris ein Seil mit den Worten überreicht: „Da, nimm zu, daß der Alte nicht mehr wiederkommt.“ Dillen ging dem Alten auf dem Weg entgegen und erwürgte ihn. Da er jedoch vergessen hatte, den Strick mit nach Hause zu bringen, kehrte er Abends um 10 Uhr zur Mordstelle zurück, trennte den Strick vom Halse seines Opfers und überbrachte ihn seiner Pflegemutter. Gegen 2 Uhr Nachts wurde er von dieser geweckt und aufgefordert, die Leiche zu verstümmeln und auf das Bahngeleise zu tragen, um die Polizei irre zu führen. Auch diesem Befehl kam Dillen nach. Frau Moris und Ernst Dillen waren seit drei Monaten entschlossen, den blinden Alten durch Mord zu beseitigen. Als fromme Christen wollten sie ihn jedoch nicht ad patres befördern, ehe er seine Rechnung mit dem Himmel geregelt hatte. Sie predigten ihm daher fortwährend von der Nothwendigkeit der Beichte. Am Sonntag war der Alte auf das Versprechen hin, 80 anstatt 40 Centimes Taschengeld zu erhalten, zu den Sakramenten gegangen. Wie sich der Seelenzustand dieser fanatischen Mörder mit Renan's Behauptung verträgt, das Verschwinden der Religion beweise, daß sich die entartete Menschheit anschicke, in das Thierische zurückzusinken, ist eine Knacknuß, die wir gern den Psychologen überlassen.

In England herrschte am Sonntag starker Sturm; er war überaus heftig im Kanal und an der Küste von Wales. Viele Fahrzeuge erlitten Schiffbruch und mehrere Personen kamen dabei um. Der Sturm war begleitet von außerordentlich hoher Fluth, besonders im Bristol-Kanal. Mehrere walisische Städte wurden überschwemmt; Eisenbahnen wurden schwer beschädigt.

Aus Petersburg wird berichtet: Der bekannte Philantrop Graf Anton Arpiza, ein vielfacher Millionär, ist gestorben. In seinem Testament setzte er die Armen von Petersburg als seine Erben ein.

Am Sonntag früh ist die Irrenanstalt des Staates New-York in Flammen niedergebrannt. Siebzehn Kranke sollen dabei umgekommen sein.

Sechzehn Schlittschuhläufer verunglückten, wie aus Chikago berichtet wird, am Sonntag auf dem Eise des Michigan-Sees. Zehn wurden gerettet, die Nachforschungen nach den übrigen sechs blieben erfolglos.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 • Versand-Abteilung Proben u. Preislisten portofrei. • **Rosenthalerstr. 27/29, 54/55** • **Oranienstr. 53/54**

Damen-Hemden, Priesenform, Hemdentuch mit Spitze 1.50, 1.25, **95** Pf.

Damen-Hemden, Achselschluss, Renforcé mit Stickerei 2.25, mit Handlanguette 1.85, Hemdentuch m. Spitze **1.75** Mk.

Damen-Jacken, Dimiti mit Spitze **1.75** Mk.

Damen-Jacken, Parchend mit Spitze **1.50** Mk.

Beinkleider, Parchend, mit Stickerei 1,75, **1.60** Mk., extra weit 2.50, 1.85

Parchend-Röcke weiss, mit Hand-Languette 4.40, 3 Mk., mit Spitze 2.50 Mk, mit Languette **1.75** Mk.

Stickerei-Röcke, 3.35, 2.50, **1.75** Mk.

Damen-Nachthemden, Hemdentuch mit Stickerei 2.75 Mk., mit Spitze **2.40** Mk.

Damen-Glacé-Handschuhe, farbig, 4 Knöpfe **1.25** Mk.

Herren-Glacé-Handschuhe, „Derby", gesteppt farbig, 2 Druckknöpfe **1.90** Mk.

Ball-Handschuhe, *Zwirn, reine Seide, Glacé- und Schwedisch.*

Damenschleife, Seidenchiffon mit farbigen Bändchen **65** Pf.

Damen-Jabot, Seidenchiffon mit Spitze **1.30** Mk.

Nackenrüsche, Tüllspitze, crême und butterfarbig **25** Pf.

Nackenrüsche, Malinespitze mit Seidengaze **48** Pf.

Vigogne-Damenröcke, gestrickt, farbig gestreift **1** Mk.

Ball-Echarpes, crême und farbig 5.—, 3.50 **2.25** Mk.

Seidene Spitzen-Fichus 3.25, **1.25** Mk.

Korsettschoner, weiss und farbig 33, **15** Pf.

Ballstrümpfe, Halbseide 1.65 Mk. Baumwolle 50, **35** Pf.

Sportstrümpfe und Sweaters in grosser Auswahl.

Engl. Tüll-Gardinen, das Fenster, 2 Flügel **5** Mk.

Engl. Tüll-Bettdecken Stück **3** Mk.

Chenille-Divandecke, ca. 150×300 cm gross **9** Mk.

Bosnia-Teppich, zweiseitig, ca. 200×300 cm gross **22.50** Mk.

Dekorations-Châle **1.25** Mk.

Schwarze Kleider-Stoffe

Reinwollene Kreppstoffe Meter **95** Pf. und **1.25** Mk.

Reinwollene Cheviots Meter **1.50** Mk.

Gemusterte Alpaccas Meter **95** Pf. und **1.25** Mk.

Reinseidene Damassés Meter **1.50** und **2.25** Mk.

Kinder-Taschentücher Dutzend 1.40, 1 Mk., **80** Pf.

Weisse reinleinene Taschentücher Dutzend 6.—, 450, **3.50** Mk.

Batist-Taschentücher, mit buntem Hohlsaum, Dutzend 4.—, 2.75, **2.25** Mk.

Küchen-Handtücher Dutzend 6.—, 4.50, **3.50** Mk.

Stuben-Handtücher Dutzend 6.—, **5.50** Mk.

Korsettmechanik, weiss Leder **25** Pf.

Gummi-Strumpfband, Meter 30, **23** Pf.

Besenborte, Meter 15, 10, **7** Pf.

Gurtband, Stück = 10 Meter **70** Pf.

Schweissblätter, „The Gem" 60, **50** Pf.

Englischer Zwirn, auf Holzrollen, 500 Yard Rolle **30** Pf.

Tourniquet-Zwirn, bestes Fabrikat, 3 Knäule **20** Pf.

Weisse Glacé-Schuhe für Damen **3.50** Mk.

Damen-Salon-Schuhe Kalblackleder 3.25 Mk., Gemsleder **2.50** Mk.

Gummischuhe, f. Damen 3.50, 3.15 **1.90**, Herren 4.60 **3.40** Mk.

Damen-Knopfstiefel 9.50, 8.50, **5.50** Mk.

Damen-Schnürstiefel, genarbt Kalbleder **9.25** Mk.

Einsegnungs-Anzüge, schwarzer Diagonal-Cheviot, 5 Grössen, 15.— 14.25, 13.50, 12.75, **12** Mk.

Herren-Havelock, grau oder grün melierter Lodenstoff 16.50, **12** Mk.

Haus-Joppe, melierter Lodenstoff **3** Mk.

Radfahrer-Anzug, Faltenjoppe u. Beinkleid **16.50** Mk.

Knaben-Anzug, dunkelblauer Cheviot mit Ueberkragen, für ca. 2—8 Jahre 8.—, 7.50, 7.—, 6.50, 6.—, **5.50** Mk.

Knaben-Pyjack, dunkelblauer Cheviot m. Ueberkrag., für ca. 2—8 Jahre 8.—, 7.50, 7.—, 6.50, 6.—, **5.50** Mk.

Herren-Kravatten, hell u. dunkel gemustert Schleifen 70, **40** Pf. Regattes 85, **40** Pf.

Regenschirme, für Damen und Herren, Gloria mit Futteral **2.75** Mk. Halbseide mit Futteral u. Paragongestell 4.25, **5.25** Mk.

Fächer-Palmen, in verschied. Grössen 4.25, 3.50, 2.80, **2.10** Mk.

Areca-Palmen in verschiedenen Grössen 4.25, 3.50, 2.80, **2.10** Mk.

Rosen am Stiel, Stück **8** Pf.

Stoffrosen Stück **15** Pf.

Stoff-Veilchen Dutzend **4** Pf.

Die neue Preisliste für Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge und Wäsche wird kostenfrei zugesandt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.